

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gesellschaftliche Berichte
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 10. September 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Miquel.

Der Finanzminister a. D. und langjährige Antwörter auf den Reichsanwalt Johannes von Miquel hat seinen Sturz nur wenige Monate überlebt. Am Sonntag früh ist er einem Herzschlag erlegen. Ob das Scheitern seiner vieljährigen ehrgeizigen Hoffnungen und die jähe Kalliststellung den Lebensfaden des im dreißigsten Lebensjahr Stehenden verkürzt haben? Den Mitteilungen der „Frankfurter Zeitung“ nach könnte es so scheinen. Namentlich seit seiner Veretzung in den Ruhestand, so erzählt das Blatt, sei seine physische Energie sichtlich verfallen, da sich der Fortfall des ewigen Antriebs recht bemerklich gemacht habe. Wie dem auch sei, das Los Miquels erscheint als das freundlichere gegenüber dem jener andern gefährzten Größe, gegenüber Bismarck. Während dieser jahrelang, zu unfreiwilliger Unthätigkeit verdammt, für seinen Thatendrang keinen andern Ausweg wußte, als nach dem höchsten Diktum die „Röln. Jtg.“, poltern und nörgeln hinter dem Reichswagen herzulassen, dessen Steuer seiner Hand entglitten war, blieb es Miquel erspart, mit dem Gefühl der Erbitterung den Nachfolger an der liebgewordenen Stätte schalten zu sehen.

Johannes Miquel wurde am 21. Februar 1829 geboren. Er studierte 1846-50 in Heidelberg und Göttingen die Rechte und ließ sich dann als Rechtsanwalt in Göttingen nieder. 1864 wurde er in die hannoversche Zweite Kammer, 1865 von der Stadt Osnabrück zum Bürgermeister gewählt, seit 1869 mit dem Titel Oberbürgermeister. 1870 wurde er Direktor der Diskontogesellschaft in Berlin, drei Jahre später Vorsitzender des Verwaltungsrats, was er bis 1876 blieb. Dann kehrte er zu seinem Oberbürgermeister-Posten in Osnabrück zurück, um 1880 die Wahl zum Oberbürgermeister von Frankfurt anzunehmen. Seit 1886 gehörte Miquel dem preussischen Abgeordnetenhaus, seit 1889 dem preussischen Herrenhaus an. Während der Jahre 1867-77, dann wieder seit 1887, gehörte er auch dem norddeutschen resp. dem deutschen Reichstag an. 1884 wurde er in den preussischen Staatsrat, 1890 zum preussischen Finanzminister berufen. Am 6. Mai 1901 erfolgte seine Entlassung. Im Jahre 1897 war Miquel der Schwarze Adlerorden und damit der Adel verliehen worden.

Miquels politischer Entwicklungsgang ist bereits bei seiner Entlassung im Mai dieses Jahres in unserm Blatte eingehend charakterisiert worden. Der Tod des begabten Staatsmannes und noch begabteren Verwaltungsfählers giebt uns nicht den mindesten Anlaß, an unsern damaligen Urteil irgend etwas zu modifizieren. Nach dem Grundsatz, den er schon als Student und Kommunist proklamierte: „Der Zweck heiligt die Mittel“, „meine Mittel wähle ich einzig und allein nach der Zweckmäßigkeit“, hat er seine Politik sein ganzes langes Leben lang eingerichtet. Dieser knipellose Opportunismus in der Wahl der Mittel und der — Anschauungen hat ihn Karriere machen, die glänzende Stufenleiter bis zum Ministerstuhl hinaufsteigen lassen, aber ihn auch nirgends, in keinem der Vögel, für das er jeweilig Partei ergriff, tiefere Sympathien zu erwerben vermocht. Man schätzte die Fähigkeiten Miquels, man suchte sich seiner nach seinem eignen Wahlpruch zu bedienen, aber man brachte ihm kein Vertrauen, keine Sympathie entgegen.

Miquel bekannte sich als Einundzwanzigjähriger mit Leidenschaft zum Kommunismus. Aber mit dem scharfen Blick für das Praktische erkannte er bald, daß sich durch die Hingabe an die Sache der socialen Revolution keine Karriere machen ließ. Er machte seinen Frieden mit der Bourgeoisie und dem Kapitalismus und schloß sich nach ewigem Tausch, nachdem er zunächst den Demokraten markiert, derjenigen Partei an, die dem Anpassungsbedürfnis seiner Protendnatur am meisten entsprach: dem National-Liberalismus. Er half später die national-liberale Partei immer weiter nach rechts drängen, und als er erst Finanzminister geworden war, warf er vollends die enge Zwangsjacke einer Partei-Überzeugung von sich ab, um die weitestgehende Sammlungspolitik treiben zu können, eine Politik der Sammlung, deren Schwerpunkt stets nach rechts tendierte und deren Ziel war, die reaktionären Kreise des Agerarierthums und der Industrie unter einen Hut zu bringen. Dabei bewies er den Agerariern ein derartiges Entgegenkommen, daß er bald als deren Liebling galt. Wie er den Agerariern in der Kanal-campagne später heimlich den Raden steifte, so bestränkte er sie auch im Widerstand gegen die Caprivischen Handelsverträge. Von ihm stammt das Wort, daß die Konservativen die größten Esel sein müßten, wenn sie für den russischen Handelsvertrag stimmen wollten. Kein Wunder deshalb, wenn ihm jetzt das Organ der Bündler einen trotz aller Bann und Aber warmen Nachruf widmet:

Johannes von Miquel wurde von seinen und unsern Gegnern immer als „Liebling der Agerarier“ bezeichnet. Das war infolgedessen richtig, als wir trotz aller Meinungsverschiedenheiten in einzelnen wußten, was wir an ihm hatten. Ein Mann von seiner Klarheit, von seinem Wissen, von seiner geschichtlichen Bildung mußte die Bedeutung unserer Bewegung richtig einschätzen. Und er hat es immer gethan. Er ließ sich nicht blenden von der modernen Entwicklung, die des alten sicheren Untergrundes entbehren zu können meinte. Er wußte, wo die Wurzel der deutschen Kraft für alle Zeit liegen, und wie die deutsche Zukunft unter allen Umständen gesichert werden müsse. Wenn er aus dieser Erkenntnis nicht immer die vollen Konsequenzen zog, so lag das wohl zum größten Theile daran, daß seine Initiative begrenzt war.

Wenn die Geschichte die Namen dieser glorieux vergehender, die um das junge Reich sich dauernde Verdienste erworben haben, so wird unter den ersten immer Johannes von Miquel genannt werden, — auch dann noch, wenn seiner Gegner Namen und Werk längst der verdienten Vergessenheit anheimgefallen ist.

Es wäre auch im höchsten Maße undankbar, wenn das Bündlerorgan die agrarischen Verdienste des Mannes nicht anerkennt wolle, der das Opfer der Kanalintrigue geworden ist. Im edlen junkerlichen Kampfe darum, die Kanalvorlage als Kompensationsobjekt für den Brotwucher in der Hand zu behalten, hat Miquel als heimlicher Verbündeter weder seinen Namen gesteckt. Die Organisation von Bauern-Aufständen — Bauern freilich in zwei Anführungszeichen — war bis zuletzt also das Stückenpferd des entwicklungsunfähigen Staatsmannes geblieben. Die Bauern-Aufstände, die er in den Tagen seiner gährenden Jugend inszenieren wollte, waren freilich etwas anderer Art. Das famose Dokument des einseitigen blutroten Kommunismus Miquels, der an Karl Marx gerichtete Brief vom Jahre 1850, verdient auch an dieser Stelle nochmals mitgeteilt zu werden. Es lautete in seinem ersten Teil:

„Es wäre nun freilich eine Dummheit, wollte ich verlangen, daß sie mir gleich alles Vertrauen schenken. Damit sie aber doch etwas von meiner Vergangenheit wissen, bemerke ich, daß ich mit Blind in G. studierte, dort vor der Revolution zu der „radikalen Partei“ gehörte, als solcher in der Revolution, wie alle andern „Ideen“ verfolgte, nach Hannover geschickt wurde, um Bauernaufstände zu organisieren, von da an in Göttingen anfangs in kleinstädtischem Sinne die gelehrte bürokratische und Philisterpartei aus dem Felde schlagen half und endlich eine Arbeiterpartei zu organisieren suchte. Gerade war ich damit beschäftigt, als P. . . . nach England ging. Ich gab ihm einen Brief an Blind mit, um durch diesen bei Ihnen zu sondieren, und so bin ich da. Spät zwar komme ich, aber ich komme doch. Sie sehen, meine Vergangenheit bietet wenig Garantien. Es ist wahr, ich für mein Teil kann nichts weiter thun, als Sie versichern, daß Ihre Zwecke die meinigen sind. Kommunismus und Arbeit, will ich, wie Sie, die Diktatur der Arbeiterklasse! Meine Mittel wähle ich einzig und allein nach der Zweckmäßigkeit. Dadurch aber trenne ich mich von Ihnen, daß ich fest überzeuge bin: die nächste Revolution bringt das Kleinbürgertum ans Ruder, die Arbeiterpartei wird den Sieg erröthen der hohen Bourgeoisie und den feudalen Resten gegenüber, dann aber von den Demokraten beiseite geschoben werden. Wir können die Revolution auf einige Zeit vielleicht in eine antibürgerliche Richtung bringen, wir können vielleicht schon Grundbedingungen der bürgerlichen Produktion vernichten, das Kleinbürgertum niedertritten, ist unmöglich. So viel als möglich erringen, das ist mein Wahlpruch, und dadurch bin ich auf immer der Ihrige. Wir müssen eine Organisation der Kleinbürger so lange als möglich nach dem ersten Sieg verhindern, namentlich mit geschlossener Phalanx gegen jede konstituierende Versammlung opponieren. Der partikuläre Terrorismus, die lokale Anarchie müssen uns ersetzen, was uns im Großen abgeht. Klassenbewußtsein fehlt den meisten deutschen Arbeitern gänzlich, wir müssen den individuellen Haß, die Rachlust des Bauern gegen den Bucherer, die Erbitterung des Tagelöhners gegen den „Herrn“ ausbeuten. Wir müssen an allen einzelnen Stationen so rasch und eindringlich terrorisieren, daß wir den demokratischen Anführern bei der Vollendung ihrer Organisation als vollkommen siegreiche Macht entgegen treten können, und diese Organisation muß so lange als möglich hinausgeschoben werden, damit in der Revolution sich das Klassenbewußtsein erst bilden kann. Wir müssen die Kleinbürger nicht zu Atem kommen lassen, wir müssen durch der Kleinbürger eigne Mittel die revolutionäre Wut auf die Spitze treiben, dann gelingt es uns vielleicht, für kurze Zeit die Diktatur unserer Partei durchzusetzen.“

Und dieser glühende Haß der Bourgeoisie wurde später Direktor und Vorsitzender des Ausschusses der Diskontobank und national-liberaler Parteiführer, der Atheist unterzeichnete ohne Wimperzuden als Mitglied des preussischen Ministeriums den Bedächtigen Schulgeheimrat, der die Schule dem Pöfentum anliefern sollte, der Revolutionär, der die Erbitterung des Tagelöhners gegen den Herrn aufzufächeln gelobte, wurde der Liebling der Agerarier!

Der Liebling der Agerarier, der das deutsche Proletariat ohne Bedenken dem insamen Brotwucher der Junier anzuliefern beifällig gewesen wäre. Hielt er doch am 7. Juni des verflohenen Jahres in Posen eine Rede, in der er den Agerariern eine gesteigerte staatliche Subvention auf Kosten der Aermsten und Ausgebeuteten in Aussicht stellte!

„Eine der schwersten Aufgaben, die einem Menschen jetzt gestellt werden kann, ist die Führung eines großen, ja selbst (!) eines kleinen Gutes. . . . Daß es aber auch alle andern Klassen erkennen, daß es nicht nur in ihrem Interesse liegt, sondern sogar ihre staatliche und gesellschaftliche Pflicht ist, der Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen, das kann man wünschen, ja verlangen. Ich kann Sie versichern, daß die Staatsregierung vor allen Dingen auf diesem Standpunkt steht; ich kann auch die Hoffnung aussprechen, daß der Landwirtschaft Hilfe kommen möge durch eine Gesetzgebung zum besseren Schutze ihrer Produkte.“

Und trotz einem Wilow verstand der alte Revolutionär sich darauf, Lobeshymnen auf die Thatkraft und die weise Initiative des Herrschers anzustimmen. So in der am 14. Mai 1898 im Gürzenichsaale in Köln gehaltenen Ansprache:

„Unter dem mächtigen schützenden Dach des Deutschen Reiches hat das deutsche Volk wunderbare Fortschritte gemacht. Diese Fortschritte finden auf allen Gebieten bei unfremd Kaiser tiefes Verständnis und unablässige Förderung. Ueberall sucht er vorhandenen Mangel und Mängel abzuheben. Ueberall bemüht er sich, die Schwachen emporzujagen, den Bedrängten zu helfen und die Denkenden zu stärken, überall die materielle und sittliche Kraft seines Volkes zu erhöhen, überall ermuntert und ermutigt er, greift er ein und drängt vorwärts. Wir Minister, die wir unter dem unmittelbaren Eindruck der kaiserlichen Einwirkung zu stehen das Glück haben, wissen dies am besten.“

Als Miquel vor elf Jahren sein Ministerpostensüßlein übernahm, beobachtete die socialdemokratische Presse dem von allen Seiten Beweihräucherter gegenüber die gebotene Skepsis. Selbst wenn Miquel eine kräftige Reichs-Einkommensteuer, von der damals die Rede ging, zu stande bringen würde, so werde das, fähete das „Berliner Volksblatt“ damals aus, doch zu keiner Entlastung des Proletariats führen, da man nicht daran denken werde, die indirekte Besteuerung aufzuheben. Nun, eine Reichs-Einkommensteuer hat uns auch die Vera Miquel nicht gebracht, und die preussische Steuerreform hielt sich in bescheidenen Grenzen. Jedenfalls können wir es den besitzenden Klassen überlassen, die Verdienste Miquels um die preussische Steuerreform als grandiose Thaten zu verherrlichen. Wenn man freilich die Vermögenssteuer von 1/2 vom 1000 als eine Art Konfiskation des Privateigentums und den ersten Schritt zum Kommunismus bezeichnet, wie das seiner Zeit von national-liberaler Seite geschah, wird man die Miquelsche Steuerreform als socialpolitische Großthat nicht enthusiastisch genug feiern können. Das wird jedoch auch der schärfste Gegner des Verstorbenen zugeben müssen, daß das preussische Ministerium durch seinen Sturz nicht nur sein stärkstes, sondern auch sein letztes Talent verloren hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. September.

Die Reichs-Finanznot.

Nach den „V. P. A.“ zeigt sich nach den jetzt bei der Reichs-Finanzverwaltung eingegangenen Anmeldungen der Ausgaben der einzelnen Ressorts ein ganz außerordentliches Mißverhältnis zwischen dem Ausgabebedarf und den Deckungsmitteln. Die Einzelstaaten werden also stark mit den Matrikularbeiträgen herausgezogen werden müssen und durch die Ueberweisungen weit weniger zuzulassen, als sie dem Reiche gegeben haben. Preußen allein wird 50-60 Millionen Mark dem Reiche geben müssen. Dieser große Zuschuß an das Reich stört aber die Finanzen der Einzelstaaten aufs empfindlichste.

Als Reichsfinanznot und Finanznot in den Einzelstaaten. Diese Folgen des Militarismus und Chinesismus gefallen weder den Militaristen noch den Chinesisten.

Das Attentat.

Nach den im Laufe des Sonntag und Montag eingelaufenen Depeschen ist der Zustand Mc Kinleys noch immer nicht ohne Bedenken, doch hat sich bei den Aerzten die Zuversicht erhalten und gesteigert, das Leben des Präsidenten zu retten. Nachfolgend die wichtigsten Nachrichten:

Buffalo, 9. September. Gestern abend teilte Marc Hanna etwa gegen 5 Uhr abends mit, daß Präsident Mc Kinley bei seinem Bewußtsein und guter Stimmung sei. Weiter wird berichtet, obwohl Mc Kinley zuerst einige Stunden nach der That frei von Schmerz war, so habe er doch später erheblich gelitten und in bewußtlosem und halb bewußtlosem Zustand gesunken, als läge er in Agonie. Wenn er jedoch wieder zum Bewußtsein gekommen sei, habe er keine Zeichen von Schmerz geäußert. Ein hervorragender Arzt Mc Burney hat, wie berichtet wird, bei einer gründlichen Untersuchung des Präsidenten, die er gestern früh vornahm, kein einziges ungünstiges Anzeichen gefunden. Der Röntgen-Apparat ist eingetroffen, er wird jedoch nur Verwendung finden, falls in der Nähe des vermutlichen Sitzes des Geschosses bedenkliche Anzeichen auftreten.

Buffalo, 9. September. Der Krankheitsbericht von heute früh 9 Uhr 20 Minuten besagt: Das Befinden des Präsidenten Mc Kinley bedrückt mehr und mehr; unentdeckte Zwischenfälle sind jetzt weniger wahrscheinlich.

Buffalo, 9. September. Der heute früh 6 Uhr ausgegebene Krankheitsbericht hat in gewissem Sinne Enttäuschung hervorgerufen. Er war auch wohl mehr dazu bestimmt, den vorherrschenden Optimismus abzukühlen. Indessen sind die Aerzte noch immer geneigt, die Sachlage sehr hoffnungsvoll anzusehen. Sie halten daran fest, daß zur Zeit auch nicht ein einziges unbefriedigendes Anzeichen vorhanden ist. Sie sagen, daß natürlicherweise erste Verwicklungen aus solch einer Wunde entstehen können, rechnen aber nicht damit im voraus.

Die weiteren Nachrichten vom Thäter geben noch keine Klarheit über seinen Charakter. Nach dem „Daily News“ in Chicago soll Czolgosz im Polizeiverhör erklärt haben,

daß er lediglich unter dem Einfluß anarchistischer Schriften gehandelt habe und überrascht sei über die Art und Weise, wie ihn das Volk nach dem Ueberfall behandelt habe. Nachdem er seine Aussagen unterschrieben hatte, erklärte er, daß er seine That durchaus nicht bereue, weil er für eine große Sache gethan habe, was er konnte. Er strebe in keinerlei Verbindung mit der Patterson-Gruppe oder mit den Anarchisten, welche Presci nach Italien gesandt hätten, und habe keinen Mitwisser.

Andre Nachrichten geben jedoch ein gänzlich verschiedenes Bild. Es wird von nervösen Anfällen berichtet und nach einem Telegramm der „Frankf. Jtg.“ erklärt die Stiefmutter des Czolgosz, die in Cleveland interviewt wurde, ihr Sohn sei stets als teilweise geistesgestört angesehen worden und habe häufig seiner Verwunderung über die Thaten, die sein Bruder, der Soldat auf den Philippinen ist, vollbringe, Ausdruck verliehen und nur bedauert, daß er zu schwach zum Militär sei. Uebrigens sei der Attentäter stets als ein großer Heißling bekannt gewesen, dem man nie eine solche That zugetraut hätte.

Die Behörden haben in Watterson, Chicago, Buffalo und Cleveland eine Anzahl Anarchisten verhaftet und sollen an eine wohlüberlegte Vorbereitung des Attentats glauben. Die Verhaftungen beweisen jedoch vorläufig noch nichts.

Die deutsche Reaktionspresse verzichtet in ihrer Mehrheit auf den Versuch einer politischen Ausbeutung des Attentats gegen die Arbeiterbewegung. Offenbar nicht aus Mangel an solcher Absicht, sondern in der Einsicht ihrer Aussichtslosigkeit; das Ereignis liegt denn doch zu fern, um hier zu Lande Früchte zu tragen.

Das Organ der konservativen Partei, die „Konservative Korrespondenz“, vermag allerdings ihr bei derartigen Anlässen übliches Umschlaggeschrei nicht zurückhalten. Sie sagt:

„Wohl bemühen sich die Umstürzler aller Richtungen, die neue Unthat von ihren Hochschöhen abzuschütteln. Allein wer die Verheerung verfolgt, durch die gegenwärtig in Amerika wie bei uns das Volk unterwühlt wird, weiß sehr wohl, daß in diesen Hejereien der Anreiz zu anarchischen Verbrechen liegt. Dem Appell an den Hunger sind noch immer blutige Thaten gefolgt, ein Wunder wäre es, wenn diesmal solche Folgen ausgeblieben wären.“

Wir können der „Konservativen Korrespondenz“ nur beipflichten. Die Vorkämpfer aller Art, die agrarischen Wucherer wie die Wucherer der Raubhändler suchen die Unthat von sich abzuschütteln. Wer die Missethaten des Kapitalismus verfolgt, die Amerika wie unsre deutsche Heimat unterwühlt, weiß sehr wohl, daß hierin der Urquell des anarchischen Wahnsinns liegt. Die Auslieferung der Waffen an den Hunger durch hohe Schatzkassen, wie sie die deutschen Agrarier und die Herren der amerikanischen Riesentruffs verüben, muß immer blutige Thaten erzeugen.

Weitere Nachrichten.

New-York, 9. September. („Frankfurter Zeitung.“) Die Polizei entwickelt großen Eifer in dem Bestreben, eine allgemeine Anarchisten-Veranschaulichung nachzuweisen, indes ohne Erfolg, was die Chicagoer Polizei und der dortige Bürgermeister, der die Untersuchung leitet, auch zugeben. In Chicago sind 12 Personen verhaftet worden. Der Attentäter selbst sagte in einem sechsständigen Verhör, daß er dem Präsidenten drei Tage lang gefolgt sei in der Erwartung, einen günstigen Augenblick zur Verübung der That zu finden. Er erklärt ferner positiv, niemand habe von dem Attentat gewußt und er habe keinen Mitschuldigen. Er hat große absteigende Ohren, sieht anaemisch aus, ist häufig kränzlich gewesen und zeigt viele Merkmale eines häufig degenerierten. Kriegssekretär Kost erklärte, es seien keine Anzeichen vorhanden, daß ein Komplott vorliege.

Deutsches Reich.

Die Komödie vom Haag.

Seit der Einleitung der internationalen Friedens- und Abklärungskonferenz im Haag haben wir die Aussichtslosigkeit und Lächerlichkeit dieser Reaktionsposse aufgedeckt. Man hat uns — die einzigen Vorkämpfer ernsthaften Strebens nach Völkerfrieden — von seite gewisser Friedensillusionisten, die den Alleinherrscher des Staates der scheußlichsten Barbareien als Friedensfürsten begrüßten, ob unserer Haltung getadelt und als Abtrünnige unserer Ideale gescholten. Jetzt liegen Nachrichten vor, die auch den Hoffnungslosesten, der Friedensverwirklichung von den heutigen kapitalistischen Regierungen erwartet, schwer ernüchtern müssen. Es wird aus dem Haag eine Krise im internationalen Schiedsgericht als bevorstehend angekündigt. Mehrere Mitglieder des Schiedsgerichts sollen entschlossen sein, auf ihre Würde zu verzichten. Die Ursache sei die bewusste oder unbewusste Mißachtung, welche die Mächte dem von ihnen ins Leben gerufenen Schiedsgericht entgegenbringen.“ Obwohl es nämlich an internationalen Streitfragen nicht fehlt, so denke doch niemand daran, die Entscheidung des Haager Schiedsgerichts hofes anzurufen. Das „Neue Wiener Tageblatt“ veröffentlicht einen Artikel des Baron d'Estournelles de Constant, eines eifrigen Friedensträumers, in welchem Klage darüber geführt wird, daß die Regierungen dem Haager Schiedsgericht nicht das erforderliche Wohlwollen entgegenbringen. Das erste Symptom, das auffälligste, sei das allgemeine Schwelgen bei der Eröffnung des Schiedsgerichtshofes gewesen. Man verhinderte nicht, daß der Schiedsgerichtshof geboren wurde, aber man verweigert ihm die Nahrung, man beschäftigt ihn nicht, obwohl es an Material nicht fehlt. Keine der Regierungen, die zur Schaffung des Haager Tribunals beigetragen, habe in der langen Liste der Streitfragen, die mit ihren europäischen oder kolonialen Angelegenheiten schwanden, eine einzige gefunden, die man dem Haager Schiedsrichtern unterbreiten konnte. Die Haager Konvention schreie schon zum toten Buchstaben geworden zu sein; es sei, als bemühte man sich, nicht nur sie zu ignorieren, sondern sie zu verwerfen. Wenn das so ist und wenn die öffentliche Meinung es geheißen läßt, so sei es klar, daß das Haager Werk bald als nicht vorhanden betrachtet werden und wie ein unfruchtbarer und eitle Versuch erscheinen wird — einzig deshalb, weil man Sorge trug, es nicht funktionieren zu lassen.

Wir haben nichts anderes erwartet und sind nicht enttäuscht. Nicht durch wortreiches Beurteilen der Kriegsgreuel wird der Friede gefördert, sondern durch Veseitigung der Kriegsurachen, die da wesentlich liegen in der internationalen Raub Konkurrenz des Kapitalismus.

„Der Kerl mit den Hyänenangenen“.

Die „Voss. Zig.“ übte jüngst eine sehr berechtigte Kritik an Fürst Philipp Eulenburg, dem deutschen Vorkämpfer in Wien, der Kongressführer und Leiter des Reiches auf den Nordlandausstellungen, dessen schwarzes Antlitz es zu erlauben scheint, daß er fast das ganze Jahr hindurch von Wien fortbleibt, während sein Gehalt von 140.000 M. fortlaufend ausgezahlt wird. Wegen dieser Kritik wendet sich eine Berliner Korrespondenz der Wiener „Neuen Freien Presse“, die dem deutschen Vorkämpfer in selbster Weise in Saug nehmen zu wollen erklärt. In diesem Artikel wird u. a. angeführt:

„Jetzt ist derselbe durch anhaltende Kränklichkeit gezwungen, die Bäder von Gastein zu gebrauchen, und vernünftigerweise wird man so lange, als der Vorkämpfer Hoffnung hat, seine erschütterte Gesundheit wiederherzustellen — und jeden, der ihn kennt, wird diese Hoffnung hegen — ihm aus einer solchen Abwesenheit keinen Vorwurf machen dürfen, auch wenn sie sonst die üblichen Grenzen eines amtlichen Urlaubes überschreitet. Im Berliner Auswärtigen Amt ist man gegen alte, verdiente Beamte auf diesem Gebiete immer generös gewesen und sucht, wenn es durch ausgiebige Verurlaubungen erreicht werden kann, mögen sie auch sonst vom dienstlichen Standpunkt nicht immer erwünscht sein, deren Dienste dem Staate zu erhalten. So genießt, um nur ein Beispiel zu erwähnen, ein anderer auswärtiger Vertreter des Deutschen Reiches seit langer Zeit eines Urlaubes, der sich auf den größten Teil des Jahres zu erstrecken pflegt. Derselbe ist seit Jahren ein schwerkranker Mann, den keiner seiner Landsleute zu Gesicht bekommt, und der so schwächlich ist, daß ihm die Souveräne, denen er sich ausnahmsweise nähern muß, gestatten müssen, sich in ihrer Gegenwart alsbald niederzulassen. Aber in der Erwartung, daß noch eine Besserung seines Befindens eintreten kann, werden dem Herrn, der sich früher durch bedeutende diplomatische Leistungen hervorgetan, die größten Gleichgültigkeiten seitens seiner vorgeordneten Behörde gewährt. Wir haben nie bemerkt, daß deswegen die Berliner Organe sich besonders aufgeregt hätten, obwohl das Land, in dem dieser Beamte wirkt, eines der wichtigsten für unsre auswärtigen Beziehungen ist. Umso mehr müssen die trotz ihrer Erfolgslosigkeit immer wiederkehrenden Angriffe überrascht, die gegen den Wiener Vorkämpfer gerichtet werden, bezüglich dessen Arbeitsfähigkeit kein Zweifel besteht. Sie überrascht freilich nicht die,

welche hinter die Kulissen zu sehen in der Lage sind. In den Zirkeln dieser Sachverständigen wird schon lange davon gesprochen, daß diese Missethater in letzter Linie von einer heftigen, einflussreichen Stellung lebenden Persönlichkeit abhängen, die Proben ihrer Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiete schon längst abgelegt hat. Die Sorge, mit der sie sich seit langem abgeben, die Proben ihrer Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiete schon längst abgelegt hat. Die Sorge, mit der sie sich seit langem abgeben, die Proben ihrer Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiete schon längst abgelegt hat.

Die „Vossische Zeitung“ erklärt hierauf, ihre Kritik sei allein in ihrer Redaktion entstanden; der „schwerkranker Mann“ sei Fürst Philipp Eulenburg, Vorkämpfer in Wien; die Angriffe auf die geheimnisvolle Persönlichkeit, die sich auf dem Gebiet der Intrigue schon erprobt haben soll, zeigen, daß in wunderliche Zustände hinter den Kulissen der Diplomatie herrschen müssen.

Näheres wird das „Al. Journ.“ über die Angelegenheit wissen. Es unterstellt dem Fürsten Eulenburg, jene Verabredung in der Neuen Freien Presse selbst veranlaßt zu haben, und erzählt über die „geheimnisvolle Persönlichkeit“ also:

„Es ist immer derselbe Herr, der bereits die Hand beim Sturze Bismarcks im Spiele hatte — „Der Kerl mit den Hyänenangenen“, wie ihn der Alt-Reichskanzler nannte — es ist derselbe, der beim Falle Caprivi's mitgewirkt hat, es ist endlich derjenige, der bei offenen Angriffen der Presse das bequeme Mittel des Duells wählt, um sich etwaigen Widersacher zu entledigen. Der Herr und seine zahlreichen Freunde bilden seit Jahren eine Nebenregierung in der Regierung. Mittels einer geheimen Schiffe verkehrt er über den Kopf der Vorkämpfer hinweg mit ihren Unterorganen, über den Kopf dieser Vorkämpfer mit Subalternbeamten. Er ist Herr und Meister der Prehabteilung und lanciert in die Mäpfer, was ihm beliebt. Der Sturz von Grolenz u. Berder war sein Werk, und wenn von „Engländer“ in unserer Politik die Rede ist, so ist auch diese Strömung auf ihn zurückzuführen. Die deutsch-russische-französische Entente, welche sich zweifellos vorbereitet, ist ihm sichtlich unangenehm, und daher ist er eifriger wie sonst an der Arbeit, sein zeretzendes Handwerk zu betreiben. Aus Gründen, welche wir hier heute verzeichnen wollen, ist man ihm bisher nicht offen entgegengetreten. Zwar hat Herr v. Micholoff die Stelle als Staatssekretär erhalten, die jener wohl gern für sich selbst in Anspruch genommen hätte; aber trotz, und alledem verzieht er es nach wie vor, über den Kopf seiner Vorgeordneten hinweg eine eigne Politik zu treiben. So ist es denn gekommen, daß ein Mann wie Fürst Philipp Eulenburg sich vor den Intriguen, die im Auswärtigen Amt getrieben werden, nicht anders retten kann als durch ein Communiqué in der „R. Fr. Pr.“, welches bezwecken soll, seine einflussreiche Stellung als deutscher Vorkämpfer in Wien vor der Öffentlichkeit zu wahren. Das sind wahrlich Verhältnisse, welche ein schändliches Ende nehmen müssen, wenn nicht unser politischer Einfluss im Ausland und das Ansehen der Krone in Deutschland schweren Schaden erleiden soll. Herr Graf v. Bülow aber möge bedenken, daß jener Kerl mit den Hyänenangenen, eine allegorische Bedeutung hat. Und er möge diese Seite und einen Schreiber dazu benutzen, um endlich die Elemente zu befestigen, welche seit Jahren im Auswärtigen Amt murrernd wischen, die Lauterkeit des Beamtenstandes untergraben und jenseits unserer Grenzpfeile das Vertrauen zu der Konsequenz untrer Regierung erschüttern müssen.“

Fürst Will hat in einem Telegramm aus Gastein an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, das die „Korb. Allg. Zeitung“ veröffentlicht, jeden Zusammenhang mit dem Artikel der „R. Fr. Pr.“ bestritten und die „Freunde, die ich einbar für ihn eintreten“, abgewiesen. Er hat erucht, sein Telegramm dem Reichskanzler mitzuteilen.

So abenteuerlich auch die Geschichte der „R. Fr. Pr.“ und des „Al. J.“ sein mögen, sie weisen allerdings auf seltsame Zustände hinter den Kulissen der Diplomatie.

Das unterzeichnete Friedensprotokoll. Aus Peking wird vom Sonnabend gemeldet: In der spanischen Gesandtschaft fand die Unterzeichnung des Friedensprotokolls statt. Die Gesandten und ihre Sekretäre trafen um 11 Uhr daselbst ein. Ulysses Zhang und der Prinz Tching kamen in Säukten, von Kavallerie begleitet. Sobald die Unterzeichneten versammelt waren, hielt der spanische Gesandte de Cologan, als Dogen des diplomatischen Corps, eine Ansprache, in welcher er die Hoffnung ausdrückte, daß die Unterzeichnung des Protokolls eine neue Ära der Beziehungen zwischen China und den Mächten kennzeichnen werde. Prinz Tching erwiderte, er sei glücklich, daß die Sacramente des letzten Jahres beendet seien und gab der Zuversicht Ausdruck, daß man seinen neuen Bruch in den Beziehungen zwischen China und den Mächten mehr erleben würde; denn China werde alle ihm obliegenden Verpflichtungen erfüllen.

So wäre denn auch diese Formalität glücklich erfüllt. Denn um eine Formalität derselben Art, wie die Sühnemission sie darstellt, handelt es sich auch bei dem berühmten Friedensprotokoll, dessen Inhalt wir seiner Zeit mitgeteilt haben. Da die Staatsblätter die endliche Unterzeichnung des Protokolls wieder als großen Sieg der genialen deutschen Chinapolitik anspornen werden, seien gleich heute einige minder enthusiastische Urteile der Presse citiert. Die „Frankfurter Zeitung“ meint:

„Einige der in dem Protokoll erwähnten Bestimmungen sind bereits ausgeführt worden, andre harrren noch der Ausführung und es ist zweifelhaft, ob die Mächte überhaupt auf der Erfüllung aller Bestimmungen bestehen werden, da einige derselben, wie z. B. die Verbesserung der Flussläufe, die Schleifung der Telegraflinien und Einstellung der Prüfungen zur Durchführung längere Zeit bedürfen oder auch gar nicht ausgeführt zu werden brauchen, wenn die chinesischen Macht-haber dazu keine Lust haben. Auf der Fassung der Entscheidungsungen werden die Mächte wahrscheinlich bestehen, allein gerade diese Bestimmung des Protokolls ist kaum als eine Erregung der Mächte zu bezeichnen, da die Summen zur Leistung der Entscheidung doch der fremde Handel aufbringen muß. Nicht man alle Umstände dieser kostspieligen Expedition und der langwierigen Verhandlungen in Betracht, so muß man wohl zu dem Schluss kommen, daß das Ergebnis ein durchaus negatives ist.“

Nicht weniger ernüchtert urteilt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“:

„Nach viel wurde in China inzwischen hin und her gestritten über die Höhe der Entschädigungssumme und ihre Vergütung, über die Garantie und Abzahlung, über dies und über das, — aber wer wollte an das alles erinnern, das schon zu Zeiten des Besehens so unerquicklich und auch so langweilig war. Heute ist nun wirklich und unwiderstlich der Saft der Chitawirren — wenigstens bis auf weiteres — eingetreten, und wir alle freuen uns daran, wie wir so lange ahnungslos sind!“

Was nun schließlich Deutschland während der Dauer der Chinawirren anbetrifft, das zuerst mit Paulen und Drommeten in wildem Jugendmut ohne rechte Ueberlegung nach China gefahren war, so hat dieses dort vielleicht die schärfsten Geschäfte gemacht.“

Ein Trinkpruch des Kaisers. Die Ansprache, die der Kaiser in Königsberg am Montag bei Entgegennahme des Ehrenreines im Landeshause hielt, deckt sich in ihrem Inhalt im wesentlichen mit der bereits am Freitagabend gehaltenen Rede. Der Kaiser sagte:

„Ich wünsche von ganzem Herzen, daß die Provinz erkennen möge aus der Feier des gestrigen Tages, wie hoch ich das Band schätze, welches uns mit einander verbindet. Um noch einmal feierlich zu betonen, daß das Königtum Preußen und aus ihm hervorgehend das deutsche Kaiserthum in Königsberg und Ostpreußen wurzelt, habe ich meine Reichsinfulgen hierher gebracht

und sie gestern an Gottes Altar stellen lassen, damit Ihre Augen sie sehen und damit der Segen Gottes von neuem auf sie herabgeschickt werde, vor demselben Altar, wo einst Kaiser Wilhelm der Große stand und sich die Krone aufs Haupt setzte, als diejenige, welche nur von Gott allein ihm gegeben, und als von Gott allein ihm zuteilend erachtet wurde. So war denn der gestrige Tag ein Symbol zur Erinnerung an die Veseitigung des Königtums von Gottes Gnaden, zur Erinnerung an die schweren und die guten Tage, die Ostpreußen mit seinem Königtum erlebt hat. Denn das Großartige in der Erhebung, die zu den Freiheitskriegen führte, lag nicht nur darin, daß auf den Ruf seines Königs ein jeder Ostpreuße und jeder Preuße zu den Waffen griff und sein Schwert schwang, sondern daß vor allem die Un- sehr in sich selbst und die Ruhe vor dem Allerhöchsten den Krsang machten. So möge dieser Geist der Väter, der das Große vorbereiten half und die Tränenstaut der hochseligen Königin Luise, die sich in die herrlichen Kriegen gewandelt hat, die Sie noch mit gemäht haben und die ich einheimisch, so möge dieser Geist wieder von dieser Provinz ausgehen und vorbildlich für das gesamte Vaterland werden zu hingebungsvoller Mitarbeit und vertrauensvollem Ausblick zu dem König. Sie mögen versichert sein, daß die Krone, die Sie gestern gesehen, und das Lepet, das vor Ihnen am Altar lag, allezeit unter der Devise „Suum cuique“ den Saug und die Förderung der Interessen dieser Provinz gewährleisten wird, solange ich und meine Nachfolger noch im Stande sind, die Hand zu führen zum Wohl von Ostpreußen und des Vaterlandes. In diesem Sinne erhebe ich den Pokal und verbinde damit eine Widmung, die Sie gewünscht haben. Indem ich Sie bitte, die Gabe dieses Doppelbildes anzunehmen, hoffe ich, daß sie sich der Einsegnung des Königtums und der Jetztzeit erinnern werden. Ich teile auf das Wohl der Provinz!“

Ein Raporra weniger! Aus Danzig wird uns gemeldet, daß in der westpreussischen Provinzial-Irrenanstalt zu Rastadt Raporra am 7. d. M. verstorben ist. Es wurde leßthin berichtet, daß er vor Jahresfrist wegen Gehirnerweichung in die Irrenanstalt überführt werden mußte.

Der Prozeß wegen Raporra-Beleidigung, von dem wir kürzlich ausführlich berichteten, dürfte durch den Tod des angeblich Beleidigten nicht beendet sein, da nicht der als agent provocateur gekennzeichnete selbst, sondern seine vorgeordnete Behörde die Klage erhoben hatte.

Zum Nachfolger des verstorbenen Predigers Galle ist, wie uns aus Köln geschrieben wird, der dortige Pfarrer Scheller berufen worden. Er wird nach der Reichshauptstadt übersiedeln und die Leitung des evangelischen Zeitschriftenvereins übernehmen. Die berücksichtigten gelben Hefte werden also weiter erscheinen können. Warum sich gerade Herr Scheller zum Nachfolger Galle's eignet, weshalb gerade er zur Leitung eines Unternehmens berufen wurde, das durch seine damierliche Veseitigung der Socialdemokratie sattem bekannt ist, darüber gerichtet man sich in Köln vergebens den Kopf. Man weiß dort nur, daß der Herr an der Kaiserfahrt des deutschen Kaisers teilnahm und nachher den Bürgermarkt um seine Reise-Ergebnisse berichtete. Es ist wohl möglich, daß bei jener Fahrt gewisse hohe Personen aus Herrn Scheller aufmerksam wurden, die dem Zeitschriftenverwalt nahe stehen. Im übrigen kennen wir den Herrn Pastor nur aus dem Bildnis. Er hat nämlich eine Vorliebe für schöne Posen, und wer sich die Schaulustig-Ansicht der evangelischen Kirchen-Wiederhandlung in der Kreuzgasse zu Köln angesehen hat, dem ist gewiß das Bild eines würdig aussehenden Collegenmannes aufgefallen, der sich in den verschiedensten Stellungen hat fotografieren lassen.

Eine Konfession an Herrliche Forderungen bedeutet die nach Mitteilung der offiziellen „Südd. Reichsloz.“ dieser Tage erfolgte Berufung des außerordentlichen Professors an der Universität Bonn, Dr. Martin Spahn, zum Ordinarius der neueren Geschichte an der Universität Straßburg als Nachfolger von Dr. Schuler. Dr. Spahn ist ein Sohn des bekannten kirchlichen Parlamentarier und Reichsgerichtsrats Dr. Spahn und Schüler des Jura-Professors Pastor, der das große Geschichtswerk des katholischen Historikers Janssen fortgesetzt hat. Er befindet sich im jugendlichen Alter von erst 26 Jahren, hat also außerordentlich rasche Karriere gemacht und ist heute wohl der jüngste ordentliche Professor einer deutschen Hochschule. Die reichsständischen kirchlichen waren seit vielen Jahren gegen die „protestantisch-jüdische“ Straßburger Hochschule Sturm gelaufen und hatten verlangt, daß auch der kirchlichen Geschichts- und philosophischen Lehrentwicklung dort eine Vertretung eingeräumt werde. Nun ist ihre Sehnen endlich gestillt worden.

Soldatenselbstmord. Aus Straßburg i. E. schreibt man uns: Vor einigen Tagen verübte ein Soldat der 8. Compagnie des hier garnisonierenden württembergischen Infanterie-Regiments Nr. 126 Selbstmord durch Ertränken in der Rh. In dem am Ufer des Flusses zurückgelassenen Kleidungsstücke des Verstorbenen fand sich ein Zettel vor, auf dem bezüglich der Beweggründe der That das Folgende vermerkt war: „Die Unteroffiziere der Compagnie sind schuld an meinem Tode!“ Dieser Zettel wurde mit den andern aufgefundenen Gegenständen dem Generalcommando übergeben und von diesem eine Untersuchung in der Angelegenheit eingeleitet. Ueber das Ergebnis der letzteren ist bisher noch nichts bekannt geworden.

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Der ungarische Reichstag wurde heute vormittag von dem Könige im Thronsaal der Ofener Hofburg mit einer Thronrede geschlossen, in welcher es bezüglich des Ausgleichs heißt: Wohl ist es nicht gelungen, zwischen den Ländern meiner ungarischen Krone und meinen übrigen Königreichen und Ländern die Voll- und Gerechtigkeit ausgleichenden in jener Weise zu regeln, auf welche der Artikel 12 des Verleges vom Jahre 1867 in erster Reihe hinweist. Gleichwohl haben die Voll- und Gerechtigkeitverhältnisse sowie die Verzehrungssteuern auf Grund gegenseitiger Billigkeit und Regiprocity eine den gesetzlichen Rechten wie auch den wirtschaftlichen und finanziellen Interessen des Landes entsprechende Erleichterung gefunden. Die gesunde und feste Entlohnung der Kreditverhältnisse zu fördern, ist die neue Regelung des Bankwesens bezweckt. Es sind auch wichtige und einflussreiche Schritte im Interesse der Regelung der Valuta geschehen.

Rußland.

Der Folterbrief eines polnisch Verurteilten.

Es sind erst drei Monate her, als die gesamte anständige west-europäische Presse mit Schauer und Entzückung über zwei Opfer des galicischen Regimes berichtet hat: über den letzlichen Genußhaften Robert Kreier, der gänzlich unschuldig, angeblich als „politisch Verdächtigter“ ins Witauische Gefängnis geschleppt wurde, wo er von dem Henker Karl Haase — dieser hat im Jahre 1889 den Arbeiter Gwald mit eigenen Händen erdrosselt — und dem Gendarm-Oberst Klado so einseitig gefoltert wurde, daß er, um dem langsamen Tode zu entgehen, seinem Leben am 24. Mai ein rasches Ende gemacht hat; ferner über den jüdischen Arbeiter Jakob Leiser Falkin, der im 1. Loderz Gefängnis am 14. Mai zu Tode gefoltert wurde.

Schon müssen wir aber einen neuen Fall russischer Gefängnistortur berichten. In der Nr. 31 der in Genf, unter der Redaktion des Ausländischen Komitees des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland, erscheinenden „Letzte Nachrichten aus Rußland“ ist folgender Brief veröffentlicht: „Ich kann leider diesmal nicht viel schreiben, weil ich krank darnieder liege. Meine Krankheit ist die Folge der fürchterlichen Folter, welcher mich der Kaiser — der Henker des jüdischen Arbeitergefangnisses — am 8. Juli d. J. (25. VI. alten Stils) unterworfen hat.“

Die Folter begann nach der Kontrolle, ungefähr um 6 Uhr abends. Es kamen zu mir in die Zelle und holten mich: der Aufseher, der Kellner, der Endkellner und drei Konvoisoldaten; es wurde mir befohlen, unter dem Geleit der Soldaten ins Comptoir zu gehen, wo, wie der Aufseher mir sagte, auf mich ein Werdarm wartete. Nichtsdestoweniger — unter der Drohung der Folter — war unmöglich. Man führte mich in den Hof hinaus, wo der Aufseher sich an die Konvoisoldaten wandte und ihnen, auf mich zeigend, folgendes sagte: „Das ist ein Aufwiegler, ein Politischer, er rebelliert gegen unsren Herrn, den Kaiser“, und mit diesen Worten schlug er mich zweimal heftig auf den Kopf. Ich schrie auf: „Du Hölle, man schlägt mich! Auf meinen Schrei kam ein politischer Gefangener, der Edelmann Petrusch, hinaus und fragte mich, weshalb ich geschrien habe. Da hörte man auf, mich zu schlagen, und ich wurde ins Comptoir geführt, wo ich durchsucht und mir die Stiefel abgenommen wurden.“

Aus dem Comptoir schickte der Aufseher die Soldaten weg und sagte ihnen, daß ein Werdarm sofort kommen würde, um mich mit Ruten zu peitschen. Von dort führte er mich in das Besuchszimmer hinein, schickte alle übrigen Leute hinaus, ließ nur den Kellner und den schuftigen Aufseher Wersin nach, machte die Thüren fest und sagte mir: „Wie kommst Du so feuch sein und wagen, mit seiner Freundschaft zu sprechen?“ (Ich hatte den Tag vorher beim Gefängnis-Inspektor wegen meiner Inhaftierung über den Termin hinaus eine Eingabe gemacht. Alsdann fing er an, mich an die linken Schläfen zu schlagen, dabei drückte er mir einen Finger in mein linkes Auge hinein und gab mir zwei Schläge auf das Auge, so daß ich besinnungslos zu Boden fiel.)

Zur Besinnung wurde ich durch kaltes Wasser gebracht, welches mir in den Mund, auf das Gesicht und den Kopf gegossen wurde. Sofort fing aber der Aufseher wieder an, mich auf den Kopf und das Gesicht zu schlagen, rief noch an den Haaren, den Ohren, an den Lippen und Wangen — so lange bis ich wieder besinnungslos blieb. So hat er es mit mir einige Male wiederholt, und zweifellos hätte mich der Aufseher zu Tode gefoltert, was er mir die ganze Zeit wiederholte, wobei er aus der Scheide seinen Säbel hervorholte, wenn nicht zu dieser Zeit der Schriftführer in das Zimmer hineingekommen wäre (das erzählte ich nachher) und den Aufseher in seiner Absicht gestört hätte.

Kaum lebendig wurde ich in die Zelle geführt, wo das Fenster gänzlich verschlossen war; man gab mir kein Wasser, ließ mich nicht hinaus, man nahm mir meine Bücher weg usw.

Auch die Gefangenen, die mich in halbtotem Zustand gesehen haben, haben es dem Landpolizeichef mitgeteilt. Derselbe war bei mir und hat mich in meinem jetzigen Zustande gesehen. Was daraus werden wird, weiß ich noch nicht. Ich selbst habe noch nichts unternehmen, weil ich flüchtig krank war. Jetzt ist es mir etwas besser, aber ich leide fortwährend am Kopfschwindel und oft verliere ich die Besinnung.

Den 8. Juli 1901. R. Nachow.
Dorf Ushur, Kreis Kainsk,
Gouvernement Jenissei.

R. Nachow ist ein Weber aus Zwansch, von wo er nach Charlott nach und unter Polizei-Aufsicht gestellt wurde; arretiert wurde er im Mai 1899, fast mehr als ein Jahr im Gefängnis und ist auf administrativem Wege auf fünf Jahre nach Sibirien, nach dem Gouvernement Jenissei verbannt worden.

Der Boeren-Krieg.

Neuer Einfall in die Kaptosont.

Aus Pretoria wird gemeldet: Der Boerenkommandant Sukker hat den Orangeland überzogen und sich von neuem im Bezirke von Alwalworth festgesetzt. Die Boer macht Anstrengungen, um mit seinen Truppen zu ihm zu stoßen.

Neue englische Barbarei.

Infolge der jüngsten Verstärkung eines englischen Militärganges durch die Boeren werden die Engländer künftig angefochtene Bürger von Pretoria zwingen, in den Militärlagern Platz zu nehmen. Man glaubt, daß auf diese Weise die Boeren von ihren Angriffen Abstand nehmen werden. Diese Maßregel soll zuerst auf der Eisenbahnlinie Pretoria-Pieterdsburg in Kraft treten.

Dies Mittel, die Fänge gegen Angriffe der Boeren zu schärfen, ist ebenso barbarisch und kriegsrechtswidrig, wie wenn die Engländer bei einem Gefecht Boerenfangene als Beute gegen die Flaggen der Boeren benutzen wollten!

Partei-Nachrichten.

Übermals ein Schiedsgericht über Streikbrecher.

Zu welchen unheilvollen Zuständen es führt, wenn der Ausschluß aus der Gewerkschaft auch zu gleicher Zeit die Partei-Instanzen verschlingt, bezeugt eine Schiedsgerichts-Entscheidung, die auf Antrag der Ottenier Parteigenossen provoziert ist und gleichfalls einen Konflikt über Streikbrecherdienste in Maurergewerbe zur Grundlage hat. Die Untersuchung der Angelegenheit ergibt, in welche interne Streitigkeiten, die in der Gewerkschaft eine Rolle spielen, hier die Partei hineingezogen wird und wie es geradezu unmöglich wird, in der Weise, wie es hier geschehen sollte, die Partei zu engagieren.

Nach der Beweisaufnahme hat das Schiedsgericht folgenden Tatbestand für festgestellt erklärt:

Der Parteigenosse Winkelmann arbeitet seit einigen Jahren als Maurer an den Siedbauten des Unternehmers H. Wähling in Hamburg. Als die Hamburger Maurer im vorigen Jahre in eine Lohnbewegung eintraten, stellten die an den Siedbauten beschäftigten Maurer an die Leitung der Maurer-Organisation das Verlangen, daß auch für sie von den Unternehmern eine Lohnerhöhung gefordert werden möge.

Die Leitung der Maurer-Organisation kam diesem Wunsche nach. Als Forderung für die Maurer an den Siedbauten wurde festgesetzt 9 1/2 stündige Arbeitszeit und 85 Pf. Stundenlohn.

Von diesen Forderungen der Siedbau-Maurer wurden die in Betracht kommenden Unternehmer durch die Leitung der Maurer-Organisation unterrichtet und ersucht, vom Montag, den 2. Juli 1900, ab den neuen Tarif in Kraft treten zu lassen.

Zu den Verhandlungen der Siedbau-Maurer, die zur Vorbereitung der Lohnbewegung stattfanden, wurden diese von der Leitung der Maurer-Organisation angewiesen beziehungsweise ermächtigt, mit ihren Unternehmern über die gestellten Forderungen zu verhandeln. Schriftliche Anerkennung des neuen Tarifs durch die Unternehmer wurde nicht zur Bedingung gemacht, vielmehr seitens der Leitung der Maurer-Organisation ausdrücklich erklärt, daß auch die mündliche Zustimmung der Unternehmer genüge. Am Sonnabend, den 30. Juni v. J., haben nun auch die bei der Firma Wähling arbeitenden acht Siedbau-Maurer mit ihrem Unternehmer wegen Anerkennung des neuen Tarifs verhandelt. Dieser hat dabei folgende Erklärung abgegeben: Er (Wähling) sei bereit, den neuen Tarif in vollem Umfange anzuerkennen. Er wolle jedoch noch nicht, wie seine Berufskollegen sich zur Sache stellen würden. Damit keine Unterbrechung in der Arbeit eintrete, ersuche er die Arbeiter, am Montag vorläufig nach dem neuen Tarife zu arbeiten. Spätestens bis zum Mittage würde er ihnen definitive Bescheid geben.

Wie sich aus einem von der betr. Unternehmergruppe an die Leitung der Maurer-Organisation gerichteten Schreiben ergab, waren die ersteren zur fraglichen Zeit inhaltlich noch nicht zu einer abschließenden Stellungnahme gegenüber dem neuen Tarife gekommen. Die diesbezügliche Mitteilung des Unternehmers Wähling entspricht mithin völlig der Wahrheit.

Die acht bei Wähling arbeitenden Maurer, unter denen sich der Angeklagte Winkelmann befand, glaubten nun völlig im Rahmen der ihnen von der Leitung der Maurer-Organisation gegebenen Anweisung beziehungsweise Vollmacht zu handeln, wenn sie auf Grund

der ihnen von ihrem Unternehmer erteilten Zusicherung am Montag, 2. Juli, vorläufig weiter arbeiteten.

Was speziell den angeklagten Genossen Winkelmann anbetrifft, so scheidet er bei der Untersuchung der Frage, ob die vorgeblichen Maurer recht daran thäten, am Montag, den 2. Juli, vorläufig weiter zu arbeiten, insofern aus, als er an diesem Tage bei Beginn der Arbeit durch einen Sturz in die Baugrube verunglückte und die nächsten acht Tage arbeitsunfähig war.

Zusätzlich hat, wie durch Zeugnisaussage festgestellt, der Unternehmer Wähling am 2. Juli bereits vormittags um 10 Uhr seinen Arbeitern mitgeteilt, daß es bei der von ihm gegebenen Zusicherung verheißt.

Auch die Leitung der Maurer-Organisation hat in der schiedsgerichtlichen Verhandlung unumwunden anerkannt, daß die Firma Wähling seit dem 2. Juli v. J. bis zur gegenwärtigen Stunde den neuen Tarif im vollen Umfange anerkannt beziehungsweise gehalten habe.

Die Einführung des neuen Tarifs, die sich bei der Firma Wähling so weit ohne jede Differenz vollzog, hat aber leider noch folgenden Zwischenfall zeitigt.

Am Montag, 2. Juli, stießen zu den bereits angeführten acht beziehungsweise sieben Siedbau-Maurern noch vier Kollegen, die von der Firma Wähling in den letzten 14 Tagen auf Hochbauten beschäftigt worden waren.

Diese vier Maurer schenkten nun den Mitteilungen ihrer Kollegen über die am vorhergehenden Sonnabend mit dem Unternehmer Wähling wegen Einführung des neuen Tarifs gepflogenen Unterhandlungen und dem bei dieser Gelegenheit von dem Unternehmer Wähling gemachten Zugeständnis entweder keinen Glauben, oder sie trauten der mündlich gemachten Zusicherung des Unternehmers überhaupt nicht.

Auf die Thatsache sich stützend, daß am frühen Morgen des 2. Juli noch keine absolute Zusage des Unternehmers Wähling vorlag, nahmen diese vier Maurer die Arbeit nicht auf, erstatteten vielmehr der Leitung der Maurer-Organisation die Meldung, daß der Unternehmer Wähling den neuen Tarif nicht bewilligt habe.

So kam es, daß die Firma Wähling von der Leitung der Maurer-Organisation am folgenden Tage unter den gesperrten Geschäften ausgeführt wurde, während dort in Wirklichkeit alles in Ordnung war.

Nach der Meinung des Schiedsgerichts kann weder die Handlungsweise der 7 Maurer, noch die der Leitung der Maurer-Organisation als tadellos bezeichnet werden. Die ersteren wären verpflichtet gewesen, ihre Organisation sofort von der von ihrem Unternehmer erhaltenen Zusicherung und dem auf Grund dieser Zusicherung getroffenen Vereinbarungen in Kenntnis zu setzen. Die letztere hätte nicht nur die 4, sondern auch die 7 Maurer, die sämtlich der Maurer-Organisation angehörten, hören müssen, ehe sie die Sperre über den Bau Wähling verhängte. Vor die Sperre aber, wie offenbar, zu Unrecht verhängt, dann mußte der Irrtum sogleich korrigiert werden.

Der Parteigenosse Winkelmann hat zwar an diesen Vorgängen, so weit sie sich in der Zeit vom 2. bis zum 7. Juli abspielten, wie schon angedeutet, nicht persönlich teil genommen. Er ist jedoch bereits vor längerer Zeit aus gesundheitlichen Gründen aus der Maurer-Organisation ausgeschieden; statt, wie es seine Pflicht gewesen wäre, auf engsten Anruf an die Organisation hinzutreten, hat er seinen Kollegen durch Fernbleiben von der Organisation ein schlechtes Beispiel gegeben und so jenen Geist mit fördern helfen, der in dem oben getadelten Verhalten der sieben Maurer zum Ausdruck kam. Das Schiedsgericht spricht deshalb dem Genossen Winkelmann wegen Vernachlässigung seiner gewerkschaftlichen Pflichten einen Tadel aus. Was somit das Verhalten Winkelmanns in der zur Untersuchung und Entscheidung vorliegenden Angelegenheit nicht ganz fehlerfrei, so mußte andererseits auch wieder in Betracht gezogen werden, daß Winkelmann sich bisher noch keines Verstoßes gegen die Interessen der Arbeiterbewegung schuldig gemacht, insbesondere auch, daß er den großen Maurerstreik im Jahre 1900 unter ganz besonders schwierigen Familienverhältnissen weder mit durchgeschlämpt hatte.

Nach eingehender Beratung hat das Schiedsgericht einstimmig dahin erkannt, daß in dem Verhalten Winkelmanns während des Maurer-Lohnkampfes im vergangenen Jahre eine eheliche Handlung nicht vorliegt.

Der von der Partei-Organisation von Ottenen und Umgegend gestellte Antrag auf Ausschluß Winkelmanns aus der socialdemokratischen Partei wird einstimmig abgelehnt.

Ottenen, den 30. August 1901.
L. Gerich, Vorsitzender. E. Bergd. H. Brüggemann.
W. Deul. J. Heine. D. Haberland. R. Dieffenhütter.

34. Jahreskongress der englischen Gewerkschaften.

London, 7. September.

Die Beschlüsse, die der Kongress am Donnerstag faßte, sind bei weitem die wichtigsten des ganzen Kongresses. Den ersten Platz verdient der Beschluß über die Erziehungsfrage, welcher lautet:

„Der Kongress verurteilt aufs entschiedenste die kürzlich eingeleitete Schulpolitik der Regierung, die darauf gerichtet ist, die Entwicklung der Volkserziehung zu hemmen. Die Kinder unfreies Volkes sollen eine Erziehung erhalten, die mindestens derjenigen gleichkome, die den Kindern anderer civilisierten Völkern zu teil wird. Zu diesem Zweck verlangt der Kongress: Das Unterrichtsverwesen eigens hierzu gewählten lokalen Vertretern zu unterstellen; Kinder unter 15 Jahren dürfen vom Schulbesuch nicht befreit werden; ein Maximalalter für Schüler soll nicht festgesetzt werden; kostenlosen Unterricht in den Elementar-, Mittel-, Fortbildungs- und technischen Schulen; Stipendien für begabte Kinder; konfessionslose Lehrseminare; Vertretung der Arbeiter im Unterrichtsministerium. Das Parlamentarische Komitee wird beauftragt, eine in diesem Sinne entworfene Gesetzesvorlage dem Parlament zu unterbreiten und Abkärtern derselben den Gewerkschaften und Gewerbetreibenden zuzulassen.“

Es ist nicht uninteressant zu erfahren, daß dieser klare und umfassende Beschluß auf einem Antrag beruht, der von der Gewerkschaft der Gas- und allgemeinen Arbeiter ausging. Diese Gewerkschaft stand längere Zeit unter dem Einfluß von Eleanor Marx.

Mit Bezug auf Alterspensionen wurde beschlossen: „Kein Gesetz über Alterspensionen wird die Arbeiter befriedigen, das sie entweder mit den bereits vorhandenen Unterstützungsklassen, oder mit Institutionen verbindet, die der Pension des Verfalls des Kapitalismus anfordern. Das Gesetz muß die Pension als ein Recht anerkennen, welches ein Bürger in einem gewissen Alter beanspruchen darf. Das Parlamentarische Komitee wird beauftragt, Vertreter der Gewerkschaften, Genossenschaften und Unterstützungsvereine zur einer nationalen Konferenz einzuladen, um einen diesbezüglichen praktischen Plan auszuarbeiten.“

Eine besondere Rechtschutz-Kasse zu gründen, um gewerkschaftliche Prozesse auszufechten zu können.

Auf Antrag von Cronin-Glasgow wurde beschlossen, an die Gewerkschaften zu appellieren, sich dem Komitee für parlamentarische Arbeitervertretung (Labour Representation Committee) anzuschließen. — Bis jetzt sind ihm 48 000 Gewerkschaftler beigetreten.

Hodge-Monaster beantragte: der Kongress möge die Kandidatur von Robert Smillie (Gonorr) anerkennen und unterstützen. Der Antrag wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

In seiner Sitzung vom Freitag beschäftigte sich der Kongress hauptsächlich mit drei Fragen: Unfallentschädigung, Steuerwesen und Krieg in Südafrika. Zum Zwecke der Unfallentschädigung wurde eine Reihe von Verbesserungen vorgeschlagen: als Grundlage der Entschädigung soll nicht der Durchschnittslohn, sondern der Durchschnitts-Stundenlohn genommen werden! Anerkennung des Gesetzes auf alle Gewerbe; die Entschädigung soll nicht weniger als 50 Prozent des in dem betreffenden Gewerbe anerkannten Gewerkschaftslohnes betragen, jedenfalls nicht weniger

als 10 Schilling die Woche für Arbeiter über 18 Jahre; Streichung des Paragraphen, welcher lautet: „In Fällen, wo es bewiesen wird, daß die Verletzung des Arbeiters auf das eigenwillige schlechte Verhalten des Arbeiters selbst zurückzuführen ist, wird keine Entschädigung bewilligt“.

Ueber die Steuerfrage sprach Mr. Steadman, der unter Zustimmung des Kongresses beantragte, daß von der Politik des Freihandels nicht abgewichen werden dürfe und daß der Kohlenzoll ein Angriff auf den Freihandel bedeute.

Mr. Ward, Vertreter der Gewerkschaft der Londoner Erdarbeiter, beantragte hierauf, seine Resolution gegen den südafrikanischen Krieg zur Diskussion zu stellen. Der Antrag wurde indes mit 724 000 Stimmen gegen 333 000 abgelehnt. Seine Resolution lautete:

„Der Kongress bedauert, daß das Parlamentarische Komitee es unterlassen hat, eine entschiedene und kühne Erklärung gegen den Krieg in Südafrika abzugeben. Wir erklären ferner, daß die Einführung der billigen Kegetarbeit in Südafrika, die Besteuerung der Industrie, sowie der Stillstand in der Socialreform und die ungeheuren Ansprüche, die der Krieg an das nationale Vermögen stellt, einen so ernstlichen Charakter tragen, daß wir berechtigt sind, die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zu verlangen. Die beschließen ebenfalls, daß das Parlamentarische Komitee seinen Einfluß geltend macht für den Frieden und für die Gewährung annehmbarer Bedingungen an die Boeren, die ihre Unabhängigkeit in so edler Weise verteidigt haben.“

Ein ähnliches Schicksal erlitt die socialdemokratische Resolution des Gen. O'Grady, die die Verfestigung der Produktionsmittel verlangte. Sie wurde mit 685 000 gegen 264 000 Stimmen abgelehnt.

Die Resolutionen über allgemeines Wahlrecht und den Achtstundentag wurden angenommen.

Der 35. Trades-Unionkongress wird in London stattfinden.

Allgemeiner deutscher Innungs- und Handwerkeritag.

Gotha, den 8. September.

Die heutige Vorversammlung zum Innungstages war von ca. 300 Delegierten besucht und wurde von dem Obermeister der Deutschen Bäcker-Innungen Bernhard Berlin geleitet. Nach der Begrüßungsansprache des Obermeisters Burkhardt-Gotha trat die Versammlung in eine sehr eingehende Debatte über die auf die Tagesordnung des morgen früh beginnenden Innungstages zu setzenden Verhandlungsgegenstände ein. Wie nicht anders zu erwarten war, bildete der Politaris-Entwurf den Hauptpunkt der Besprechung. Der Vorstand des Centralausschusses der vereinigten deutschen Innungsverbände, welcher den Innungs- und Handwerkeritag einberufen hat, hatte alle Anträge der Einzelinnungen, welche eine Stellungnahme zum Politaris-Entwurf forderten, nicht in die vorläufige Tagesordnung aufgenommen. Von den Delegierten der betreffenden Innungsverbände wurde gegen diese Maßnahme Protest erhoben. Obermeister Fischer-Berlin (Goldarbeiter-Innung), der Vertreter der Berliner Maler-Innung und der Vorsitzende der Plauener Handwerkerkammer Thiemme ersuchten in längeren Ausführungen, die Anträge nachträglich wieder anzunehmen. Dagegen wandten sich jedoch sowohl die Vertreter des Centralausschusses, Obermeister Bernhard und Dr. Schulz-Berlin, wie die Delegierten der Hannoverischen, Breslauer und Krefelder Innungen. Dallyow-Hamover führte dazu aus: Er warne den Innungstag dringend, sich durch eine Besprechung des Entwurfs in Gegenwart der Staatsregierung zu stellen. (Gelächter und Beifall.) Dadurch würde man dem deutschen Handwerk nur neue Schwierigkeiten bereiten. (Widerspruch.) Der Politarisentwurf geht uns nichts an und sich mit ihm zu beschäftigen, ist nicht unsere Sache. (Unruhe und Beifall.) Salge-Dresden: Er sei auch der Meinung, daß diese Frage nicht auf den allgemeinen Innungstag gehöre. Den einzelnen Innungen bleibe es deswegen doch unbenommen, sich zu dem Entwurf zu stellen, wie sie wollten. Der Vertreter der Berliner Malerinnung verwies darauf, daß die süddeutschen Innungen und Handwerkerkammern bereits auf ihren Innungstagen gegen den Entwurf Stellung genommen hätten, er bitte die Versammlung, doch nicht hinter den süddeutschen Kollegen zurückstehen zu wollen. (Unruhe, Beifall und Widerspruch.) Die Versammlung lehnte hierauf mit erheblicher Majorität alle den Politaris behandelnden Anträge ab.

Hierauf teilte der Vorsitzende mit, daß der Regent des Herzogtums Sachsen-Coburg-Gotha Gedräng von Hohenlohe-Schillingsfürst, der Staatsminister Dr. Gentig und der Oberbürgermeister Liebetrau-Gotha ihr Erscheinen für die morgige Hauptversammlung zugelassen hätten. (Stürmischer Beifall.) Als Vertreter des Handelsministers ist der Geh. Regierungsrat Hofmann und Regierungsassessor Dr. von Seefeldt-Berlin angemeldet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Au die Arbeiterkassen Berlin.

An den Anschlaganten erschien gestern ein Plakat, worin die Kommission der Schlossermeister von weitgehenden Zugeständnissen, die sie den Anschlägern gemacht habe, redet. Um diese Besontheit der Meister zu widerlegen und unser Verhalten den „Ingenieurwissenschaften“ gegenüber zu erklären, legen wir nochmals die Ursachen unserer Lohnbewegung dar:

Im Jahre 1900 endigte unsere Lohnbewegung durch Anerkennung unserer Forderungen. Nach Aufnahme der Arbeit wurde der Special- und Minimaltarif durch die beiderseitigen Kommissionen beraten. Nachdem diese Beratungen zum beiderseitig befriedigenden Abschluß gelangt waren, stellten sich dennoch Fehler heraus und wurde uns während der Besprechung derselben von der Meisterkommission die Zusage gemacht, diese Fehler durch gemeinschaftliche Ausarbeitung eines neuen Tarifs zu beseitigen. Diesem Versprechen sind die Anschläger prompt nachgekommen, indem sie einen neuen Tarif, der sich im Specialtarif mit dem Minimaltarif deckt, wie es ausdrücklicher Wunsch der Meister war, ausarbeiteten; wozu die Meisterkommission sich nicht hören und sehen ließ. Endlich im Mai 1901 wurde uns seitens der Meisterkommission ein Tarif zugestellt und einer wohlwollenden Beurteilung empfohlen. Daraufhin erhielten die Meister unsere ausgearbeiteten neuen Tarif zugestellt, mit der Bitte, uns mitteilen zu wollen, wann und wo die Verhandlungen stattfinden sollten. Die Antwort war Schweigen. Auf wiederholte Bemühungen seitens des Vorsitzenden unserer Lohnkommission erhielten wir halbe Zusagen, und schließlich den Bescheid, die Meister verhandeln nicht! Eine nochmalige diesbezügliche schriftliche Anfrage in Auftrag des Vereins wurde mit demselben Wortlaut beantwortet und gleichzeitig die Errichtung des Arbeitsnachweises Stadtbahnhofen 102 angekündigt. Unversehens erfolgte hierauf die Proklamierung des Streiks. Nun folgten die in der früheren Nummer des „Vorwärts“ von uns angegebenen Thatsachen. Anzuführen haben wir noch hierzu folgendes: Als der erste Säulenanschlag seitens der Meister erfolgte war, begab sich der Gewerkschaftssekretär Herr Köstlin zum Obermeister Herrn Heimrich und interpellierte denselben darüber. Er erhielt von diesem Herrn die blinde Erklärung, daß derartige nicht wieder vorkommen sollte. Wie von Seiten der Meister dieses Versprechen gehalten worden ist, lehrt der Augenschein. Augenblicklich prangt wieder ein detachierter Anschlag an den Säulenhäusern. Daß die Anschläger den Herrn Innungsmeister Berlin nicht mehr trauen können und die Unterthrift des Meisters fordern müssen, um nicht nach Aufnahme der Verhandlungen wieder zum Streik getrieben zu werden, ist wohl jedem Denkernden klar. Zwar ist einiges in der Sitzung, auf die der Säulenanschlag Bezug nimmt, zugestanden worden, jedoch unter dem Vorbehalt der näheren Festsetzung während der Verhandlungen nach dem 16. September et. und unter Vorbehalt der Zustimmung der Generalversammlung der Innungsmeister.

Wir erklären, nur die Arbeit nach Anerkennung unseres neuen Tarifs für die Dauer der Verhandlungen aufzunehmen, weil 300 Mitglieder unsererseits zu diesen Bedingungen schon arbeiten. Zu Verhandlungen auf dieser Grundlage sind wir jederzeit bereit. Doch eins! Die erste private Besprechung fand unter Zustimmung strengster Verschwiegenheit statt, und obwohl die Lohnkommission unter Eid erklären kann, keine Invidiosität begangen zu haben, brachten verschiedene bürgerliche Blätter die fast wortgetreue Wiedergabe der Besprechungen.

Die Lohnkommission der Bauanschläger.

Deutsches Reich.

Zum Ausstand der Nordhäuser Tabakarbeiter. Wie bereits früher mitgeteilt wurde, ist die Firma Kneiff gegen die bei ihr beschäftigt gewesenen Streikenden mit Klagen wegen Kontraktbruchs vorgegangen. Bis jetzt sind 118 Arbeiter vom Gewerbegericht verurteilt worden, an die Firma Schadenersatz in Höhe eines Wochenlohnes zu zahlen. — Also haben doch die Fabrikanten auch einmal einen „Erfolg“ zu verzeichnen. Sicher ist, daß sich die Streikenden durch solche „Sieg“ der Unternehmer nicht wanken machen lassen, sondern daß sie vielmehr, so lange sie noch Ursache haben, auf einen Sieg zu rechnen, den Kampf mit gewohnter Energie fortsetzen; und daß die Arbeiterklasse Deutschlands die Ausständigen in Nordhausen auch ferner nach Kräften unterstützen wird, daran dürfte ebenfalls nicht gezweifelt werden.

Wegen Verleumdung von Arbeitswilligen verurteilte das Landgericht Halle den Maurer Krümm, der, wie als festgestelltes erachtet wurde, zwei während des Streiks arbeitenden Maurern die Worte „verfluchte Streikbrecher“ zugerufen hat, zu einer Woche Gefängnis. Ohne das Benehmen des Verurteilten irgendwie zu beschönigen, muß man doch über die Höhe des Strafmaßes staunen, denn es handelt sich nicht um eine Verurteilung aus § 153 der Gewerbe-Ordnung, sondern um einfache Verleumdung, die nur in besonders schwerwiegenden Fällen mit Gefängnisstrafe geahndet wird. Der vorliegende Fall ist aber, wie in der Urteilsbegründung selbst ausgesprochen wird, nicht erheblich, da jedoch die Verleumdung unter Verleumdung Arbeitswilliger geschehen sei, so erscheint eine strenge Verurteilung gerechtfertigt.

Also die Ehre der Arbeitswilligen ist eines hervorragenden Schutzes wert.

Die Automobil-Droschkenfutcher in Köln sind in den Ausstand getreten. Die Gesellschaft wollte die Hinterlegung einer Hafsumme einführen, die zur Deckung der von den Fahrern verursachten Schäden dienen sollte.

Ein Gewerkschaftsartikel in Rhenburg, dem Schouplay der Thaten des Glasfabrikanten Hebe, zu erachten, hat am 8. d. Mts. eine in Rhenburg abgehaltene Versammlung beschlossen. Es bestehen daselbst Zahlstellen der Glasarbeiter, Holzarbeiter, Zimmerer, Maurer und Fabrikarbeiter, außerdem giebt es eine Anzahl von Einzelmitgliedern anderer Organisationen.

Ausland.

Die Damenkonfektions-Schneider Lembergs sind am Montag in den Streik eingetreten. Ihre Forderungen haben wir vor kurzem mitgeteilt.

Der diesjährige Kongress der belgischen Bergarbeiter findet vom 29. September bis 1. Oktober in „Maison du Peuple“ vor Ghilly bei Charleroi statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Die allgemeine Lage der Kohlen-Industrie, Bericht über die Lohnfrage, der Achtstundentag, Schiedsgerichte und Einigungsamt, Unfallversicherungsgesetz, Bergwerksinspektion usw.

Sociales.

Ein verheerter Dieb gegen die sozialdemokratischen Konsumvereine. Die „Deutsche Tageszeitung“ berichtete kürzlich folgende Geschichten aus Sachsen, das jetzt die Kunde durch die sächsische Presse macht:

Die Genossen unter sich. Wie die Nachrichten des Schouverbandes für Handel und Gewerbe mitteilen, hat der unter sozialdemokratischer Leitung stehende (1) Konsumverein Mülau eine Dividende von 24 Proz. verteilen können. Der „Direktor“ des Vereins bezog trotz dieser hohen Dividende ein Gehalt von 900 M. jährlich. Als er um eine Erhöhung des Gehalts auf 1200 M. bat, glaubten die Genossen, daß dies zu viel sei, und bewilligten ihm nur die Erhöhung auf 1050 M., während eine ziemlich starke Minderheit überhaupt nichts zulegen wollte. Dazu wird der Leipziger Volkszeitung aus Sachsen geschrieben: Mit der Gehaltserhöhung hat es seine Nichtigkeit; wir können sogar noch hinzufügen, daß der Verein einen jährlichen Ueberschuß von etwa 300 000 M. hat und daß die jedenfalls sehr bescheidene Forderung des Direktors, ihm 300 M. zuzulegen, solche Wirren verursacht hat, daß es in einer Generalversammlung zu „handgreiflichen“ Beweisen kam und das Ende der Streikigkeiten noch gar nicht abzusehen ist. Man hat nur eine Kleinigkeit übersehen, nämlich — daß es sich bei dem Vereine gar nicht um „Genossen unter sich“ und eine sozialdemokratische Leitung“ handelt. Ist es schon an sich unangebracht, bei einer Wirtschaftsgenossenschaft von einer parteipolitischen Leitung zu reden, so ist die Inflation im vorliegenden Fall um so weniger zu, als die Vorstandsmittelglieder, Lagerhalter usw. sämtlich Verwahrung dagegen einlegen, sozialdemokratisch zu sein. Der Geschäftsführer ist Vorsitzender eines Militärvereins und eine jener Personen, die am eifrigsten gegen die Gehaltszulage agitieren, ist ein Stadtverordneter, der kürzlich im Stadgemeinderat eine grobe Verleumdung gegen die Sozialdemokratie schlenbert. Also nicht Genossen unter sich, sondern „Ordnungsleute“ unter sich sind es. Die Arbeiter sind unläuglich infolge einer anderen konsumgenossenschaftlichen Gründung größtenteils aus dem Vereine ausgetreten.

Aus der Frauenbewegung.

Die Fünftler und die Frauenarbeit in der Textilindustrie. Am Sonntag fand in Glauchau die Zusammenkunft von Vertretern der Weber-Innungen von Hohenstein, Lichtenstein, Meerane, Glauchau und Umgebung statt. Zweck der Zusammenkunft war die Beratung eines Antrages an die Handelskammer Chemnitz, eine Einschränkung der weiblichen Arbeitskräfte in der Textilindustrie anzustreben und mehr als bisher die gelerntten Weber zu berücksichtigen. Den Antragstellern, die sich in der Hauptsache aus jenen Orten rekrutieren, in denen die mechanische Weberei wenig oder gar keinen Eingang gefunden hat, wurde jedoch klar gemacht, daß dieser Prozeß nicht aufzuhalten sei. Das Präsidial-„Webermeister“ habe heute gar keine Bedeutung mehr. Der Meister sei eben gar nichts anderes, wie jeder andre Arbeiter. Daher komme es auch, daß in den letzten Jahren wenig oder gar keine Lehrlinge mehr aufgebildet worden seien. Mit der gelerntten Weberei sei es demnach bald am Ende. Wollte man etwas Positives schaffen, dann gebe es nur den einen Weg, sich zu organisieren. Vor allen Dingen solle man dem Textilarbeiter-Verbande mit etwas mehr Vertrauen entgegenkommen. Die wachsenden Fünftler machten, der „Vollstimme“ zufolge, auch wenig Anstrengung, ihrer Ansicht Geltung zu verschaffen. Gegenüber der erwähnten Thatsache kann auch die Fünftlerei keinen Einfluß gewinnen. Die erwähnte Kritik wurde schließlich mit der Motivierung beschlossen, daß die Frauenarbeit in der Textilbranche gesundheitlich und moralisch schädigend wirkt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am Sonnabend, den 15. September, haben die Gesangsvereine Orpheus und Deutsche Linde eine Festlichkeit im Deutschen Hof, Ludowikstr. 15. In diesem Vergnügen versuchten genannte Vereine Willets in Arbeiterkreisen anzulernen. Es ist den Parteigenossen zur Genüge bekannt, daß genanntes Lokal zu Parteiveranstaltungen nicht zur Verfügung steht, darum ersuchen wir die Genossen, es als ihre Ehrenpflicht zu betrachten von dem Vergnügen fern zu bleiben. Die Lokalkommission.

Erster Berliner Reichstags-Wahlkreis. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, findet in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20, eine Volksversammlung statt, in welcher Rechtsanwalt Victor Frankl über „Die Gumbinner Militärjustiz“ sprechen wird. Um zahlreiches Erscheinen ersuchen

Die Vertrauenspersonen.

Socialdemokratischer Wahlverein Bezirk Pantow. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Vereins-Versammlung bei Großkur, Berlinstr. 27. Wissenschaftlicher Vortrag des Chemikers Herrn Dr. Wolheim-Berlin.

Rixdorf. Den Mitgliedern des Socialdemokratischen Wahlvereins zur Nachricht, daß Mittwochabend 8 1/2 Uhr bei Münzer, Anseebestraße 113, unsere Mitgliederversammlung stattfindet. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dr. Vorchardt über: „Die Besteuerung des Hungers“. Bericht von der Generalversammlung usw. Die Bezirksführer werden ersucht, die Petitionskisten umgehend an den Vorsitzenden abzuliefern.

Wahlverein Groß-Lichterfelde-Lankwitz. Mittwoch, abends 8 Uhr, bei E. Richter, Chausseestr. 104, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht über die Generalversammlung und die Kreis-Konferenz.

Alt-Ostende. Der Wahlverein hält Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Saß seine Versammlung ab, zu der das Erscheinen aller Mitglieder notwendig ist.

Gerichts-Beilage.

Agarischer. Eine Anklage wegen Betruges bzw. versuchten Betruges, die sich gegen die separierte Frau Rittergutsbesitzer Franziska v. Wille und den Kaufmann Karl Schimmler pfenig richtete, beschäftigte gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts I in einer viele Stunden ausfüllenden Verhandlung. Den Vorsitz führte Landgerichts-Direktor Munk, die Anklage vertrat Assessor Schmidt, die Verteidigung führten die Rechtsanwälte Dr. Schwandt und Dr. Davidsohn. Die Angeklagte wurde beschuldigt, ohne größere Mittel zu besitzen, es verstanden zu haben, sich in den Besitz eines Rittergutes zu bringen und einen Mann, der ihr eine Kautionsanleihe anvertraute, betrogen zu haben. Frau v. Wille war früher mit einem Kaufmann verheiratet, der sich selbst getötet hat, sie hat dann einen Rittergutsbesitzer von Wille geheiratet, von dem sie geschieden ist und lebt seit einigen Jahren mit dem um 18 Jahre jüngeren zweiten Angeklagten in häuslicher Gemeinschaft. Sie ließ sich Anfangs Februar 1900 ein Haus in der Flottwellstraße anstellen. Der Preis sollte 149 000 M. betragen; auf dem Grundstücke ruhten 138 000 M. Hypothek, 3000 M. sollten vorbezahlt und das Restkaufgeld eingetragen werden. Nun trat sie mit dem Eigentümer des Rittergutes Dubrau bei Friedau, Kreis Sagan, Leopold von Mezynski, wegen Ankaufs dieses Gutes in Verbindung. Es kam dann auch ein Vertrag zu stande, wonach Frau v. Wille das Rittergut Dubrau gegen Hebernahme der darauf lastenden Hypothek im Betrage von 189 000 M. übernahm und sich verpflichtete, 4000 M. dar an v. M. zu zahlen und die Aufzahlung des Grundstückes in der Flottwellstraße zu bewirken. Am 8. März ist sie als Eigentümerin im Grundbuch von Dubrau eingetragen worden. Schon bevor der Vertrag zu stande gekommen war, suchte sie durch Zeitungsinserat für ihr Rittergut einen kautionsfähigen Inspektor bzw. Verwalter. Darauf meldete sich der Inspektor Kalmann, dem sie den Wert des Gutes auf Grund einer von ihr produzierten Lage auf 504 000 M. angab, dem nur eine Belastung von 189 000 M. gegenüberstände. Herr Kalmann nahm die Stelle an und hatte auch nichts dagegen einzuwenden, daß er eine Kautions von 10 000 M. stellen sollte. Er sandte der Angeklagten diese Summe ein und sie ließ für ihn eine Hypothek in Höhe von 15 000 M. eintragen, und zwar in dieser Höhe, weil angeblich Kalmann — wie dieser bestreitet — sich bereit erklärt habe, weitere 5000 M. als Betriebskapital herzugeben. Nach Antritt seiner Stelle erkannte Herr Kalmann sofort, daß die von der Angeklagten gemachten Angaben über den Wert des Gutes falsch gewesen, verlangte sein Geld zurück und verließ, als er es nicht bekam, nach kurzer Zeit Dubrau. Die beiden Angeklagten blieben noch bis Ende März dort. Sie sollen diese Zeit bemittelt haben, um das lebende und tote Inventar des Gutes schleimig zu verkaufen, das Gut also zu veräußern. Dann sind beide verschwunden. Wegen Frau v. Wille wurde ein Steckbrief erlassen. Nachdem infolge einer Nachricht, daß beide Angeklagte in Zürich lebten, das Anlieferungsverfahren gegen Frau von Wille beantragt worden war, wurden beide Angeklagte am 8. April d. J. in Erfurt festgenommen. Frau v. Wille hatte inzwischen einen Schritt unternommen, der ihr als verdächtiger Beitrag angesehen wird. Das Gut Dubrau sollte nämlich auf Antrag eines Gläubigers zur Zwangsversteigerung gebracht werden. Sie wollte die Substantiation verhindern und suchte Geld in die Finger zu bekommen, indem sie sich abermals nach einem kautionsfähigen Verwalter um sah. So vermittelte sie denn Anfangs April in der „Deutschen Tageszeitung“ ein Inserat, wonach eine adlige Dame für ihr Rittergut einen kautionsfähigen Verwalter suche. Es meldete sich darauf wiederum ein solcher, der telegraphisch zur Unterhandlung nach Erfurt bestellt wurde. Bei dieser Gelegenheit soll die Angeklagte unter Unterstützung des zweiten Angeklagten über den Wert und die Verhältnisse des Gutes falsche Angaben gemacht haben, um ihn zu bewegen, eine Kautions von 30 000 M., die hypothekarisch sichergestellt werden sollten, herzugeben. Als sie ihn auf dem Erfurter Bahnhofe mit der Kautions erwartete, wurde sie mit dem Angeklagten Schimmler pfenig verhaftet. Beide hatten sich unter falschem Namen in Frankfurt a. M., Wafel, Zürich und Erfurt aufgehalten. Bei ihrer Festnahme wurden nur noch 100 M. bei ihnen vorgefunden. Kalmann behauptet, daß die Angeklagte von ihm die Anweisung erhalten hatte, über die 10 000 M. nicht eher zu verfügen, als bis er auf dem Gute eingetroffen sein werde. Er ist um sein Geld gekommen, obwohl er schleimigst eine Klage auf Rückzahlung derselben anstregte, denn bei der Zwangsversteigerung des Gutes ist seine Forderung ausgefallen. Die Angeklagten bestritten jedwede Schuld, die der Staatsanwalt nach sehr langer Beweisaufnahme für so klar erwiesen erachtete, daß er gegen die Angeklagte v. Wille, die bereits verurteilt ist, zwei Jahre neun Monate, gegen den Angeklagten Schimmler pfenig ein Jahr sechs Monate Gefängnis beantragte. Das Gericht verurteilte die Angeklagte v. Wille zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten auf die Unterjuchungshaft. Schimmler pfenig wurde freigesprochen.

Der Geheimbund-Prozeß gegen sechzig Gymnasialisten hat gestern vor die Strafkammer in Thorn begonnen. Die zumeist sehr jugendlichen Angeklagten sind sämtlich zur Verhandlung erschienen. Als Zeugen sind u. a. Oberpräsidialrat Steinau-Steinrück-Danzig, sowie der Polizeirat Jacher aus Posen anwesend. Die Verhandlung begann damit, daß der Staatsanwalt gegen den Angeklagten Ketzauowicz 100 Mark Geldstrafe wegen Ungebühr beantragte, nachdem dieser an die Richter die Frage gestellt hatte, ob einer von ihnen Mitglied des sogenannten Hafatistenvereins zur Verbreitung des Deutschlums in den Ostmarken sei. Eine solche Frage sei unzulässig. Der Angeklagte erklärte schließlich auf Anraten seines Verteidigers, daß er keine Anträge auf Ablehnung der Richter wegen Befangenheit vorbringen wolle, worauf der Vorsitzende erklärte, daß das Richterkollegium den Antrag des Ersten Staatsanwalts abgelehnt habe, weil es der Ueberzeugung sei, daß der Angeklagte nicht absichtlich, sondern nur aus Unbesonnenheit sich „ungehörlich benommen“ habe. Hierauf wird der Anklagebeschuß verlesen. Danach sind sämtliche Angeklagte beschuldigt, an einer Verbindung teilgenommen zu haben, deren Zweck, Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden sollte, die Angeklagten Malowski, Karzinski, Wozynski und Markowicz sind beschuldigt, Vorsteher dieser Verbindung gewesen zu sein. Der erste Angeklagte, Alexier Benard Gonsz (Polzin), bemerkt auf Befragen des Vorsitzenden: Als er auf dem

Gymnasium zu Culm war, wurde er von dem Angeklagten v. Bilarski aufgefordert, Mitglied der bisherigen Schüler-Vereins zu werden. Er habe dieser Aufforderung Folge geleistet und bei seiner Aufnahme einen Eid leisten müssen, daß er nichts verraten werde. Die Hauptversammlungen, in denen die Aufnahmen stattfanden, wurden in einer Waldschlucht in den Abendstunden abgehalten. Einige Gymnasialisten wurden als Wachen aufgestellt, um zu verhindern, daß die Versammlungen übertrübt wurden. Die gewöhnlichen Versammlungen, in denen polnische Geschichte und Literatur getrieben wurde, fanden in den Wohnungen der einzelnen Mitglieder statt. Der Vorsitzende: Wurde in den Versammlungen denn lediglich polnische Geschichte und Literatur getrieben? Angeklagter: Ja wohl. Der Angeklagte Gonsz erklärt darauf, daß er später aus der Verbindung ausgetreten sei. Das Bewußtsein, daß in der Verbindung etwas Strafbares liege, hätte er nicht gehabt.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Bildhauer fand am Sonntag im Gewerkschaftshause statt. Der Vorstand der Organisation hatte den Mitgliedern geraten, diese Versammlung fernzuhalten, weil sie nicht von kompetenter Seite einberufen sei. Trotzdem waren mehrere Vertreter und Anhänger des Vorstands anwesend. — Von dem Vorsitzenden der hiesigen Zahlstelle des Bildhauer-Verbandes waren im Sachorgan dem Einberufer der Versammlung, Karl Wehle, verschiedene Vorwürfe gemacht worden. Hiergegen verteidigte sich dieser in etwa zweifelhafte Rede und richtete dabei heftige Angriffe gegen die Leiter der Organisation, sowie gegen den Redacteur der „Bildhauer-Zeitung“. Die Vertreter und Anhänger dieser Partei verließen zum größten Teil den Saal, nachdem sie mehrfach ihre abweichende Meinung durch Zwischenrufe kundgegeben hatten. Nach einer kurzen Debatte beschloß die Versammlung, von der Organisation zu verlangen, daß die Angelegenheit innerhalb der Organisation geregelt werde. Der Ueberrest, der eventuell nach Dedung der Kosten von der Zellerversammlung übrig bleibt, soll den Glasarbeitern überwiesen werden.

Der Verein der Bauanschläger für Berlin und Umgegend hielt am Sonntag eine Versammlung im Gewerkschaftshaus und Genosse G. Vint hielt einen Vortrag über Krankenversicherungsangelegenheiten. Hierauf wurde die Lage des Streiks einer längeren Besprechung unterzogen, hauptsächlich wurde Bezug genommen auf die Versammlungsberichte der Reicherversammlung in den verschiedenen Zeitungen.

Der Verband Deutscher Gastwirtsgehilfen (Ordnungsverwaltung Berlin) hielt am 30. August eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung im Verkehrslokal, Jägerstr. 35, ab. Den Bericht des Vorstandes gab der 2. Vorsitzende Hilgert. Daran war zu entnehmen, daß der Arbeitsnachweis seit den 11 Jahren des Bestehens der Organisation die stärkste Arbeitsvermittlung im letzten Quartal dieses Jahres zu verzeichnen hatte. Nach der Diskussion über diesen Punkt wurden noch einige interne Verbandsangelegenheiten erledigt.

Infolge der Berichtigung des Genossen Voigt sehe ich mich veranlaßt, folgendes zur Kenntnis der Öffentlichkeit zu bringen: Nachdem ich festgestellt hatte, daß circa 5 Wochen nach Boykottierung der Firma Hammacher im Konsumverein Berlin-Rixdorf noch boykottierter Kautabal verkauft wurde, wandte ich mich sofort beschwerdeführend an den Geschäftsführer des genannten Vereins, der mir versprach, für Abhilfe dieses Mißstandes Sorge zu tragen; außerdem war der Genosse Voigt von anderer Seite auf diesen Fall aufmerksam gemacht worden. Als ich mich nach ca. 8 Tagen bei Voigt erkundigte, ob die Verwaltung des Vereins bereits Schritte gethan habe, um den Verkauf des Kautabals zu verhindern, wurde mir erwidert, daß alles noch beim alten geblieben sei.

Es wurde nun zum zweitenmal an meine Frau der boykottierte Kautabal verkauft und dann allerdings habe ich in meiner Eigenschaft als Ausschußmitglied der Berliner Gewerkschaftskommission und nicht als Vorsitzender des Rabatt-Sparvereins „Süd-Ost“ meinem Kollegen Börner im Ausschuß davon Mitteilung gemacht und ihn ersucht, den Geschäftsführer des Konsumvereins Berlin-Rixdorf zu einer Sitzung der Tabakarbeiter oder Tabakhändler einzuladen und ihm dort den Standpunkt klar zu machen, da die Verwaltung des Konsumvereins erst 14 Tage nach Eingang meiner Beschwerde den boykottierten Kautabal aus den Verkaufsstellen zurückgezogen hat und es dadurch für die Zukunft unmöglich machte, daß ein Versehen der Angeklagten vorkommen kann.

Daß die Tabakarbeiter diese Angelegenheit in der Öffentlichkeit behandelt haben, war nicht mein Wunsch, ich hatte aber weder das Recht noch die Macht, es zu hindern. Als Anhänger der Genossenschaftsbewegung bedaure ich die öffentliche Behandlung dieser Angelegenheit, weil sie von den Gegnern unserer Bestrebungen gegen die Genossenschaftsbewegung angegriffen werden könnte.

Hermann Kunze, Berlin SO., Forststr. 38, III.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus dem städtischen Obdach geprügel

Wurde gestern abend einer unserer Stadtverordneten mit einem einem andren unser Parteifreunde, die beabsichtigten, dort zu nächtigen, um so persönlich die Annehmlichkeiten sowie die ganze Handhabung in diesem städtischen Institut, über welches ungläubliche Vorurteile in letzter Zeit bekannt geworden sind, kennen zu lernen. Nicht nette Zustände. Wir kommen morgen noch eingehend darauf zurück.

Verhaftet.

Remel, 9. September. (W. S.) Der Holzindustrielle Bernstein in Lüft wurde heute infolge einer Denunziation russischer Holzhändler wegen Verdachts betrügerischer Manipulationen verhaftet. Der Versuch der Gläubiger, den Konkurs zu vermeiden, ist damit aussichtslos geworden.

Ausdehnung des russischen Handels.

Frankfurt a. M., 9. September. (W. S.) Der Frankfurter Zeitung wird aus Konstantinopel depeschirt: Die Russen legen ihre Bemühungen, die Handelsbeziehungen zwischen den Häfen des Schwarzen Meeres und des persischen Golfs zu fördern, eifrig fort. Zu Ende des vorigen Jahres ging die erste Expedition mit 800 000 Rubel auf dem Dampfer „Korwilow“ nach dem Golfe ab. Am Dienstag verläßt der Dampfer „Asow“ Odeffa mit Waren von 1 300 000 Rubel.

Abgefährt.

Salzburg, 9. September. (W. S.) Der Sohn des Landtags-Abgeordneten Leimacher kürzte samt einem andren ihn begleitenden jungen Mann vom Untersberge ab. Beide sind schwer verletzt.

Untergegangener Dampfer.

Paris, 9. September. (W. S. W.) Der zwischen Vrest und Dänischen verkehrende Küstendampfer „Léon“ ist untergegangen. Zwei Matrosen und zwei Passagiere ertranken.

München, 9. September. (W. S. W.) Der bayerische Landtag ist auf den 27. d. M. einberufen.

Chicago, 9. September. neun Anarchisten wurden vor den Richter gebracht, das Verhör wurde jedoch bis zum 10. d. M. verschoben, um eine gründliche Untersuchung der Anklage wegen Verschwörung zwecks Ermordung Mc Kinleys zu ermöglichen. Drei der Verhafteten sind Frauen, diese wurden gegen eine Kautions von 3000 Dollars aus der Haft entlassen; die andren sechs wurden in Haft behalten.

Anträge

zum sozialdemokratischen Parteitag

am 22. September und folgende Tage zu Lübeck im „Vereinshaus“, Johannisstr. 50/52.

Tagesordnung.

- 1. Parteigenossen in München: Auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: „Die wirtschaftliche Krise“.
2. Parteigenossen des Wahlkreises Dortmund-Görde: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise“.
3. Parteigenossen des 3. Berliner Wahlkreises und des Kreises Teltow-Beeskow-Storlow: Auf die Tagesordnung zu setzen ein Referat über: „Krieg und Krise“.
4. Parteigenossen in Magdeburg: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Der Posttarif und die Arlenfrage“.
5. Parteigenossen des Wahlkreises Nieder-Barnim, Köln und Breslau: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Der Posttarif-Entwurf“, und dazu einen Referenten zu bestellen.
6. Parteigenossen in Nürnberg-Altdorf: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Postpolitik“ und im Anschluß daran: „Die Wirtschaftskrise und die Arbeiter“; zu beiden Punkten sind Referenten zu bestellen.
7. Parteigenossen in Dresden und Essen: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Postpolitik“.
8. Parteigenossen des 3. Berliner Wahlkreises: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Post- und Handelspolitik und der Brotwucher“, und dazu einen Referenten und Korreferenten zu bestellen.
9. Parteigenossen des 2. Hamburger Wahlkreises: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Post- und Handelspolitik“.
10. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storlow: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Handelspolitik und der Brotwucher“, und zwar hinter dem Punkt der Tagesordnung: „Die Wohnungsfrage“.
11. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises — Liepmann und sechs Genossen: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Gewerkschaften und deren Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei“, und dazu einen Referenten und Korreferenten zu bestimmen.
12. Parteigenossen des 6. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises: Mit Ausnahme der Kommissions-Sitzungen keine geheimen Sitzungen abzuhalten.
13. Parteigenossen in Breslau: Sämtliche Verhandlungen des diesjährigen Parteitages wie bisher öffentlich zu führen.
14. Parteigenossen in Halberstadt: Von der Abhaltung geheimer Sitzungen abzusehen.
15. Parteigenossen des 8. Berliner Wahlkreises: Die Öffentlichkeit ist nur insofern auszuschließen, als es sich um interne finanzielle Fragen handelt, im übrigen sind alle die Presse betreffenden Fragen öffentlich zu verhandeln.

Programm.

- 16. Parteigenossen des 2. Hamburger Wahlkreises: Im zweiten Teil des Programms der Ziffer 6 folgenden Satz anzufügen: „Regelung der Wohnungsfrage durch das Reich in Form eines Reichswohnungs-gesetzes“.

Taktik.

- 17. Parteigenossen Magdeburgs: Daß in die Resolution über die Taktik der Partei bei Stichwahlen eine Erklärung aufgenommen wird, wonach die Abgabe von weißen Stimmzetteln für gleichbedeutend mit Stimmenthaltung erklärt wird.

Organisation.

- 18. Parteigenossen des 2. Hamburger Wahlkreises, des Kreises Rando-Wreienhagen und in Altona: § 2 Absatz 2 des Organisationsstatuts ist in seiner früheren Fassung wiederherzustellen; er soll lauten: Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstags-Wahlkreise. Im Absatz 3 fallen die Worte „Schiedsgericht“ fort.
19. Parteigenossen in Ottensen: Dem § 2 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben: Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat. Die Entscheidung hierüber steht den Genossen an den einzelnen Orten zu. Gegen die gefällte Entscheidung der Genossen am Orte des Ausschusses steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu, es sind aber die leitenden Genossen an den einzelnen Orten verpflichtet, dem vom Ausschluß Betroffenen von dem ihm zustehenden Recht schriftlich Kenntnis zu geben.
20. Parteigenossen des Wahlkreises Offenbach-Dieburg: Der zweite Absatz des § 2 unseres Organisationsstatuts erhält folgende Fassung: Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Genossen der einzelnen Parteiorde. Gegen diese Entscheidung steht dem Betroffenen die Berufung an die Kreis-Organisation, die Provinzial- beziehungsweise Landes-Organisation und den Parteitag zu.
21. Parteigenossen des 1. Hamburger Wahlkreises: „Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, oder wer sich einer ehrlosen Handlung oder eines groben Verstoßes gegen die Parteizucht schuldig gemacht hat. Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet, wenn es sich um Verstöße gegen die Grundsätze des Parteiprogramms handelt, ein Schiedsgericht; in allen anderen Fällen entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstags-Wahlkreise. Das Schiedsgericht besteht aus mindestens fünf Personen und wird vom Parteivorstand berufen. Die Hälfte der Weisung wird von demjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch den Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand. Die Bildung eines Schiedsgerichts kann nur auf Antrag einer Partei- oder Vereinsversammlung erfolgen. Die Weisung, welche die Antragsteller zu bezeichnen haben, sind in Vereins- oder Parteiversammlungen zu wählen. Gegen den Ausschluß aus der Partei steht dem Betroffenen die Berufung an die Kontrollkommission und den Parteitag zu. Den Ausgeschlossenen kann auf ihren Antrag nach Ablauf eines Jahres die Parteizugehörigkeit durch den Parteivorstand wieder zuerkannt werden, wenn der Antrag von der Partei-Organisation ihres Wohnorts befürwortet wird. (Nicht wie früher.)“
22. Parteigenossen des 3. Hamburger Wahlkreises: § 2 Absatz 2 folgende Fassung zu geben: Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder der Parteivorstand. Gegen die Entscheidung steht dem Betroffenen die Berufung an die Kontrolleure und den Parteitag zu.“
23. Diefelben, Distrikt Ahlenhorst und Rothenburgs, Ort: § 2 in der früheren Fassung wieder herzustellen.
24. Diefelben, Distrikt Hamam: Dem § 2 des Organisationsstatuts ist folgende Fassung zu geben: Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat, sowie vorzüglich die Einheit der politischen oder wirtschaftlichen Arbeiterbewegung hintertreibt. — Ueber die Zugehörigkeit zu den örtlichen oder Landesorganisationen der Partei

entscheiden die Organe dieser Organisationen selbständig und endgültig. — Ueber den Ausschluß aus der Gesamtpartei entscheidet usw. nach den Bestimmungen, wie sie zur Zeit in Kraft sind.

- 25. Parteigenossen des Wahlkreises Dortmund-Görde: Der § 2 Abs. 2 unseres Organisationsstatuts ist dahin zu ändern, daß über die fernere Zugehörigkeit zu der Partei die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise zu entscheiden haben. Gegen diese Entscheidung kann ein Schiedsgericht angerufen werden in der Zusammensetzung, wie das jetzige Organisationsstatut vorschreibt.
26. Parteigenossen in Breslau, im Wahlkreise Dortmund-Görde, in Düsseldorf, in Magdeburg, in Stahfurt und in Zwickau: Der Hamburger Schiedspruch ist zu kassieren, eventuell dem § 2 des Organisationsstatuts eine präzisere Fassung zu geben.
27. Parteigenossen in München und Halle: Den Hamburger Schiedspruch aufzuheben und den Ausschluß der betreffenden Hamburger Accordmänner auszusprechen.
28. Parteigenossen des 1. Berliner Wahlkreises protestieren entschieden gegen das Urteil der Kontrolleure in Sachen der Hamburger Accordmänner und verlangen Aufhebung desselben.
29. Parteigenossen in München: Amendement zu § 2 des Organisationsstatuts: Als ehrlose Handlung im Sinne des Organisationsstatuts gilt eine Handlung, die den Ausschluß eines Genossen aus seiner Gewerkschaft zur Folge hat.
30. Parteigenossen in Halle: Der Parteitag in Lübeck möge darüber verhandeln, ob dem § 2 des Organisationsstatuts unserer Partei eine Fassung gegeben werden soll, nach welcher der Verstoß gegen gewisse, näher zu bestimmende gewerkschaftliche Forderungen als Verstoß gegen die Parteizucht aufzufassen ist, deren Ausschluß aus den Parteiorganisationen rechtfertigt.
31. Diefelben: Der Parteitag möge im Falle der Aufhebung des Schiedspruchs über die Hamburger Accordmänner beschließen, daß die modernen Gewerkschaften aufgefordert werden, die Beschlüsse der Parteiorganisation ebenfalls so zu beachten, daß diejenigen Mitglieder, welche sich gegen diese Beschlüsse vergehen, aus denselben ausgeschlossen werden.
32. Genosse W. Lehendeder in Höchst a. M.: In § 9 hinter Absatz 1 des Organisationsstatuts sind folgende Worte einzufügen: „Die Delegierten zum Parteitag sind in öffentlichen Partei-Versammlungen zu wählen und darf die Wahl in sogenannten Kreis-Konferenzen nicht vorgenommen werden.“
33. Parteigenossen in Oradell: Der Parteivorstand wird auf 2 Jahre gewählt. Nach zwei Jahren scheidet die Hälfte aus, an deren Stelle werden andre gewählt. Die ausgeschiedenen Vorstands-Mitglieder können in den ersten vier Jahren nicht wiedergewählt werden.
34. Parteigenossen in Oldenburg: Bei ausbrechenden Konflikten zwischen Parteigebäuden und ihren Arbeitern ist der Streikfall, falls eine Verständigung nicht erzielt werden kann, einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Dasselbe setzt sich zu gleichen Teilen zusammen aus Vertretern des Parteivorstandes, der Generalkommission der Gewerkschaften und von den aus den streitenden Parteien ernannten Vertretern.
35. Parteigenossen in Düsseldorf: Es sind in der Partei durch die Parteileitung in Berlin aus den Reihen der Parteikontrolleure sachmännlich gebildete Genossen als Prekvisoren anzustellen, denen die alleinige Aufgabe zu teil wird, von 1/2 zu 1/2 Jahr die gesamte deutsche Parteipresse in Bezug auf deren geschäftliche Angelegenheiten bezw. Leitung zu revidieren.

Presse.

Centralorgan.

- 36. Genosse Bieweg in Mühlau: Den Parteivorstand zu beauftragen, eine wöchentlich erscheinende Beilage im „Vorwärts“ herauszugeben, deren Inhalt der sozialistischen Jugend und deren Erziehung bestimmt ist. In dieser Beilage ist gleichzeitig auf weitere gute Jugendliteratur hinzuweisen, um die Anschaffung solcher zu erleichtern. Allen Parteizeitungen ist diese Beilage auf Wunsch zur Verfügung zu stellen, ähnlich wie die Unterhaltungsbeilage: „Die Neue Welt“.

Lokalpresse.

- 37. Parteigenossen in Remel: Es wird allmonatlich eine Ausgabe des „Ostpreussischen Landboten“ in litauischer Sprache zur Verbreitung unter der litauisch sprechenden Landbevölkerung Ostpreußens zu einem billigen Abonnementpreise herausgegeben. Das ebenfalls entstehende Defizit wird aus der Parteikasse gedeckt.
38. Parteigenossen in Düsseldorf: Der Parteivorstand ist gehalten, dem Prekvisoren der Genossen im Wahlkreise Düsseldorf — „Düsseldorfer Volkszeitung“ — finanzielle Unterstützung angedeihen zu lassen, um damit die Position der Düsseldorfer Genossen im Kampf gegen unre Segner, in erster Linie gegen das Centrum, zu halten und zu stärken.

Freie Stunden.

- 39. Parteigenossen in München: Der Parteitag hat dafür zu sorgen, daß die Wochenchrift „In freien Stunden“ auf eine Höhe gebracht werde, die einer Unterhaltungs-Literatur für Arbeiter entspricht.
40. Die Genossen Löbe, Kläh und Heymann in Breslau: Die Verhandlung Vorwärts möge veranlaßt werden, zwecks besserer Agitation für die „Freien Stunden“ alljährlich die erste Nummer in einer Massenausgabe drucken und dieselbe den sämtlichen Parteiblättern als Probenummer beilegen zu lassen.

Unterhaltungsliteratur.

- 41. Parteigenossen in Breslau: Daß die Parteiblätter nur die „Neue Welt“ als Unterhaltungsbeilage beizulegen haben.
42. Parteigenossen in Kassel: Daß eine wirkliche vollständige und praktische Unterhaltungsbeilage geschaffen werde. Diefelbe soll sich unter Begehung des für unre Zwecke nicht Passenden in Form, Inhalt, Zahl und Art der Illustrationen möglichst eng anlehnen an das früher im Schönleinschen Verlag in Stuttgart erschienene wirkliche gute Unterhaltungsblatt.
43. Die Genossen Löbe, Kläh und Heymann in Breslau: Der Parteitag von J. G. W. Dieß Knast in Stuttgart wird beauftragt, den „Wahren Jakob“ in Zukunft wöchentlich erscheinen zu lassen.

Handbuch.

- 44. Genosse Lehendeder in Höchst a. M.: 1. Das demnächst erscheinende parlamentarische Handbuch für sozialdemokratische Wähler an die Vertrauensleute und an die in der öffentlichen Agitation thätigen Genossen zum Selbstkostenpreis abzugeben.

Kalender.

- 45. Parteigenossen des 3. Berliner Wahlkreises: Der Preis des „Neue Welt-Kalender“ ist auf 30 Pf. herabzusetzen.
46. Genosse Biedrich in Grohndorfsdorf: Die Herausgabe eines sozialdemokratischen Abreißkalenders mit entsprechenden Gedentagen und Sinsprüchen.

Liederbuch.

- 47. Genossen in Kassel: Ein praktisches Arbeiter-Liederbuch herauszugeben, welches bei allen Arbeiter-Festlichkeiten wie z. B. Märzfeiern, Maisfeiern, Stiftungsfesten, Lokale-Feiern usw. benutzt und zu einem billigen Preis gekauft werden kann, ähnlich wie das Götische Liederbuch, welches nur 10 Pf. kostet.

Flugblätter.

- 48. Genossin O. Baader und Genossinnen: Ein Flugblatt herauszugeben, das von den Beauftragten der Genossinnen

zur Veröffentlichung vorgeschlagen wird und das in leicht fahlicher Darstellung die Frauen über den Postwucher und seine Folgen belehrt und sie zu energischer Protesthandlung auffordert. Das Flugblatt soll, was die Höhe der Auflage und die Art der Verbreitung anlangt, nicht als Sonderflugblatt der Genossinnen behandelt werden, sondern als Veröffentlichung der Gesamtpartei.

Kolportage.

- 49. Parteigenossen in Nürnberg-Altdorf: Daß in allen Orten, wo die Kolportage durch Privatunternehmer nicht oder nur mangelhaft betrieben wird, dieselbe in Parteiregie zu übernehmen ist. Die Parteigenossen allüberall sind verpflichtet, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Inserate.

- 50. Parteigenossen in Breslau: „Der Parteivorstand wird ersucht, für die im Parteiverlag herausgegebenen Unterhaltungsblätter „Neue Welt“ und „Der wahre Jakob“ regelmäßige Inseratenbeilagen zu geben.“

Agitation.

- 51. Parteigenossen des 6. Berliner Wahlkreises: Der Parteitag mißbilligt die Art der Agitation, wie dieselbe von seiten des Genossen Beckstein betrieben wird, da dadurch unsere Ziele vollständig unklar werden.
52. Parteigenossen in Essen: „Der Parteitag beauftragt den Vorstand, die Agitation im rheinisch-westfälischen Industriegebiet für die Folge wirksamer zu unterstügen.“
53. Genossin O. Baader und Genossinnen: Die von den Genossinnen für die nächste Zeit vorbereiteten Frauenversammlungen sind von den Genossen in jeder Hinsicht zu unterstützen.

Parteitag.

- 54. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises und Genossen des 1., 2., 3. und 6. Kreises: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Alkoholisimus und Sozialdemokratie“, und dazu einen Referenten und Korreferenten zu bestellen.
55. Parteigenossen in Halberstadt, Remel und dem Wahlkreise Calbe-Neuharzig: „Die Alkoholfrage“ auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.
56. Die Genossen Krawitter, Menz und Köffel in Bremen: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Die Alkoholfrage und praktische Socialpolitik“.
57. Parteigenossen in Halle: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Die Aufgaben der sozialdemokratischen Partei auf dem Gebiete des Kommunalwesens“.
58. Parteigenossen des Wahlkreises Jüterbog-Luckenwalde-Zauch-Beizig: Die Parteitage zwischen Weihnachten und Neujahr abzuhalten.
59. Parteigenossen in Remel: Der Parteitag möge den nächstjährigen Parteitag so verlegen, daß auch die Wahlkreise der östlichen Provinzen ihn mit Delegierten besenden können.
60. Parteigenossen in Dresden: Den nächstjährigen Parteitag in Dresden abzuhalten.
61. Parteigenossen in Düsseldorf: Den nächstjährigen Parteitag in Düsseldorf abzuhalten.
62. Parteigenossen in Halberstadt: Den nächstjährigen Parteitag in Halberstadt abzuhalten.
63. Parteigenossen in Magdeburg: Den nächstjährigen Parteitag in Magdeburg abzuhalten.
64. Parteigenossen in Rauhheim: Den nächstjährigen Parteitag in Rauhheim abzuhalten.
65. Parteigenossen in München: Den nächstjährigen Parteitag in München abzuhalten.

Allgemeines.

- 66. Genosse Wolf in Berlin IV, SO.: Bei der Aufstellung von Kandidaten zur Reichstagswahl so viel wie möglich Männer aus Arbeiterkreisen zu nehmen.
67. Genosse Khrunk in Charlottenburg: Zur Reichstagswahl dürfen nur Genossen aufgestellt werden, die dem sozialdemokratischen Verein ihres Wohnorts, falls ein solcher daselbst besteht, angehören.

Parlamentarisches.

- 68. Parteigenossen in Ronneburg: die Fraktion zu ersuchen, einen Antrag zu den §§ 8 und 20 des Krankenversicherungs-Gesetzes einzubringen mit ungefährem Wortlaut: § 8, Ziffer 3. Freie ärztliche Behandlung, freie Arznei und sonstige Heilmittel sind den Familienangehörigen der verheirateten Klassenmitglieder, das heißt der Ehefrau und den Kindern bis zum 14. Lebensjahre, soweit dieselben nicht selbst dem Versicherungszwange unterliegen, allgemein zu gewähren. § 20, Ziffer 4. Freie ärztliche Behandlung, freie Arznei und sonstige Heilmittel sind den Familienangehörigen der verheirateten Klassenmitglieder, d. h. der Ehefrau und den Kindern bis zum 14. Lebensjahre, soweit diese nicht selbst dem Versicherungszwange unterliegen, zu gewähren. Den Ehefrauen der Mitglieder ist im Falle der Entbindung die Hälfte der Wöchnerinnen-Unterstützung zuzusprechen. — Die Ziffern 5 und 7 des § 21 sind zu streichen. Gleichzeitig ist ein neuer Paragraph in das Gesetz aufzunehmen, welcher lautet: „Diese Bestimmungen erstrecken sich auch auf Bau-, Fabrik-, Knappschafts- und Zimmungs-Krankenkassen. Solche Kassen, welche durch Einführung obiger Bestimmungen nachweislich in ihrer Existenz gefährdet werden, sind vom Reiche oder aus den Kassen der Versicherungsanstalten zu subventionieren.“
69. Parteigenossen in Barmen: 1. Die Reichstags-Fraktion wird aufgefordert, einen Gesetzesentwurf im Reichstage einzubringen, wonach der Maximal-Arbeitstag für alle erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen auf 10 Stunden festzusetzen ist.
70. Diefelben: Die Fraktion wird beauftragt, im Reichstag ein Reichs-Wohnungs-gesetz einzubringen mit Berücksichtigung folgender Punkte: 1. Schaffung eines Reichs-Wohnungsamtes; 2. Schaffung einer Wohnungsinspektion in Städten und Kreisen; 3. die Gemeinden, Städte, Kreise und der Staat sind verpflichtet, verkäuflichen Grund und Boden anzukaufen, anstatt denselben der Spekulation zu überlassen; 4. die Mietkontrakte dürfen nicht mit den Arbeitsverträgen in Verbindung gebracht werden; 5. die Mietskapitalien der Arbeiterversicherung sind hierzu nutzbar anzulegen.
71. Parteigenossen in Elberfeld: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird beauftragt, einen Antrag auf Einführung eines gesetzlichen Maximal-Arbeitstages für alle Arbeiter einzubringen.
72. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: Der Parteitag zu Lübeck wolle die Reichstags-Fraktion beauftragen, energisch für den Schutz des Koalitionsrechts einzutreten.
73. Parteigenossen in Breslau: Die sozialdemokratische Fraktion möge den erneuten Versuch machen, eine Abänderung des Militärgerichts-Verfahrens herbeizuführen, insbesondere in Beziehung auf öffentliche Verhandlung.
74. Parteigenossen in München: Es sei die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, sofort nach Zusammenritt des Reichstages Anträge auf Abänderung der Militär-Strafgerichts-Ordnung vom 1. Dezember 1898 zu stellen, durch die als Minimum besser, was überhaupt von einer Prozessordnung gefordert werden muß, die der Rechtspflege dienen will, dem Recht der Angeklagten wenigstens so weit Rechnung getragen wird, daß 1. der Allgewalt des Gerichtsherrn Schranken gesetzt, 2. die Funktionen des Untersuchungsrichters und des Anklagevertreters getrennt und 3. die Gerichtshöfe (besonders in der Berufungsinstanz) dezent zusammengesetzt werden, daß die

juristisch gebildeten Richter bei Entscheidung der Schuldfrage von den Offizieren nicht majorisiert werden können.

75. Parteigenossen in Mülhausen i. Elsaß: Die Reichstags-Fraktion wird beauftragt, wie in früheren Jahren auch in der Zeit bis zum nächsten Parteitag bei jeder Gelegenheit auf die Aufhebung der außerordentlichen Gewalt des kaiserlichen Statthalters in Elsaß-Lothringen hinzuwirken, um die Bevölkerung des Reichslandes endlich aus einer Lage zu befreien, die ebenso ungerechtfertigt als unwürdig und der gesunden Entwicklung hinderlich ist.

76. Dieselben: Die Reichstags-Fraktion wird ferner beauftragt, für die vollständige Einföhrung des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 in Elsaß-Lothringen einzutreten;

77. Dieselben: desgleichen für die allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl des Elsaß-Lothringischen Landesauschusses durch das Volk;

78. Dieselben: desgleichen aufs neue für die Schaffung eines Reich-Vereinsgesetzes.

79. Jacob Meyer und Schwarz, Mitglieder des 6. Berliner Wahlkreises: Der Parteitag wolle beschließen, daß die Genossen im Reichstags für Aufhebung des Impfzwangs eintreten.

Resolutionen.

80. Die am 2. September tagende Mitglieder-Versammlung des Socialdemokratischen Vereins für den 2. Hamburger Wahlkreis hält trotz des Entschlusses der Parteikontrolleure an den am 6. August von den gemeinsam verammelten Wahlvereinen aufgestellten Grundfagen in Bezug auf den Streitfall mit den Accordmaurern soweit sie Parteimitglieder sind fest. Sie hält nach wie vor den in dieser Angelegenheit ergangenen Schiedsspruch für einen Fehlspruch schlimmster Sorte und betrachtet die in der Begründung aufgestellten Grundfagen als mit den Grundfagen, die bisher in der allgemeinen Arbeiterbewegung in Bezug auf Disziplin, Unterordnung und Solidarität bestimmend waren, für nicht vereinbar. Von dem Parteitag in Lübeck erwartet die Versammlung, daß er diesen Fehlspruch aufhebt, und somit die altbewährten Grundfagen wie oben genannt wieder aufrichtet. In einem andren Beschluß erklärt die Versammlung eine schwere Gefahr, wenn nicht ja eine Verflrung der in der Arbeiterbewegung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu verzeichnenden Eintracht und Geschlossenheit.

81. Parteigenossen in Altona: Die Versammlung erklärt, daß sie es für notwendig erachtet, daß der Schiedsspruch in der Angelegenheit des Ausschusses der Accordmaurer beseitigt wird und eine Entscheidung getroffen wird, wodurch die Interessen der in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung kämpfenden Arbeiterschaft besser gewahrt werden, wie in dem Schiedsspruch.

82. Die Mitglieder-Versammlung des Distrikts Eilbeck (3. Hamburger Wahlkreis) richtet an den Parteitag das Ersuchen, sich in Sachen des Ausschusses der Accordmaurer nicht auf den Standpunkt des Schiedsgerichts und der Kontrollkommission zu stellen. Die Handlungsweise der Accordmaurer wird von der großen Mehrheit der Hamburger Parteigenossen als eine ehrlose betrachtet und der Parteitag deshalb ersucht, im Interesse der gedeihlichen Weiterentwicklung der Parteiorganisation in Hamburg den in mehreren Versammlungen angenommenen Ausschlußparagrafen zu bestätigen.

83. Die Konferenz des 9. badischen Reichstags-Wahlkreises kann sich dem Schiedsspruch der Kontrollkommission in Sachen der Hamburger Accordmaurer nicht anschließen. Sie ist der Ansicht, daß ein willkürlicher Streikbruch vorliegt. Die Fällung des Schiedsspruchs beweist nach Ansicht der Konferenz die Unhaltbarkeit des § 2 des Organisationsstatuts; sie hält Fälle ähnlicher Natur für vermieden, wenn der Ausschluß wieder in den örtlichen Parteiveren erfolgt.

84. Die Parteigenossen des 17. sächsischen Reichstags-Wahlkreises erwarten vom Parteitag, daß er den gefällten Schiedsspruch in Sachen der Hamburger Accordmaurer richtig stellt und auspricht, daß die Accordmaurer als Streikbrecher anzusehen sind. Die Parteigenossen sind der Hoffnung, daß solche Anträge seitens der Gewerkschaften in Zukunft von der Partei zurückgewiesen werden.

85. Parteigenossen in Halberstadt und dem Kreise Calbe-Aischleben: Der Parteitag erklärt, daß er das vom Ober-Kriegsgericht in Gumbinnen gefällte Todesurteil wider den Unteroffizier Warten für einen der schwersten Justizirrtmer hält, welchen die Geschichte kennt. Der Parteitag stellt auch nicht annehmend einen Beweis dafür erbracht, daß der Verurteilte sich des ihm zur Last gelegten Mordes schuldig gemacht hat. Der Parteitag erwartet von der socialdemokratischen Reichstags-Fraktion, daß dieselbe unter ausdrücklicher Bezugnahme auf das Gumbinner Urteil in geeigneter Form im Reichstags für die Abschaffung der Todesstrafe und die Veseitigung der Militärjustiz — außer für Disziplinarflle — eintreten wird.

86. Die Delegierten des Thüringer Parteitages: Der Thüringer Parteitag lehnt die Revisionsbestrebungen des Genossen Eduard Vernstein ohne jede Einschränkung auf das entschiedenste ab.

Der Parteitag erklärt im besondern, daß die Erlösung der Arbeiterklasse aus der Lohnnechtigkeit des Kapitalismus einzig in der Erkenntnis und in den Zielen und auf den Wegen möglich ist, wie sie im wissenschaftlichen Socialismus von Marx und Engels vorgezeichnet und im Erfurter Programm für die deutsche Socialdemokratie festgelegt sind.

Aus diesen Erwägungen heraus verurteilt der Parteitag auf das Unzweideutigste auch die Art, wie der Genosse Vernstein trotz der vom Parteitag in Hannover angenommenen Resolution des Genossen Weber fortfhrt, den Versuch zu machen, in der Partei Verwirrung und Uneinigkeit zu stiften.

Nachdem nun mehrere Jahre hindurch die Revisionsbestrebungen des Genossen Vernstein von allen Parteigenossen und Instanzen der Partei sachlich und eingehend geprüft, von der überwältigenden Mehrheit der Parteigenossen energisch abgelehnt sind, hat der Parteitag Thüringens den Wunsch, daß der deutsche Parteitag in Lübeck diesem Vorgehen des Genossen Vernstein gegenüber eine ganz unzweideutige Erklärung abgibt.

87. Parteigenossen des 4. Berliner Wahlkreises (Süd-Ost) sprechen die bestimmte Erwartung aus, daß der Parteitag zu Lübeck den neuesten Bestrebungen des Genossen Vernstein, den im Erfurter Programm der Partei festgelegten Grundfagen die wissenschaftliche Basis zu entziehen, entschieden und unzweideutig gegenüber Stellung nimmt und die Art, wie derselbe Verwirrung und Uneinigkeit in die Reihen des kämpfenden Proletariats hineinträgt, mißbilligt. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die wirtschaftliche und politische Lage schwere Kämpfe heraufbeschwören, die alle Kräfte der Socialdemokratie zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Mchte der Reaction erfordern, und verlangt von allen Parteigenossen, daß sie sich den nach eingehender Diskussion auf den Parteitagen festgelegten Grundfagen fügen, Revisionsbestrebungen in der Partei selbst und auf den Parteitagen anregen, nicht aber in das Lager der Gegner tragen, und so den thätigen Genossen die Agitationsarbeit erschweren und die Partei schädigen.

88. Genossin Dr. Lugemburg:

In Erwägung, daß die heutige Staatsgewalt die Aufrechterhaltung und Verteidigung der kapitalistischen Ordnung zur Aufgabe hat, und so wohl ihre gemeinsamen Funktionen wie die fortschrittlichen Reformen, die von ihr etwa zu erlangen sind, diesen ihren wesentlichen Charakter nicht ändern, im Gegenteil selbst von kapitalistischen Interessen durchdrungen sind,

daß dementsprechend unsere Zustimmung zu einzelnen Anwendungen des Staates keineswegs unsere ablehnende Haltung gegenüber der Gesamthtigkeit der Regierung als des Organs der kapitalistischen Klassenherrschaft beeinträchtigen darf,

daß die Bewilligung des Budgets aber der Gewährung von Existenzmitteln an diesen der Arbeiterklasse feindlichen Klassenstaat

gleichkommt und somit unsere grundsgliche Opposition zu ihm wie unse an seiner Thätigkeit geübte Kritik zur leeren Phrase macht, daß insbesondere die Regierungen der deutschen Einzelstaaten in der gesamten inneren und auswärtigen Politik als integrierende misschuldige und mitverantwortliche Teile der Staatsgewalt des Deutschen Reiches zu betrachten sind, werden die socialdemokratischen Abgeordneten in den deutschen Landtagen verpflichtet, in der Gesamtabstimmung gegen das Budget zu stimmen.

89. Parteigenossen des 4. Berliner Wahlkreises (Süd-Ost): 1. Der Parteitag möge entscheiden, wie weit die gewerkschaftlichen Centralverbände berechtigt sind, die Beschlüsse der internationalen Kongresse betreffend die Raiffeier zu hinterstreifen resp. sich den aus diesen Beschlüssen entziehenden Konsequenzen zu entziehen, wie es im vorigen Jahre der Metallarbeiterverband, in diesem Jahre der Buchdruckerverband und einige andre Verbände durch Bekanntmachung an die Vorstände gethan haben.

90. Dieselben: 2. Der Parteitag hat die gewerkschaftlichen Centralverbände zu verpflichten, die Beschlüsse des Parteitages verwirklichen zu helfen, damit nicht, wie es in letzter Zeit teilweise geschehen ist, die Institutionen der Partei belmpft werden und in den gewerkschaftlichen Organen die noch nicht aufgeklärten Arbeiter der Partei entfremdet werden.

Die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg

trat Sonntagmittag um 12 Uhr im Gewerkschaftshaus zusammen. Eine würdige Einleitung bildeten die vom Verein "Typographia" vorgetragenen Befänge, worauf Genosse Schubert die Versammlung eröffnete. Ins Bureau wurden die Genossen Schubert, Schöneberg als erster, Krafemann, Keurappin als zweiter Vorsitzender, Kratich, Brandenburg als erster, Güntherberg, Schwedt als zweiter Schriftführer gewählt. Die Mandatsprüfungskommission wurde gebildet von den Genossen Vohl-Berlin, Krger, Spremberg, Goldbach, Eberswalde, Lpfer, Kirchheim. Die Prüfung der Mandate ergab die Anwesenheit von 65 Delegierten aus den 26 Wahlkreisen der Provinz, wozu noch drei Mitglieder der Lokalkommission und die Kandidaten resp. die Abgeordneten der Wahlkreise kommen.

Zur Tagesordnung stellte Wittrich-Forst den Antrag, den Punkt "Lokalfrage" abzulegen, da diese Frage lediglich die sechs Berliner Wahlkreise nebst Teltow, Weesow und Nieder-Barmin angehe; diese Kreise sollten die Frage unter sich regeln, ohne daß die Vertreter der übrigen 18 Kreise Zuhörer oder gar Schiedsrichter sein bräuchten. Nach kurzer Diskussion wurde dieser Antrag angenommen, womit auch die zu diesem Punkt gestellten Anträge der Berliner Lokalkommission, sowie der Kreise Berlin I, Berlin III, Teltow-Weesow von der Tagesordnung verschwanden.

Kunnehr wurde in die Tagesordnung eingetreten und erstattete Genosse Kiesel den Bericht der Agitationskommission. Eingangs gedachte er des verstorbenen Genossen Salomon-Wriezen, dessen Andenken zu Ehren die Versammelten sich von ihren Plzen erhoben.

Genosse Kiesel konstatierte ein wenn auch langames Vorwrtsgen in unserer Bewegung in den einzelnen Kreisen. Die "Fackel", welche im vorigen Jahre für welches 13 Monate in Betracht kamen, in 141 000 Exemplaren abgesetzt wurde, brachte es in den 11 Monaten dieses Jahres auf 148 600 Exemplare. Der Einnahmen der Kommission in Höhe von 10 455,89 M. stehen Ausgaben im Betrage von 9829,94 M. gegenüber, so daß am 31. August ein Bestand von 625,85 M. verblieb. Eingegangen sind bei der Kommission im Laufe des Jahres 476 Briefe, 253 Postkarten, 5 Telegramme, von ihr abgesetzt wurden 549 Briefe, 94 Postkarten, 300 Telegramme. Durch die Kommission erledigt wurden 400 Versammlungen; zu 231 derselben hatte sie auch die Referenten nachgewiesen.

Von Gewerkschaften ist auf dem Lande speziell die der Maurer vorhanden; aber ihre Mitglieder klmmern sich häufig gar nicht um die Parteiorganisation. Es kann sicherlich nicht im Interesse der Gewerkschaften selbst liegen, daß ihre Mitglieder nicht auf die Ziele der allgemeinen Arbeiterbewegung hingewiesen werden. Gerade die organisierten Arbeiter haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Partei und die Gewerkschaften nicht gegen einander, sondern Hand in Hand arbeiten.

Kerner tadelt Genosse Kiesel heftig das Verfahren der "Märkischen Volksstimme", die vor 14 Tagen einen Artikel gebracht habe, in welchem die alljährliche Abhaltung der Provinzialkonferenz für überflüssig erklärt wird. Schlich ist das falsch; wir müssen die Kreise, welche noch lange nicht auf eigenen Füßen stehen, mindestens einmal im Jahre hier zusammenberufen und mit ihnen gemeinsam beraten. Kamentlich aber ist zu tabeln, daß von Forst aus kein Antrag gestellt wird, über den man hier beraten kann, sondern daß 14 Tage vor der Konferenz ein solcher Artikel erscheint, so daß eine sachgeme Antwort nicht möglich ist.

Fritsch-Berlin hebt hervor, daß das Verhältnis der Maurer-Organisation zur Partei nicht so schlimm sei, als Kiesel es darstellt. Als wir vor fünf Jahren zu arbeiten anfingen, haben wir 300 organisierte Maurer gehabt, heute haben wir schon über 20 000. Russlich kann man nicht alle Mitglieder sofort zu Socialdemokraten erziehen, doch thun die Maurer im allgemeinen durchaus ihre Pflicht.

Wittrich-Forst stellt sich als Verfasser des angegriffenen Artikels vor und vertritt dessen Inhalt.

Inzwischen ist ein Antrag eingelaufen, die Provinzialkonferenz nur alle zwei Jahre einzuberufen und zwischendurch Regierungsbezirks-Konferenzen tagen zu lassen. Von den Diskussionsrednern verteidigen diesen Antrag nur Hhnen-Guben und Haber-Frankfurt, während er von Kogele-Berlin, Schubert, Schöneberg, Pch-Schwiebus, Meyer-Berlin, Keumann-Rottbus, Stadthagen und Ledebour belmpft wird. Letzterer weist besonders darauf hin, daß die Einteilung in Regierungsbezirke ganz willkürlich sei, während die Provinz eine wirtschaftliche Einheit bilde. Die logische Folge des Antrages wäre eine vollständige Trennung der Provinz nach Regierungsbezirken; diese ist unmöglich zufolge der historischen und wirtschaftlichen Entwicklung und des Bestehens der Reichsstadt in der Mitte der Provinz.

Nach Annahme eines Schlufantrages und nach einem kurzen Schlufwort Kiefels wird der Antrag abgelehnt.

In der Nachmittags-Sitzung referierte Genosse Schubert zu dem Punkt der Tagesordnung: Die beteiligten wir uns an den preussischen Landtags-Wahlen. Nachdem der Parteitag in Mainz die Beteiligung beschlossen hat, ist es unsere Pflicht, uns mit dem Wahlgese und dem Wahlreglement vertraut zu machen. Dasselbe ist außerordentlich verzwickelt und wllte der Redner deshalb nur einzelne Momente hervorheben. Er erläuterte den außerordentlich umständlichen und zeitraubenden Wahlakt. Besonders wies er darauf hin, daß die Arbeiter sich nicht als Schlasburschen, sondern als Chambregarnisten melden sollten; Schlasburschen wären nach der Praxis des Ober-Verwaltungsgerichts nicht als "selbständig" angesehen und könnten dadurch ihr Wahlrecht verlieren. Auch betonte er, daß die nichtpreussischen Deutschen sich naturalisieren lassen müßten, um das Wahlrecht zu erlangen. Vor allem müssen wir uns auch bei Zeiten nach Genossen umsehen, die als Wahlmänner auftreten können. Wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen, um Erfolge zu erzielen. Am besten ist es, wenn wir Kuer und Debel zur Strafe für ihr Eintreten für die Landtagswahlen in den preussischen Landtag senden. Wir dürfen die Hoffnung auf Erfolge nicht aufgeben, sondern müssen nach jeder Richtung unsere Pflicht thun. Wir müssen namentlich auch die praktische Kleinarbeit jetzt schon ins Auge fassen, und uns in kleinen Zirkeln zur Verbreitung des Wahlgesezes, der Auswahl der Wahlmänner etc. zusammenfinden.

Firsch-Charlottenburg betonte ebenfalls die Verzwicktheit des Wahlsystems, in dem man sich nur schwer zurechtfinden könnte. Auch Schubert seien Irrtümer unterlaufen; so habe er bei der Schilderung

der Urwahlbezirke statt von den Einwohnern, also Frauen und Kinder mitgerechnet, von den Urwhlern gesprochen, ein Fehler, welcher auch in der der "Fackel" beigegebenen Broschüre: "Zur Landtagswahl-Agitation" enthalten sei.

Bezüglich der Schlasburschen betonte auch Firsch, daß sie sich als Chambregarnisten melden sollten, schon damit sie ihr Kommunal-Wahlrecht ausüben knten. Für das Wahlrecht zum Landtag sei es jedoch unerheblich; denn hier kommt das Ober-Verwaltungsgericht nicht in Frage, und der Landtag hat schon früher Schlasburschen als selbständig und wahlberechtigt anerkannt. Es ist bedenklich und bedauerlich, wenn jetzt sogar von socialdemokratischer Seite dieses Recht als zweifelhaft hingestellt wird.

Stadthagen betonte demgegenüber, daß wir uns darauf nicht verlassen sollten. Wenn die Schlasburschen in die Wählerlisten nicht aufgenommen werden, so werde der reaktionäre Landtag sich sicherlich die Auslegung des Ober-Verwaltungsgerichts zu eigen machen, nicht aber den Begriff "selbständig" zu unseren Gunsten auslegen. Die Arbeiter sollten um so weniger Bedenken tragen, sich als Chambregarnisten zu melden, als ihnen Nachteile in Bezug auf ihre Steuern daraus nicht erwachsen.

Einstimmig wurde darauf folgende von Schubert eingebrachte Resolution angenommen:

Die Provinzialkonferenz hält es im Interesse eines möglichst günstigen Ausfalles unsrer Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen für durchaus notwendig, daß sich die Kreise resp. einzelnen Ortschaften der Provinz Brandenburg mit dem Wahlreglement zu den Landtagswahlen und mit dem landesgesetzlicher Regelung überworfenen Materien in Form von Vorträgen, Vorlesungen, Diskussionen etc. vertraut machen und die zu den Wahlen selbst benötigte praktische Kleinarbeit (Aufstellung von Listen eventueller Wahlmänner usw.) so bald als möglich in die Wege leiten, um so allen Eventualitäten gegenüber gesichert zu sein.

Weiter hält es die Provinzialkonferenz für unbedingt nütig, daß sich die Parteigenossen, welche dem preussischen Staatsverbände nicht angehören, in Preußen naturalisieren lassen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Die Brotwucherpläne referierte Genosse Stadthagen. Lebhaft und nachdrücklich wies er an der Entwicklung der Zollgesetzgebung darauf hin, daß in Deutschland die Junker herrschen. Mag der Kaiser regieren, die Herrschenden sind die Junker, sie setzen ihren Willen durch. Der jetzt bestehende Getreidezoll von 3,50 M. auf den Doppelcentner erhöht den Preis jeder Tonne um 35 M., so daß jetzt bereits jährlich 280 Millionen Mark vom Volke in die Taschen der Junker gezahlt werden. Im ganzen sind es 25 001 Herren, die mehr als 400 Hektar besitzen und demgeme einen Vorteil von den Jllern haben. Mit der Landwirtschaft haben diese Herren aber nichts zu thun; wenn sie sämtlich eine Vergnügungsreise nach China unternehmen wären, so wüßte das für die Landwirtschaft gleichgültig sein. Sie sind ja nur die Drohnen der Landwirtschaft, die ja gerade an der hohen Rente krank, welche diesen Privatbesitzern zufällt. Imo gerade diese Rente ist es, die durch den Zoll noch erhöht wird. Ebenso haben die Hypothekengläubiger Vorteil von den höheren Jllern, während die Summen wachsen, die der Landwirt als Erbe oder Käufer seines Betriebes zahlen oder verzinsen muß. Wenn man sagt, Deutschland soll bezügl. der Getreideversorgung vom Ausland unabhängig werden, so stimme ich dem zu; auch ich halte das für eine sociale Notwendigkeit. Der Zoll aber bewirkt gerade das Gegenteil; bei einem rationellen Betriebe dagegen, bei welchem der Ertragsprozent an die Großgrundbesitzer fortfiele, wäre es leicht, Deutschland mit Getreide zu versorgen. Zum Beispiel werden auf 250 000 Hektar, die sehr gut mit Getreide bebaut werden knten, Juckerrben gezogen, deren Ertrag zum weitaus großten Teile ins Ausland geht. Schon ganz allein nach dieser Richtung ließe sich sehr viel thun. Weiter könnte man eine starke Reichs-Einkommensteuer einführen und ihren Ertrag zu Verbesserungen auf dem Lande, zur Einrichtung landwirtschaftlicher Schulen, zum Bau von Wohnungen, zur Melioration der Wasserläufe, zur Anlegung von Kanlen verwenden. Dem widersetzen sich aber dieselben Großgrundbesitzer, welche die Ertragsprozent für sich verlangen. 200 M. soll auch jede arme Familie nach den Wünschen der Junker zu diesen Ertragsgütigen beitragen. Wie ungeheuer diese Profite bei den jetzt geltenden Jllern schon sind, dafür einige Zahlen. Im Kreise Nieder-Barmin erholten 46 Großgrundbesitzer jährlich 818 500 M. auf Kosten des Volkes und der Wert ihres Bodens ist durch die Jlle um 8 370 000 M. gesteigert. Die eine Familie derer von Arnim zieht 598 840 M. jährlich mehr aus dem Getreideverkauf, als ihre nach der natürl. Preisbildung zuflle; der Wert ihres Grundbesitzes ist durch den bestehenden Getreidezoll künstlich um 23 945 000 M. gesteigert. Diese ungeheuren Summen, insgesamt 280 Millionen Mark jährlich, genügen der Junkersippe, dieser Gesellschaft mit unbeschränkter Raffgier, noch immer nicht; sie wollen sie verdoppeln und verdreifachen. Ehemals dachte man über Brotwucher anders; so heißt es in der Bibel:

"Wer das Korn zurüchthlt, dem flucht das Volk." Und Luther sagte:

"Wer einem anderen seine Nahrung ausfaugt, raubet und stiehlt, der thut ebenso großen Noth, als der einen Hungers sterben und verderben läßt. Solches thut aber ein Buhener. Der möcht', daß alle Welt ihm müßte in Hunger und Durst, Trauer und Noth verderben, auf daß er's allein möcht' haben und jedermann von ihm, als von seinem Gott angefahren und womöglich sein Leibeigener zu sein. Und so man die Strahnruber, Wrder rubert oder kpft, wie viel mehr sollte man alle Buhener rädern und köpfen, verjagen, verfluchen." Die erste deutsche Zollordnung von 1522 belegte die Glter und Waren, die aus dem Reich oder in das Reich eingeführt wurden, mit Zoll. "Aber", heißt es dann weiter, "alles Getreide, auch aller Wein, Pferde, Ochsen, Schafe, Schweine und alle andern Tiere und Vieh, ebenso Schmalz, Butter, Leder, Malz, Bier, Hopfen, Fische, sollen darum, daß solche Stüden zu eines jeden Gebrauch, er sei reich oder arm, notwendig sind und derselben nicht entbehren kann, von allem und jedem Zoll frei sei."

Das reaktionäre preussische Ministerium Montauffel lehnte am 21. September 1846 die Zumutung, indirekte Steuern einzuführen, mit der Begründung ab:

Eine solche Steuererhebung ist mit den Grundfagen einer der Gerechtigkeits entsprechenden Gesetzgebung unvertglich. Auch der jetzige deutsche Kaiser äußerte im Februar 1895 bezügl. des Antrages Kaniz:

Sie können mir nicht zumuten, daß ich Brotwucher treibe. Wir wollen die Junker nicht, wie Luther, rädern oder köpfen, verjagen und verfluchen. Wir wollen nur ihr Land nehmen, von dem sie selbst zugeben, daß sie nicht mehr im Stande sind, es zum Nutzen der Gesamtheit zu betreiben, und wir bieten ihnen dafür eine Jahresrente, nicht eine so schäbige, wie die Alters- und Invalidenrente, welche das Reich an die alten und invaliden Arbeiter zahlt, sondern wir wollen jedem 10 000 M. jährlich auszahlen, eine Summe, mit der sich gewiß anständig leben läßt. Das wäre uns 256 Millionen jährlich kosten; wir wüßten also gegen den jetzigen Zustand noch 14 Millionen jährlich sparen. Ihnen genügen diese 280 Millionen nicht; sie klagen, ohne zu leiden. Also her mit dem Boden, und wir machen Euch zu Rentiers, nicht zu Dreier- oder Sechser-Rentiers, sondern zu solchen von 10 000 Mark.

Gegen die Brotwucherpläne der Junker kann nur das Volk selbst sich helfen und wird sich helfen. Kein Mittel darf unversucht bleiben, um den Buhener im Reichstags zu Fall zu bringen, und das ist möglich, wenn das Volk festen Willen zeigt und bei einer eventuellen Auflösung und Neuwahl die Buhener hinausjagt. Der Klassenkampfcharakter unsrer Zeit zeigt sich deutlich beim Kampf um den Posttarif, der daher auch die beste Gelegenheit bietet, alle arbeitenden Menschen zu Socialdemokraten zu machen. In diesem Kampf aber brauchen wir keine Parodie; der Verlag Welheim hat vor einem Jahre ein Flugblatt erscheinen lassen, das unter dem Namen Tip und Top in Berlin die Getreidezölle belmpft. In letzter Zeit versucht der Verlag, dieses Flugblatt an unsre Organisation zu verkaufen und

dann durch sie zu verbreiten. Abgesehen davon, daß es wenig taugt und sehr teuer ist, kommt hinzu, daß der Verlag ein Privatunternehmen ist. Ich bitte Sie daher, dem Edelheimischen Verlag die Thür zu weisen, und zwar nicht nur bezüglich dieses Flugblattes.

Ich empfehle Ihnen folgende Resolution zur Annahme: Die Parteikonferenz protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die gemeingefährlichen Brotwucherpläne der Junker und Junkerengenossen und gegen den Entwurf eines Zolltarif-Gesetzes, insbesondere gegen die Getreide- und Lebensmittelzölle.

Die Getreide- und Lebensmittelzölle sind eine ungerechte, die werkschätige Bevölkerung schwer bedrückende Last. Diese Zölle verteuern die Lebenshaltung der erwerbsfähigen Bevölkerung, führen eine Verelendung der großen Menge herbei, bedrücken besonders stark den ländlichen und industriellen Arbeiter, den Handwerker, den kleinen Beamten, den kleinen Bauern und Mittelstand. Die Zölle schädigen die Landwirtschaft und den Bauern aufs tiefste, weil sie die Entwicklung der Landwirtschaft hemmen, die Konkurrenz des Großgrundbesitzers gegenüber dem Bauern stärken, die Kaufkraft der großen Menge insbesondere bei der niedergehenden Konjunktur schwächen.

Die Getreide- und Lebensmittelzölle verhindern den Abschluß günstiger Handelsverträge, stehen im Widerspruch mit der Entwicklung unseres Verkehrs und der Kultur, die den erleichterten Austausch der Erzeugnisse aller Völker fordern.

Eine Begünstigung der Brotwucherpläne, die lediglich den reichen Großgrundbesitzern, Hypothekensbesitzern und Kapitalisten zu gute kommen, durch das Reich würde ein Zeichen brutaler Klassenherrschaft der Reichen über die mächtige Gesellschaft derer, die unbeschränkter Passier und niedrigster Selbstsucht sein. Eine der Folgen der Getreidezölle ist die von dieser Gesellschaft gewünschte Entfestelung des Bürgerkrieges zwi. völliger Entrechtung der arbeitenden Bevölkerung.

Die Provinzialkonferenz verlangt von dem Reichstag bei Verlängerung der Handelsverträge die Getreide- und Lebensmittelzölle zu beseitigen.

Die ausländischen Arbeiter mit den inländischen, insbesondere bezüglich des Vereinigungs- und Koalitionsrechtes gleichzustellen.

die Großgrundbesitzer, die sich selbst als unfähig zur gesellschaftlichen Ausübung des Grund und Bodens erklären, zu expropriieren, an Stelle sämtlicher Steuerlasten eine progressive Reichs-Einkommensteuer einzuführen.

Die Provinzialkonferenz verpflichtet die sozialdemokratischen Genossen der Provinz Brandenburg und Berlin, die Brotwucherpläne als Mittel zur Aufklärung der Indifferenten, insbesondere der bäuerlichen Bevölkerung und der Frauen und der der Socialdemokratie noch Feststehenden zu benutzen, ihnen an diesen gemeingefährlichen Zukunftsplänen der Großgrundbesitzer den Klassenkampfcharakter unserer Zeit und die Notwendigkeit der Verstaatlichung der Produktionsmittel zu erläutern, sie als zielbewusste Anhänger der Socialdemokratie zu gewinnen und zur Unterschrift der an den Reichstag gerichteten Petition gegen den Zolltarif zu veranlassen.

P a e c h - Schwebens äußerte sich zu den allgemeinen Ausführungen Stadthagens zustimmend, worauf ein Schlußantrag und dann die Resolution einstimmig angenommen wurde.

Es folgte die Beratung der Anträge des Reichstages Brandenburg-Westhavelland: 1. Die Konferenz des Wahlkreises Westhavelland beschließt: Die Provinzialkonferenz möge beschließen, daß bei der nächsten Abfassung des „Märkischen Landboten“ das Stärkerverhältnis der Parteien im Reichstag und ihr Einfluß auf die gesetzgeberischen Maßnahmen unter besonderer Hervorhebung der sozialdemokratischen Funktion Berücksichtigung finden möge. Ebenso ist das Verhältnis des Reichstages zum Bundesrat und dessen Zusammenlegung zu behandeln. Der Antrag ist von den Delegierten zu vertreten.

2. Die Parteikonferenz des Wahlkreises Brandenburg-Westhavelland beantragt, der Provinzial-Parteitag der Provinz Brandenburg möge beschließen: Im Agitationskalender „Märkischer Landbote“ ist an einer in die Augen fallenden Stelle der Parteitags-Verschlus betreffend die Beteiligung der Partei an den preussischen Landtagswahlen anzubringen. Im übrigen soll im Kalender in entsprechendem Artikel auf die Bedeutung dieser Wahl hingewiesen werden.

Genosse E d e r m a n n - Rathenow betonte in der Begründung, daß nach der Wahl eines sozialdemokratischen Abgeordneten im Kreise viele Leute eine sofortige Verbesserung der Verhältnisse erwarteten. Aus Rücksicht auf diese sei der erste Antrag gestellt.

Genosse K i e s e l bemerkte, daß der nächste Kalender schon fertig gestellt sei; er bat die Genossen, in Zukunft ihre Wünsche frühzeitiger der Kommission zur Kenntnis zu bringen.

Die beiden Anträge wurden der Agitationskommission zur Berücksichtigung überwiesen.

Ein Antrag K i e s e l, wonach die einzelnen Kreise der Kommission halbjährlich Berichte einreichen sollen, wurde angenommen. Dann wurde der Kommission Decharge erteilt.

Inzwischen war ein Antrag E m r i c h eingelaufen, die Angelegenheit der Hamburger Accordmurer zu besprechen.

W i t t r i c h - F o r s t beantragte Uebergang zur Tagesordnung; eine Besprechung würde, wenn sie nur einigermaßen läurend wirken sollte, mindestens zwei Stunden in Anspruch nehmen und dadurch viele Delegierten, deren Züge um 1/8 Uhr gehen, zwingen noch einen Tag zu opfern. Das könnten die wenigsten.

R e g n e r - Berlin bemerkte, daß selbst in längerer Aussprache keine so gründliche Klärung erfolgen könne, wie in Lübeck, wo alles Material zur Stelle sei.

E m r i c h meinte, in Lübeck würden die Maurer mit akademischen Redensarten über Ohr gehauen werden; deswegen müßte hier eine Aussprache erfolgen.

Der Uebergang zur Tagesordnung wurde angenommen.

Darauf schloß Genosse S c h u b e r t um 1/7 die Konferenz mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale völkerbefreundende Socialdemokratie, in das die Anwesenden begeistert einstimmten.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 49. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Parteitag und der Hamburger Gewerkschaftsdirekt. Von Rosa Luxemburg - Kritische zur Gewerkschaftsbewegung. Von Wilhelm Dieckhoff. - Jugendchriften und Bildungsreden in der Partei. Von Julian Vorhard. - Jahresberichte der sächsischen Gewerbe-Rückwärtsbeamteten. Von Helene Simon. - Literarische Rundschau. - Kritiken. - Feuilleton. Wie die Heimat stirbt! Bilder aus dem Osten von Fritz Stowronnek. (Schluß.)

Der „Wahre Jacob“ enthält in seiner Nr. 395, die soeben erschienen ist, im Titelblatt eine satirische Behandlung des russisch-französischen Trubels, um dann das Gumbinner Kriegesgerichtsurteil und den Zolltarif in Wort und Bild mit ägender Laune des Spottes zu überschütten.

4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, 10. Sept., abds. 8 1/2 Uhr, Gr. Frankfurterstr. 117:

Versammlung.

L.-O.: 1. Vortrag des Genossen Paul Singer. 2. Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen der Genossen des Kreises ersucht
J. A.: Ernst Vater, Gr. Frankfurterstr. 34. 244/18

Centralverband der Maurer u.

Zahlstellen Berlins und Umgegend.

Donnerstag, 12. September, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:

Mitglieder-Versammlung

aller zum Wohngebiete Berlin gehörigen Verbandszahlstellen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten E. Rosenow über: Die politische Lage und die Arbeiterorganisationen. 2. Der Vergleich mit den Verbandszahlstellen aus dem Oberbrand. 3. Verschiedenes.

Dienstag, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung in Reinickendorf, im Lokale des Herrn Reinhard, Hauptstraße 48. Referent Kollege F. Busse.

Mittwoch, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung in Friedrichsberg, im Lokale des Herrn Höllich, Frankfurter Allee 120. Referent Kollege G. Wolf. Tagesordnung in beiden Versammlungen: 1. Vortrag über: Der wirtschaftliche Niedergang und die Aufgaben der Gewerkschaftsorganisation. 2. Diskussion und Verschiedenes. 144/6 Um zahlreiches Besuch bittet Die Verbandsleitung.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr, in den Bornjuasälen, Ackerstr. 6-7:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann über: Wohin steuern wir? 2. Diskussion. 3. Bericht über Vorkommnisse auf Bauten. 4. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig. Der Vorstand.

Verein abstinenten Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins.

Mittwoch, 11. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 7:

Volks-Versammlung

1. Die Geschichte des Alkoholismus unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Referent Genosse Dr. M. Hirschfeld-Charlottenburg. 2. Diskussion. Zahlreiches Besuch der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen erwartet. Der Vorstand.

Achtung! Holzarbeiter. Achtung!

Mittwoch, 11. Septbr., abends 8 Uhr, in der Königsbau, Große Frankfurterstr. 117:

Öffentliche Versammlung.

1. Der Generalstreik der Glasarbeiter. Referent Genosse Girbig. 2. Diskussion. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Einberufer: Jähne, Warschauerstr. 19.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engelauer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Mittwoch, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Nixdorf bei Mercier, Steinmehlsstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Paul Jahn. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Bezirksleitung und Verbandsangelegenheiten.

Mittwoch, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr:

Klempner-Versammlung

in den Armnhallen, Kommandantenstr. 20. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Paul Bernheim über: Die persönliche Hygiene des Proletariats. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Mittwoch, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Moabit

in den Armnhallen, Bremerstr. 70-71. Tagesordnung: 1. Das Bildungsbestreben in der Arbeiterschaft. Referent: Br. J. A. Wittmann. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. - In dieser Versammlung sind besonders die Arbeiterinnen der Firmen Siemens & Halske und „Union“ eingeladen. 118/11

Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Weissensee und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß Genosse

Oskar Kuhnhardt

am Sonnabend, den 7. September, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken. Die Beerdigung findet Dienstag, den 10. September, nachmittags 5 Uhr, auf dem Weihenferer Kirchhof, Nollstraße, statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Allg. Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler u. Berufsgenossen. G. H. 86. Hamburg.

Berlin, Bezirk D.

Oscar Kuhnhardt

nach längerem schweren Nierenleiden

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 10. d. Mts., nachm. 5 Uhr, von der Weihenferer Kirche, Nollstraße, aus statt. 357/9

Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Allen Bekannten, Freunden und Verwandten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Herr, jetzt Gastwirt

Magnus Nordquist

Staligerstraße 69

an Herzschwäche verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Weihenferer Kirche, Nollstraße, aus statt. 357/9

Die trauernde Witwe

Franziska Nordquist.

Galerie berühmter Frauen

in prachtvollen Heften.

I. Aurora von Königsmarck. Gräfin Casel. (3548)

II. Katharina Kaiserfrauen.

III. Frauen der franz. Revolution. - Jedes Heft 20 Pf. - Durch jede Buchhandlung zu beziehen. Goldsteins Verlag, Berlin, Adalbertstr.

Dankagung.

Für die herzliche Teilnahme beim Dahinscheiden meines lieben Mannes und meines Baters sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Centralverband der Maurer unseren innigsten Dank. Dorothea Hans nebst Kindern.

Dankagung.

Allen Verwandten, Freunden und Kollegen für die herzliche Teilnahme und vielen Kranzpenden bei der Beerdigung meines innig geliebten Mannes sage hiermit meinen aufrichtigen Dank.

Wwe. Martha Fischer, 3745 geb. Scholz.

Bau-Anschlagger Berlins u. Umg.

Heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, in L. Kellers Festsaal, Kopenstr. 29:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Unser Streif. Verschiedenes. Der Einberufer.

Berliner Konsum-Verein.

Sonntag, den 15. September, vormittags 9 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses:

Ordentliche General-Versammlung

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Nachwahl zu Vorstand und Ausschuss. 3. Anträge: a) Sonntagruhe in unseren Geschäften; b) Wahl einer Statuten-Revisionskommission; c) Antrag der Arbeitslos-Delegation von Himmelsburg auf Abschaffung der Lagerhalter-taxationen. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Verkaufsstellen: Michaelstraße 4, Krausstr. 7; Peterburgerstr. 4a; Beusselstr. 56; Balderstr. 12; Rosfelderstr. 21; Türschmidtstraße 6 (Himmelsburg); Straßener Allee 17F (Straßen-Berlin); Frankfurter Chaussee 48/49 (Friedrichsberg-Nixdorf). Verkaufszeit: 8-1 Uhr und 3-8 Uhr (Sonnabends bis 9 Uhr). Sonntags von 8-10 Uhr.

Eintrittsgeld: 20 Pfennig. Geschäftsanteil: 10 Mark. Legterer braucht jedoch nicht inbar eingezahlt zu werden, sondern kann aus der Hälfte der jeweiligen Dividende gebildet werden. [264/7]

Achtung! Freitag, den 4. Oktober.

bei Louis Keller (großer Saal), Kopenstr. 29: Lichtbilder-Vortrag des Herrn Dr. Hans Müller-Basel über: Das englische Genossenschaftswesen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, 11. September, abends 8 1/2 Uhr, in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion über Parteiangelegenheiten. 2. Die Aufgaben des diesjährigen Parteitags. Referent Reichstags-Abgeordneter H. Fischer. 3. Diskussion. 288/11

Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

III. Wahlkreis.

Mittwochabend: 8 1/2 Uhr: Versammlung des Wahlvereins in den Armnhallen.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, 10. September, abends 1/8 Uhr:

General-Versammlung

im Ködliner Hof, Ködlinerstr. 8.

Tagesordnung: Fortsetzung der Special-Diskussion des neuen Organisations-Statuts. 248/6

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin.) Bureau: Engelauer 15, II. Fernsprecher: Amt VII, 162.

Morgen, Mittwoch, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer, Saal 1:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Bernstein über: „Die Heilwissenschaft der Zukunft.“ 2. Abrechnung von der Dampfer-Mondbahn-Fahrt. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Sonnabend, den 14. September 1901:

Sonderfahrt zum Schützenfest

verbunden mit Königs-Schießen

nach Klemmhausen bei Greifenberg a. d. Rosppe

Louis Kellers Festsäle, Kopenstraße 29.

Abfahrt der Züge ab Bahnhof Kopenstraße von 8 Uhr abends an viertelstündlich.

Auf dem Festplatz: Grosses Tanzvergnügen.

Unweit davon befinden sich: Schiessbuden, Würfelbuden, Glücksrad etc.

Festkarten a 50 Pf. inkl. Tanz sind bei den Verkaufer-Vertrauenspersonen sowie in unserem Bureau zu haben.

Abendkasse findet nicht statt.

Die Zahlstellen sowie das Bureau bleiben an diesem Abend geschlossen.

Um zahlreiches Besuch bittet Der Festausschuss.

Achtung! Kistenmacher. Achtung!

Dienstag, den 10. September, im Lokal des Herrn Stechert, Hindenburgstr. 22:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Adolf Hoffmann über: „Höle, Himmel und deren Bewohner.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Besuch dieser Versammlung ersucht 94/13

Der Vorstand. J. A.: Jackel.

NB. Sonnabend, den 21. September, in den Gesanträumen der „Königsbau“, Große Frankfurterstr. 117:

19. Stiftungsfest.

Billets für die Werkstatt-Vertrauensleute sind in dieser Versammlung bei dem Kollegen Bartholomäus zu haben. D. D.

Feuersteins Festsäle

Alte Jacobstrasse 75.

Empfehle meine Festsäle 300, 250, 150, 100 Personen fassend, zu Festlichkeiten und Versammlungen. Desgleichen Vereinsräume 150, 100, 50 Personen fassend. Amt I. No. 897.

Möbel Bartsch.

Wem wäre die Möbelfabrik für bürgerliche Wohnungseinrichtungen **Rudolf Bartsch**, zwischen Alexandrinenstrasse u. Moritz-Platz, nicht bekannt? Grösste Auswahl in meinem extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfehlenswerte Einkaufsquelle für **Brautleute**. Solide und gediegene Einrichtungen für **200-300-400-500 bis 10 000 Mark** stets zur Ansicht vorrätig.

Verlangen Sie meinen **Prachtkatalog** gratis und franco. Coulaute Zahlungsbedingungen. **Kein Ladengeschäft.** Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus durch eigene Gespanne. Gegr. 1880

Oranienstrasse 73,

Metzer Dombau-Geld-Lotterie

In zwei Ziehungen, zu denen jedes Loos Gültigkeit hat.

1. Ziehung 21.-24. September cr.
2. Ziehung 9.-12. November cr.

12557 Geldgewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.

430 000
Die Hauptgewinne sind

100 000
30 000
20 000
10 000

etc. etc. etc.

Ganze Loose 4 Mk., Halbe Loose 2 Mk.
Für Porto und Liste 40 Pf. extra.

Oscar Bräuer & Co. Nachf.
Bank-Geschäft
Berlin W., Friedrichstr. 181
Filiale: N. W. Wisnacker-Strasse 63.

Eugen Joachims Möbelfabrik

Neue Königstrasse 59, nahe Alexanderplatz.

Größer Möbelfabrik. Spezialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungseinrichtungen. Teilzahlung unter den günstigsten Bedingungen gestattet. Beamten mit ganz geringer Anzahlung. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrat verlässlicher gewählter und gediegener Möbel, die wie neu sind und billig abgegeben werden. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein fotoaltes Lager vor Eintausch zu besichtigen. Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franco. Durch größere Masseneinkäufe und Reparatur der teuren Ladenmiete bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen für 150, 200, 300 bis 10 000 Mk. zu liefern. Kommode 17, Waschtische, Divan mit Sitzauszug 35, Spiegel 6, Nusschleiberschrank 35, Bettstelle mit Matrize 21, Stühle 3, alle Arten Küchenschränke, Kuchenschrank und Rabogoni furnierte Kleiderstühle, Vertikons 36 Mk., Nusschleibische mit Sprungfeder-Matrize 38, elegante Säulenträume 45, Bäckerschrank, Salongarnituren 105, Büffets aller Art, seidene Garnituren, sehr wenig gebraucht, spottbillig. Ganze Speisezimmer und Schlafzimmer. Gekaufte Möbel können teilweise Zeit bei mir kostenlos lagern. [22018]

Boykottfreier Nordhäuser Kautabak

von **Grimm & Triepel**, Nordhausen, stets frisch zu billigen Preisen bei [21630]

H. & P. Uder, Berlin SO., Engel-Ufer 5, parterre, Tabak-Großhandlung und Cigaretten-Fabrik.
Nur echt, wenn jedes Köstchen den Zettel: „Aus der Fabrik von Grimm & Triepel, Nordhausen“, trägt.

Die Beschäftigung des Buchbinders **Wilhelm Singer** in Pantom im Schreiben vom 18. Mai 1901 nehme ich zurück und erkläre Herrn Singer für einen Ehrenmann.
P. S. in, den 30. August 1901.
Henrietta Malbauer.



MUSIKWERKE

Automaten-Orchestration
Leiern Zithern Harmonikas
nicht gegen Konkurrenz
die allbekannteste Firma
CARL SACKUR
Breslau, Ring 54
Kaufpreis 1900, Kaufpreis gratis

Baum & Zeusch, Eschwege.

Boykottfrei! Kautabakfabrik. Boykottfrei!
Alleiniger Vertrieb für Berlin und Vororte
Gustav Bock & Co., Prinzen-Allee 14, I.
Cigarren, Cigaretten und Kautabake. [22850]

J. Brünn,

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4
Nach beendeter Engros-Saison gelangen jetzt im Einzelverkauf große Lagerbestände meiner

**Teppiche! Gardinen!
Portieren! Steppdecken!**
zu sehr billigen Preisen zum

Ansverkauf!!

Einzelne fehlerhafte Exemplare
für die Hälfte des Wertes.

Bähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 M., Blutungen 1,50 M., Teilzahl. wöchentl. 1 M., Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130, Spr. 9-7.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.

Backware
6 Stück für 10 Pf.
Albrechts Bäckereien:
Wrangeistrasse 9, Krautstrasse 19,
Kallseifenstr. 25, Paulinerstr. 2.

W. Noack's Festsäle

Brandenburgerstrasse 16
sind noch Sonnabende im Monat September, Oktober, November zu vergeben. [22170]

Robert Hecht,

Berlin S., Oranienstr. 142.
Liefert schnell und billig alle Arten
Stempel in bester Ausführung.
Kautabak-Typen „Perfekt“ zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 Mk. an
Von der Reise zurückgeführt.
Dr. med. Böhm,
Specialarzt f. Wasserheilverfahren und Massage, Schützenstr. 63. 75/12

Bruch-Pollmann

empfehlen sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Biederstr. 10, n. Hiltz-Krankenanstalt Berlin C., [22420]

30. Tiniens-Strasse 30.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Hautleiden, Frauenkrankheiten.**
Königsgrünerstr. 27, Spr. 9-1. 4-7.

Dr. med. Böhm,

Specialarzt f. Wasserheilverfahren und Massage, Schützenstr. 63. 75/12

36 Mark elegante Winter-Paletots. 30 Mark hochfeine Herren-Anzüge. 12 Mark 200L schwere Winter-Beinkleider. Anfertigung nur nach Maß. Guter Stoff, tabelloser Sitz. 14 Krausenstr. 14, 1 Kr. kein Laden 1 Kr.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenerstr. 4 am Kottbuser Thor.

Wie soll ich mein Baby im ersten Lebensjahre ernähren?

Man hat die soziale Frage eine „Magenfrage“ genannt. Aber nicht minder ist die Bekämpfung der wasserhaften Erkrankungen und der hohen Sterblichkeit der Kinder während ihres ersten Lebensjahres gewissermaßen eine „Magen- und Darmfrage“, d. h. eine Frage der Ernährung. Ist diese eine sorgfältige und rationelle, so bleiben mehr Kinder gesund und am Leben; ist sie unrationell, unvernünftig, so sind von den vielen, blühenden, reizenden Babys am Schlusse des ersten Lebensjahres nur noch zwei Drittel am Leben, und auch von diesen ist noch ein Teil weils, krank, abgemagert und durch Magen-Darmlatache so geschwächt, daß noch im zweiten Jahre irgend welche an sich leichte Erkrankungen sie nur zu oft dahinsührt.

Es ist deshalb ganz gerechtfertigt, wenn die Mutter fragt: „Wie soll ich mein Baby im ersten Lebensjahre ernähren?“ Und es ist ein Vorrecht des Arztes, sie nicht nur über das „Wie?“ sondern auch über das

„Womit?“ aufzuklären. So betreffend es auch ist, daß viele Frauen heutzutage keine hinreichende Milch haben, um ihr Baby selbst zu nähren, und nicht genug Mittel, um ihnen eine milchreiche Kuhne zu halten, so ist dies doch eine unzulässige Thatfache, mit der man nun einmal rechnen muß.

Es bleibt also in den allermeisten Fällen nur die künstliche Ernährung übrig, — also das Aufziehen, anfangs mit der Flasche, später mit dem Schnabeltäschen oder mit Dreinipfchen und Nippel, — also die gerechteste Fütterung. Hierbei ist zu beachten, daß die Mutter alles Dargestellte kosten muß, — daß es unverbodnen und sauber sein muß, nicht zu heiß oder zu kalt sein darf, daß die Zubereitung eine feine gleichmäßige und sorgfältige, die Zahl und Zeit der Mahlzeiten eine regelmäßige sein soll. Auch darf das Kind nach der Mahlzeit nicht umhergetragen werden, sondern es soll ruhig im Liegen verweilen. Natürlich müssen alle Utensilien und Trinkgeräte stets aufs peinlichste rein sein.

Soll man oder nun der Mutter noch raten, was sie ihrem Baby geben, wo man es ernähren soll, so könnte man heutzutage fast in Verlegenheit kommen.

Das die Kuhmilch in sehr vielen Fällen Tuberkelbazillen enthält, ist wenigstens für Deutschland vom Tuberkulosekongress überzeugend nachgewiesen worden. Auch sonst ist die „frische Kuhmilch“ teils schon im Kuhstall, teils auf dem Wege bis ins Haus noch vielen, recht bedenklichen Verunreinigungen ausgesetzt.

Bekannt ist ferner, daß kein Monat vergeht, in welchem sich nicht ein neues Kinder-Krankheitsmittel dem Publikum anpreis, — bald ein Nippel aus Holz, andern Getreide oder Hülsenfrüchten, bald ein Präparat aus Zucker- oder Honigzucker. Wollte die Mutter alle diese „Neuerheiten“ an ihrem Kinde „versuchen“, so würde sie dies sehr bald zu Grande richten.

Das Allbewährte, das Einfache ist immer das Beste, weil es natürlich und feils gleichmäßig ist. Dies gilt ganz besonders von dem nun schon seit drei Jahrzehnten eingeführten, aber die ganze zivilisierte Welt verbreiteten Keim-Keim, das aber eigentlich kein Keim ist, sondern ein Milch-Zucker-Pulver von höchstem Wohlgeschmack, großem Nährwert und einer immer gleichen Verdaulichkeit, an der sich auch während der heißen Sommer-Monate nichts ändert.

Und wie könnte dies auch anders sein? Ist doch der wesentliche Bestandteil des Keim-Keim-Keim eine an den Ufern des Genfer Sees von dem herrlichen Schweizer Urichschick ferngeleitete Rasse gewonnene Milch, die man in den großartigen Stablfarmen der Gesellschaft zu Bovey reich mit etwas Zucker vermischt und mit feinen zermahlenden Weizenmehl zu einem hellbraunen, angenehmen riechenden und schmeckenden Pulver umwandelt. Einmal Wasser, — und man stellt damit dem Kinde sofort ein Süßmilch- oder Breiher, an dem es sich liebküßt, das es mäßig sättigt, das es dick und rund macht, ihm festes Fleisch und starke Knochen verleiht, Drüsenentwicklungen, Hautausschläge, Magen- und Darmatache nie zu hande kommen läßt. Die Mutter lasse sich also durch die zahllosen, oft recht zweifelhaften „Neuerheiten“ nicht beeinflussen, weide in der Ernährung ihres Kindes jede Keimfreiheit und Heils während des ersten Jahres ruhig beim Keim-Keim; dann wird sie an dem Gedeihen des kleinen Lieblings ihre Freude haben.

Dr. Ritter.

Jedes Wort 5 Pfennig. Kleiner Anzeigen.

Verkäufe.

Gangbares Porzellan und Gemäldegeschäft billig zu verkaufen. Wilmersdorf, Bruchstrasse 15. 1946

Kohlengas, gangbares, ist wegen Krankheit des Mannes zu verkaufen. Köhlerstr. 57. 112/18

Milchzucht mit Rasse zu verkaufen. Köhlerstr. 57. 112/18

Milchgeschäfts-Einrichtungen, als Milchfässer, Milchkannen, Milchschöpfe etc. billig bei Jordan, Kleine Markstrasse 28. 8048

Gardinenhaus Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 137

Einsegnungs - Stiele, sowie Herren-, Damen- und Kinderhüte samt man billig und gut beim Schuhmachermeister Jakob Gue, Köhlerstr. 23. Jede Schuhmacherarbeit wird schnell ausgeführt. 8098

Spottblind, Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontierarbeiten, Regulatoren verkauft Lehmann, Remondstrasse 6. 75/8

Möbel-Gesellschaft. Beim Restaurator Otto Dieck, Rüdigerstrasse 25 (Bahnhofstr.), geben zum spottbilligen Verkauf neue gebogene Einrichtungen, ein Sofa, Säulenträume 30,00, Wandteppiche 20,00, Zimmerteppiche 8,00, Nusschleibische 25,00, Salongarnituren, Boucclollos, Nusschleibische, Büffets, Schreibtische, Bäckerschrank, Salondivans, gestülpte Ueberrücken, Divanbetten, Stühle, Steppdecken, Pianinos, Salonuhren, Tischdecken etc. 5,00. Verschiedene Gegenstände mehr. Gefasstes Lager unentgeltlich. [8138]

Steppdecken billig Fabrik Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 137

Neue Zeit, alte Jahrgänge, verkauft Gering, Grefenbagenstrasse 77.

Objekt und Geschäftsbüro billig veräußert. Köhlerstr. 57, Poststrasse 42, Hiltz. 3096

Möbeleinrichtung. Nussbaum, spottbillig veräußert, Gartenstraße 148, Sörberrhaus 1 Treppe links. 1133

Mahagonimöbel, Nussbaummöbel, ganze Wirtschaft, Meyerstrasse 30 II, rechts. 117/13

Möbelverkauf, Gartenstraße 148, I links. Plüschsofa, größte Auswahl, elegant, 60 bis 85,00, Schlafsofa 35,00 an, Nusschleibische von 4,00 an, Truemeur 30,00 bis 60,00, Nusschleibische 28,00, eleganter 45 bis 62,00, Bettstellen, Garnituren, Teppiche, Uhren, Oelgemälde, verkleidete Aufhängemöbel, schöne gebogene Nussbaum-Einrichtungen, durch Reparatur der teuren Ladenmiete spottbillig, Gefasstes Lager. (Hauptlager Bahnhofstr.) 1135

Kinderwagen, Sportwagen, Kleinstwagen, Bazar Baby, Kleinstwagenstrasse 100, Frankfurterstrasse 115, Oranienstrasse 31, Belle-Alliancestrasse 107, Reinoldenburgerstrasse 20, e, Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 7228

Teppiche mit Gardinen, Fabrikverkauf Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 137

Fahrräder (Wegemerkelbau) 15,00, 40,00 und 45 Mark verkauft Zimmer, Hindenburgstrasse 70. 1343

Nähmaschinen, Sportwagen, Kleinstwagen, Bazar Baby, Kleinstwagenstrasse 100, Frankfurterstrasse 115, Oranienstrasse 31, Belle-Alliancestrasse 107, Reinoldenburgerstrasse 20, e, Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 7228

Teppiche mit Gardinen, Fabrikverkauf Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 137

Fahrräder (Wegemerkelbau) 15,00, 40,00 und 45 Mark verkauft Zimmer, Hindenburgstrasse 70. 1343

Nähmaschinen, Sportwagen, Kleinstwagen, Bazar Baby, Kleinstwagenstrasse 100, Frankfurterstrasse 115, Oranienstrasse 31, Belle-Alliancestrasse 107, Reinoldenburgerstrasse 20, e, Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 7228

Nähmaschinenlager

Künstlicher Sockeln ohne Anzahlung, Woche 1,00 Lieferung sofort, Landbergerstrasse 82

Elegante vorjährige Herrenhosen, feine Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufsbüro Germania, Unter den Linden 21 II.

Restauration zu verkaufen Köhlerstrasse 40. 1395

Chanfonnettohm verkauft Vindemann, Prinzenstrasse 11. 1967b

Schneemaschine, wie neu, 75,-, Ziel, Wilmersdorferstrasse 8. 1395b

Badewanne, große, verkauft billig Landbergerstrasse 7, Kleinmann, Gebornne. 1348

Haus, deutsche Dogge, gekümmert, Kaffeehaus, wegen Umzug ganz billig Bauer, Sophie-Charlottenstrasse 102.

Bücherkauf zu höchsten Preisen.

Grüne, Marktgrabenstrasse 101.

Augustabad, Köpplerstrasse 60
Bäder jeder Art für sämtliche Krankheiten. 7368

Vereinssänger mit Piano zu vergeben, postend für Zahlstelle. Rudolf Juxian, Raunauerstrasse 36.

Vereinssänger mit Piano Mantenerstrasse 49.

Vereinssänger empfiehlt Grohe, Belkauerstrasse 2. 3565

Treibbank, kleine eiserne, gut erhalten, mit sämtlichem Zubehör gelocht. L. Ferner mit Preisangabe Köhlerstr. 70. 1308b

Nachbureau, Rechtschiff, Eingabegeräte, Rotierung, Andreasstrasse 2, Dreilindstrasse 70. 3605b

Wichtig. Lehrer, Bildhauer, Schmelzwerkstätten Unterricht, Fachzeichnen, Dörfer, Oranienburgerstr. 23.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stahlstecher bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen gelocht, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Kulackstrasse 27, A. Müller.

Stellenangebote.

Stauer auf Holz-Photographie-Maschinen verlangt Wolf, Dieffenbacherstrasse 33. 1369b

Kochmischer suchen Gebrüder Hippel, Hollmannstrasse 23. 3555

Kunstschlosser auf geschmiedete Bronzeformen verlangt Kuchta, Hollmannstrasse 32. 3555

Gelucht per 1. November cr. ein tüchtiger Werksführer für Goldblechfabrikation, der alle einschlägigen Funktionen: Grundrißen, Polieren, Verarbeiten, Belegen, Ergüssen etc. der Neuzeit entsprechend selbst ausführen kann. Angebote unter H. 3 an die Expedition dieses Blattes.

Nähmaschinen auf Priesenenden verlangt Gering, Duppelstr. 48, Hof parterre. 3725

Nähmaschinen-Arbeiterinnen verlangt Gering, Frankfurter Allee 16.

Damenkleid auf Jadedett und Piletots verlangt Schmidt, Raumerstrasse 22. 753

Lehrmädchen für eine Damen-Schneiderei verlangt Kotteln, Tempelhofstrasse 22. 3625

Handüberlerner bei gutem Lohn,

gehört für selbstene Lampenströme, verlangt dauernd Gelehrer, Oranienstrasse 158. [762]

Einfasserin, gebildete, sucht Holzschneiderei, Landbergerstrasse 92. [370b]

Im Arbeitsmarkt durch besondere Druck hervorheben Angelegenheiten 40 Pf. pro Zeile

Volksversicherungs-Inspektoren

finden dauernde, einträgliche Stellung bei alter, gut organisierter Gesellschaft, welche Sterbestatistik und keine Lebensversicherung (ohne Waisenprämie) auf solider Grundlage betreibt. Offerten unter S. E. 7907 an Rudolf Wasse, München.

Modell-Schreinermeister,

durchaus selbständig arbeitend, sowie Mechaniker für dauernde Stellung sofort gesucht. [3585b]

Offerten mit Gehaltsansprüchen sub G. 3 Expedition des „Vorwärts“.

Achtung, Korbmacher!

In der Korbwaren-Fabrik von Schmidt & Co., Tredeuer, Straße 81, befinden sich sämtliche Korbwaren wegen Preisdifferenzen auf Angeforderte im Streif. Jung ist streng ferngehalten.
Die Ortsverwaltung.

Lokales.

Vom verfeuchten Krankenhause.

Die Ansicht, bei der im Elisabeth-Kinderhospital in der Hasenheide aufgetretenen Tripper-Epidemie handle es sich um eine harmlosere Sache, um den „bekannteren lateinischen Ausfluß strophulöser Kinder“, ist in der Sonnabendnummer an der Hand der von der Anstaltsleitung selber gemachten Angaben beleuchtet worden. Diese von Herrn Stadtrat Strahmann in der Stadtverordneten-Sitzung vorgebrachte Behauptung erscheint nicht nur recht wenig glaubhaft gegenüber dem unumwundenen Geständnis der Anstaltsleitung, sondern ist auch im höchsten Grade bedenklich im Hinblick auf die Wirkungen, die sie haben kann. Herrn Stadtrat Strahmann kommt es wahrscheinlich darauf an, die Eltern der angelegten Kinder zu beschwichtigen. Wie werden, so lange nicht in wissenschaftlich unanschätzbare Weise die Strahmannsche Behauptung als zutreffend erwiesen ist, es für unsere Pflicht halten, einer vorzeitigen Beschwichtigung der Eltern entgegenzutreten. Wir haben dazu den folgenden Grund, den man gefälligst mit angeben wolle, wenn man in bekannter Wachheit über den „Vorwärts“ verbreiten wird, daß es „ihm nur darauf ankomme, die Eltern nicht beschwichtigen zu lassen“.

Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, daß die fragliche Krankheit ursprünglich von außen in die Anstalt eingeschleppt worden ist und sich dann hier allmählich weiter verbreitet hat, gelegentlich auch das umgekehrte Verhältnis, die Einschleppung aus der Anstalt in die Familie, festgelegt worden ist. Es beginnen sich die Anzeichen zu mehren, daß das öfter geschehen ist. Uns sind bis jetzt drei Fälle bekannt geworden, in denen Kinder sehr bald nach ihrer Entlassung aus dem Elisabeth-Kinderhospital zu Hause als angesteckt erkannt worden sind. Ueber den einen, der sich bereits im Januar ereignete, uns aber leider erst im August (!) mitgeteilt wurde, haben wir bereits berichtet. Zwei andre Fälle stammen aus der letzten Zeit, darunter ist ein Fall, der erst in der 2. Hälfte des August beobachtet worden und jetzt zu unserer Kenntnis gelangt ist. Im Hospital selber ist, so viel wir wissen, am 10. August das letzte Kind am Tripper erkrankt. Wenn das oben erwähnte Kind, das noch Mitte August entlassen und dann zu Hause als angesteckt erkannt wurde, noch länger in der Anstalt geblieben wäre, dann wäre auch in diesem Falle die Krankheit noch in der Anstalt zum Ausdruck gekommen. Es ist leicht möglich, daß noch eine ganze Reihe anderer Kinder den Keim der Krankheit aus der Anstalt mit herausgenommen hat, und daß die Eltern hinterher, wenn die Krankheit zum Ausdruck kommt, die auftretenden Erscheinungen für etwas ganz Harmloses halten. Das wäre zwar ein Glück für das Kinderhospital, dem man dann nicht mehr nachsehen könnte, daß noch weitere Ansteckungen erfolgt sind, aber es bedeutete eine schwere Gefahr für die davon betroffenen Familien. Die schlechten Wohnungsverhältnisse der weniger bemittelten Bevölkerung begünstigen die Verbreitung einer solchen Krankheit in hohem Grade. Der Herr Stadtrat hätte also besser, seinen Beschwichtigungseifer zunächst noch etwas zu mäßigen. Er kann durch unzeitigen Eifer mehr schaden als nützen.

Die Sache hat übrigens neben dieser familiären auch noch eine pekuniäre Seite. Die Eltern der angestekten Kinder hatten dem Krankenhause bereits mehrfach Schwierigkeiten wegen der Verzögerung gemacht, durch die Beschwichtigungsbrede des Herrn Strahmann werden aber der Krankenhaus-Verwaltung weitere Unannehmlichkeiten dieser Art wahrscheinlich erspart bleiben. Bei denjenigen Kindern, die noch in der Anstalt selber erkrankt sind, ist ja der Nachweis schwer zu führen, ob und um wieviel sie deshalb länger darin bleiben mußten, um wieviel also die Verpflegungskosten eventuell zu ernähren wären. Wo aber die Krankheit erst im Hause zum Ausdruck gekommen ist, da sollte man doch versuchen, dem Krankenhause über die Kosten von Arzt und Apotheker eine Gegenrechnung zu überreichen. Die Hospitalverwaltung hat sich ihrerseits bereit, zur Aufbringung der Verpflegungskosten, soweit sie nicht von den Eltern voll bezahlt worden sind, die städtische Armenverwaltung in Anspruch zu nehmen, und die Armenverwaltung hat es nicht weniger eilig gehabt, von den Vätern unter Androhung des Wahrscheinlichen Verlustes die volle Rückerstattung binnen vier Wochen zu fordern. Einer dieser Väter, bei dessen Kind die Ansteckung erst im Hause, aber gleich nach der Entlassung aus der Anstalt erkannt wurde, hat der Armenverwaltung den Fall vorgetragen, ist aber kurzer Hand abgewiesen worden. Der Mann ist dann zum Polizeipräsidenten gegangen, hat aber hier in der Geldangelegenheit natürlich erst recht keine Hilfe erhalten können.

Unser Magistrat hätte, wie man sieht, Anlaß genug, sich mit den Vorkommnissen im Elisabeth-Kinderhospital näher zu beschäftigen. Nach der Erklärung des Stadtrats Strahmann scheint allerdings erwartet werden zu sollen, bis von der Hospitalverwaltung eine offizielle Mitteilung eingeht. Die fürchten, da wird der Magistrat lange warten können.

Gasdruckregler und Gasautomaten. Die Gasdeputation beschloß sich in ihrer letzten Sitzung mit der Einführung von Gasdruckreglern, die für die Gasverbraucher eine wesentliche Ersparnis beim Verbrauch bedeuten, weil der Druck durch diesen neuen Apparat auf das genaueste geregelt wird. Durch die Einführung solcher Gasdruckregler wird auch eine bessere Ausnutzung und praktischere Gestaltung des Gasrohres ermöglicht, so daß dieser „Regler“ als ein wesentlicher Fortschritt bezeichnet werden muß. Die städtischen Gaswerke geben diese Gasdruckregler gegen eine billige jährliche Miete leihweise oder auch käuflich ab. Die Miete für einen Regler, passend zu einem Gasmeter von 10 Flammen soll jährlich 2,40 M. betragen und für 20 Flammen 3 M. Natürlich kann man auch Regler für 5 Flammen, 30 und mehr Flammen erhalten.

Mit der Einführung neuer Gasautomaten soll nunmehr auch in der nächsten Zeit begonnen werden. Den Gaswerkern liegen schon über 300 Anträge vor. Diese Anmeldungen lassen den Schluß zu, daß der Gasverbrauch in Berlin, gleich dem in London, noch rapide zunehmen wird.

Stadt- und Straßenbahn. Aus dem Rathhause wird gemeldet: Der Magistrat sucht in einer Vorlage die Genehmigung der Stadtverordneten zu einem mit der Großen Berliner Straßenbahn getroffenen Abkommen wegen Einstellung des Accumulatorenbetriebes und Ertrag desselben durch Betrieb mittels ober- und unterirdischer Stromzuführung nach. Durch eine landespolizeiliche Verfügung vom 28. September 1900 war der Großen Berliner Straßenbahn aufgegeben worden, innerhalb einer Frist von 2 1/2 Jahren den Betrieb mit Accumulatoren einzustellen und durch Betrieb mit oberirdischer Stromzuführung zu ersetzen. Die Straßenbahn beantragte sofort die Zustimmung der Stadtgemeinde zu erteilen. Die Verkehrsdeputation mußte anerkennen, daß die Straßenbahn außerstande war, nunmehr die Bestimmungen des bestehenden Vertrags zu erfüllen und beschloß, über die Gegenleistungen der Gesellschaft zu unterhandeln. Diese Verhandlungen waren ergebnislos. Die

Gesellschaft lehnte die Forderungen ab und beantragte beim Oberpräsidenten, die von der Stadtgemeinde verlangte Zustimmung zu erteilen. In diesem Streit sah sich die Verkehrsdeputation im Hinblick auf die polizeiliche Anordnung, daß die neuen Oberleitungen binnen drei Monaten nach Erlass jener Verfügung herzustellen seien, veranlaßt, die vorläufige Bauerlaubnis zu erteilen, vorbehaltlich der im weiteren Verfahren geltend machenden Forderung einer Gegenleistung für die durch Herstellung der neuen Ober- und Unterleitungsanlagen eintretende Mehrbelastung der städtischen Straßen und Plätze. Nach langen Verhandlungen mit Vertretern des Oberpräsidenten, des Polizeipräsidenten und der Straßenbahn kam schließlich ein Vergleichsvorschlag zu Stande. Nach diesem verpflichtet sich die Straßenbahn, eine jährliche Entschädigung von einer Mark für das laufende Meter vertraglicher Accumulatorenstrecken (zweigliedrig für einseitig gerechnet) zu zahlen. Das für die unterirdische Stromzuführung zur Anwendung gelangende System ist das von Siemens u. Halske eingerichtete, bewährte Kanalsystem. Die Länge der nach dem Vertrage zu betreibenden Strecken beträgt rund 18 000 Meter, wozu noch 1400 Meter Strecken der mit unbegriffenen Berlin-Charlottenburger Straßenbahn kommen. Die beiden Gesellschaften haben hiernach außer den übrigen Abgaben für die Zustimmung zur Vereinfachung des Accumulatorenbetriebes 20 000 M. jährlich zu zahlen. Da die Stadtverordneten-Versammlung vor einer vollständigen Zusage steht, so bleibt ihr nichts anderes übrig, wie nachträglich zuzustimmen.

Wie groß der Rückgang der Bauhätigkeit in Berlin ist, kann aus folgenden Zahlen ersehen werden. 1890/91 betrug die Zunahme an Grundstücken und Versicherungswert bei der städtischen Feuerlöschgesellschaft 442 Grundstücke im Werte von 143 Millionen Mark, im folgenden Jahre nur noch 388 Grundstücke mit 138 Millionen Mark Wert und im Jahre 1899/1900 nur noch 155 Grundstücke mit 90 Millionen Mark Wert, d. h. 287 Grundstücke im Werte von 53 Millionen Mark weniger als vor 10 Jahren. Der Unterschied würde noch weit bedeutender sein, wenn nicht in den letzten Jahren die bekannten großen Warenhäuser und einige große Geschäft- und Fabrikgebäude gebaut worden wären.

Auch ein Mangel an Arbeitskräften. Nicht weniger als 450 Stellen von unbeforderten Gemeindebeamten und Schiedsmännern, sowie von Mitgliedern der Einkommensteuer-Berechnungskommissionen sind vakant und neu zu besetzen. Der Gemeindebeamten und Mitglied dieser 6000 Personen umfassenden Körperschaft werden will, findet dazu jetzt die beste Gelegenheit.

Die Vanabnahme der neuen Gemeinde-Doppelschule in der Christmannstraße hat am Sonnabend stattgefunden. Am nächsten Sonnabend findet die Vanabnahme der neuen Gemeindeschule nebst Lehrer-Wohngebäude und Turnhalle in der Grenzstr. 8, sowie des Umbaus der 78. Gemeindeschule in der Wiesenstr. 66 statt.

Auch die Artisten organisieren sich. Unter dem Namen „Internationale Artistenloge“ haben sie einen Verein gegründet, der bei Aufnahme von Mitgliedern, was persönliche Ehrenhaftigkeit betrifft, vorzüglich zu Werke gehen will. Leiter des Vereins ist der Arrangeur lebender Bilder Henry de Vries, Schauspieler ist Robert Steidl von Apollo-Theater.

Der Fabrikbesitzer Paul Hardegen, Elisabethufer 5/6, Berlin, ist als Sachverständiger für elektrische Anlagen für das Kammergericht und die Gerichte der Landgerichtsbezirke Berlin I und II vereidigt worden.

Das Präsidium der General-Konferenz der evangelischen Diakonissen-Mutterhäuser ersucht uns, aus Anlaß der in Nr. 205 gebrachten Besprechung der Droschkäre „Unter dem Deckmantel der Barmherzigkeit“, darauf hinzuweisen, daß auch nach den Mitteilungen des Verfassers für die gerügten Mißstände nur die sog. „wilden Schweifern“ in Betracht kämen und die barmherzigen katholischen Schweifern wie die evangelischen Diakonissen aufgenommen seien. Das letztere trifft zu, doch sagt der Verfasser, wie wir auch hervorzuheben haben, ausdrücklich die meist unter der Leitung ablicher Damen stehenden „Vereinschweifern“ der gerügten Angehörigen an.

Werkwürdige Sympathiebeweise. Zu einem hiesigen Blatt wird berichtet, daß aus Anlaß des Attentats auf Mc Kinley die hiesigen — American Wars überaus stark von den hier weilenden Bürgern der Vereinigten Staaten besucht gewesen seien. Es ist ja auch deutscher Brauch, seinen Schmerz in Schnaps zu ertränken, aber so etwas teilt man doch nicht in der Zeitung mit.

Von der Unfallstation. Eine Lokalcorrespondenz meldet: In der Nacht zum Sonntag hielt vor dem Hause Belle-Alliancestr. 91, in welchem sich die 18. Unfallstation befindet, die Tagometer-Droschke Nr. 9206, in welcher sich ein belandeter Schumann vergeblich abmühte, einen offenbar von Krämpfen befallenen Mann zu bändigen. Wie man sagte, hatte der Hüter der Ordnung den Kranken hilflos aus einer Straße nahe der Nordufer-Grenze ausgehoben und sich seiner angenommen, um ihn der Unfallstation zuzuführen. Deren Laterne brannte auch sehr hell. Drinnen, hinter der verschlossenen Thür aber war's finstern und der Droschkentreiber klopfte und klopfte, aber niemand öffnete. Das merkwürdige Schauspiel lockte trotz der mitternächtigen Stunde zahlreiche Passanten an, welche teils die Droschke mit dem Kranken und seinem Wächter, teils die verschlossene Thür, gegen welche der Droschkentreiber schließlich mit seinen schweren Stiefeln donnerte, umstanden. Es rührte sich nichts. Zwischenzeitlich wand sich der Kranke noch immer in Krämpfen und ein zweiter Schumann, der vorüberging, bestieg die Droschke, um seinem Kameraden Beistand zu leisten. So verging etwa eine Viertelstunde, während welcher das Instinkt der Unfallstation eine recht bittere Kritik über sich ergehen lassen mußte; es wurden auch Vermutungen über den Aufenthalt des „Wach“-Personals ausgesprochen und ein Beamter meinte recht unmutig, daß derartige Szenen sich hier häufiger ereigneten. Endlich wurde geöffnet und der Kranke im Beisein des Heilgehilfen hineingetragen. Es scheint da etwas nicht in Ordnung zu sein: Funktioniert die Nachtglocke nicht oder hört man drinnen das Donnern gegen die Thür nicht oder ist der „Wachhabende“ zeitweise abwesend? Eine Untersuchung des Falles erscheint im Interesse dieser notwendigen Einrichtungen dringend erwünscht!

Die Mordaffäre bei Angermünde hat nunmehr ihre vollständige Klärung gefunden. Der ermordete Knabe ist als der 13jährige Sohn Erwin des Tischlers Thiedig, Potsdamerstraße 77, rekonstruiert worden. Der Mörder ist als der noch nicht 15jährige Barbiergehilfe Harandartz, der zuletzt in Friedrichsberg bei Berlin wohnte, ermittelt; er hat sich durch Selbstmord der irdischen Gerechtigkeit entzogen. Seine Leiche wurde Sonntag in dem Wasser eines Tostfasses bei Angermünde aufgefunden. Der kleine Thiedig war seit dem 31. vorigen Monats verschwunden. Er hatte, wie er dies schon öfter getan, den Unterricht in der Schule versäumt, kehrte aus Furcht vor Strafe nicht wieder nach Hause zurück und hielt sich in der in Friedrichsberg belegenen Wohnung des Barbiergehilfen verborgen. Der Letztere, der früher in dem Freizeitgeschäft von Schäfer in der Steinmetzstraße in Stellung und hier die Bekanntschaft des Erwin gemacht hatte, war mit dem Knaben eng befreundet und verheimlichte infolgedessen auch den Eltern den Aufenthalt des Schülers. Am Dienstag voriger Woche fuhr die beiden nach Angermünde, vermutlich, um von dort aus Prenzlau zu erreichen, wo sich ein Bruder des kleinen Thiedig in Stellung befindet. Die jungen Leute nächtigten, da sie keine Geldmittel mehr besaßen, im Freien und vermulich in einem Anfall von Geistesstörung tötete der Barbiergehilfe den ruhig schlafenden Knaben, dessen Gesicht er nach der That mit seinem Hut be-

deckte. Die ursprünglich aufgetauchte Annahme eines am dem kleinen T. verübten Lustmordes erscheint nach dem Ergebnis der Leichenschau hinfällig.

Das Bootunglück bei Heringsdorf. Trotz der eifrigen Nachforschungen ist bisher weder die Leiche Briggs noch die des Fischers Peters gefunden worden. Nur einige Bretter des Unglücksbootes wurden nenerdings noch aufgespürt. Die Leiche der Frau Brigl, welche an Armen und Händen wahrnehmlich von Bootsstämmern herrührende Verletzungen aufweist, soll vorläufig in einem verlassenen Hofe in Heringsdorf bleiben. Der verunglückte Fischer Peters, der von Haus aus Schuhmacher war, lebte in ärmlichen Verhältnissen. Es ist deshalb bereits ein Aufruf veröffentlicht worden, in dem Badegäste und Einheimische um Gaben für die Witwe gebeten werden. Außerdem haben, wie gemeldet wird, die Angehörigen des erkrankten Verlegers Brigl 2000 M. zur Unterstützung für die Hinterbliebenen des Schiffers Peters gegeben. Für die Bergung der Leiche Briggs ist von seinen Hinterbliebenen eine Belohnung von 1000 M. aufgesetzt worden.

Für die Zuhälter ist jetzt eine schlimme Zeit, denn wenn sie vor Gericht kommen, machen die Strafkammern immer mehr von dem Rechte Gebrauch, gegen diese Art von Menschen außer auf Gefängnis auch noch auf Ueberveweiung an die Landespolizeibehörde zu erkennen. Diese Maßregel ist den Tagelöhnen natürlich höchst unangenehm, denn diese fürchten das Gefängnis nicht so sehr als das Arbeitshaus. Gestern wurden vor zwei Kreisstrakammern drei Stuppel-Prozesse verhandelt, die damit endeten, daß gegen alle drei Zuhälter die erwähnte strengere Maßregel zur Anwendung gebracht wurde.

Im Wahnstadium das Leben genommen hat sich die 56 Jahre alte Almojenempfängerin Henriette Haase aus der Cauffestr. 47. Seit 15 Jahren Witwe, bezog sie in den drei letzten Jahren eine Armenunterstützung von monatlich 15 M. Vor einigen Monaten klagte sie dem Hausverwalter, sie habe eine Erbkrankheit an Verwahrlosten gelitten und könne nur das Geld nicht wiederbekommen. Diese Klage ließ sie seitdem gegenüber dem Verwalter und andern Hausgenossen häufiger hören. Dabei wurde die Frau von Tag zu Tag aufgeregter, so daß sie oft Stunden lang in der Wohnung und im Hause umherlief. Sie war augencheinlich geisteskrank geworden. Das letzte Mal sah man sie am Freitagmorgen. Als der Hausverwalter am Sonnabendabend auf Veranlassung der Revierpolizei die Wohnungstür durch einen Schloffer öffnen ließ, fand man Frau Haase als Leiche an der Thürschwelle hängen.

Das rätselhafte Verschwinden eines Studenten beschäftigt gegenwärtig die Charlottenburger Kriminalpolizei. Der am 15. Dezember 1878 geborene, in der Gutenbergsstr. 4 zu Charlottenburg wohnhaft gewesene Studiosus Heinrich Becker verließ ohne Angabe eines Zieles am 8. d. M. seine Wohnung und ist seit dieser Zeit spurlos verschwunden. Wie in den Kronenstämmern, auf den Samstagswachen usw. angestellten Nachforschungen nach dem Verbleib des jungen Mannes sind ergebnislos geblieben. Der Vermißte ist 1,75 Meter groß und von schlanker Gestalt. Er hat dunkelblondes Haar, ein längliches Gesicht, auf der linken Kopfsseite und über dem linken Auge je eine Narbe. Bekleidet war er mit einem grauen Jacketanzug.

Zwei Einbrecher wurden gestern früh um 4 Uhr bei der „Arbeit“ überführt. Als ein Wächter durch die Niederwallstraße ging, sah er am Grundstück Nr. 27 die Haustür aufstehen und zwei Männer auf dem Flur und dem Hofe herumhantieren. Auf seinen Ruf nach einem Schutzmännchen lief einer der Männer davon, während der andre sich versteckte. Jener entkam, dieser wurde schließlich von Beamten und andern Leuten, die hinzulamen, auf dem Hofe unter einem Haufen Misten hervorgeholt und festgenommen. Die Einbrecher hatten den Laden des Cigarettenhändlers Grundst. 7, der erst vor vier Monaten aus Rußland hierher kam, um ein Geschäft zu eröffnen, vollständig ausgeplündert und die Dente zum Wegschaffen bereits im Hofweg aufgestellt. Der Festgenommene ist ein „Arbeiter“ Jentsch, der erst am Donnerstag voriger Woche aus dem Zuchthaus kam. Er wurde gefesselt von der Wache des 40. Reviers der Kriminalpolizei angeführt.

Durch einen Sturz von der Treppe schwer verunglückt ist gestern nachmittag die 5 Jahre alte, einzige Tochter Anna des Arbeiter Billach'schen Ehepaars aus der Händelstraße 8. Während andre Kinder im Flur des Vorderhauses spielten, sah Anna Billach vom Treppenaufgang des ersten Stockwerks zu. Plötzlich stürzte sie, sei es, daß sie sich zu weit über das Geländer hinauslehnte, sei es, daß sie auf diesem hinabstürzen wollte, kopfüber auf den eisernen Geländer des Flurs hinab. Die auf das Geschrei der Kinder mit andern Frauen herbeieilende Mutter fand die Kleine mit gebrochenem Schädel daliegen. Ein Arzt der Rettungswache in der Rosanen-Allee, der die erste Hilfe leistete, ließ die Schwerverletzte nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen bringen.

Ueber die Geschichte des Alkoholidismus unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse spricht Mittwochabend Genosse Dr. Hirschfeld in einer vom Verein abstinenten Arbeiter im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, veranstalteten Versammlung. Der Verein fordert die Parteigenossen zu zahlreichem Besuch auf.

Feuernachrichten. In einer Mansardenwohnung des Hauses Hollmannstr. 21 kam Sonntagabend in Abwesenheit der Wohnungsinhaber aus nicht ermittelter Ursache Feuer aus, das schnell um sich griff und einen Teil des Treppenbodens sowie den Dachstuhl ergriff. Die vollständige Ablösung nahm eine Stunde in Anspruch. Außer dem Dachstuhl, der erneuert werden muß, hat die oberste Etage und besonders die Einrichtung des Buchdruckers Wilhelm Köhler fast durch Wasserschaden gelitten. Vorher war Frankfurter Allee 135 in einer Schankstube Spiritus in Brand geraten. Fürstenstr. 19 hatten Weiten und Warkstr. 52 Hölzer in einer Stellmacherei Feuer gefangen. In der Blankenfeldestr. 13 brannte die Balkenloge und Oranienstr. 153 Feuer.

Crackkonzert. Den Orchestervortrag in der Marienkirche am Mittwoch, den 11. September, mittags 12 Uhr, führten aus: Herr Musikdirektor Otto Drenel, die Opernsängerin Frau Hedwig Krotzer-Rurmann, Frau Balzola Fischer, Fräulein Helene Schröder, eine Tochter der bekannten Gesangslehrerin Frau Natalie Schröder, Herr Hans Büttner, Stolinisch, und Herr Organist Paul Geuer. Der Eintritt ist frei.

Kreuz-Hannover ist aus dem Radrennen auf der Rennbahn am Kurfürstendamm Sonntag als Sieger hervorgegangen. Der bekannte Fahrer hat diesmal den Preis von 3000 M. im heißen Kampf mit Ellgaard und Huber erringen müssen. Seine Sache stand durchaus nicht günstig. Als er in der letzten Runde zum Spurt übergehen wollte, brach plötzlich Ellgaard hinter ihm hervor und überholte ihn um zwei Radlängen. Huber setzte dem Dänen nach, so daß Kreuz auf den dritten Platz kam. Huber war bald eingeholt, doch glückte es Kreuz, mit aller Kraftanstrengung im letzten Augenblick auch Ellgaard zu überholen und ihn wenige Meter vor dem Ziel mit einer halben Länge zu besiegen. Mit dem üblichen Vorbeizug absolvierte Kreuz die Ueberrunde. Die Wahn war sehr gut besucht. Im Trostfahren für die im Großen Preis leer ausgegangenen siegte Käser vor Quison, Brogna und Rindner, und im Handicap Althoff mit 120 Meter Vorgabe gegen Ferrari (40), Jue (50) und Demle (140). Von den beiden Tandemkonkurrenzen gewannen Kreuz & Ellgaard das Prämiensfahren vor Althoff-Scheuermann und Gougoly-Jue, während im Vorgabefahren Demle-Gosmann (140) gegen Käser & Rudela (0) und Gougoly-Jue (20) die Oberhand behielten.

Im Berliner Aquarium erstrecken sich die diesmahligen Neuanstellungen außer auf die Abteilung der Bierhänder, welche um einige neuzeitliche Arten bereichert wurde, insbesondere auf die Klasse der Reptilien. Gleich in dem ersten Raum des Schlangenganges fällt dem Besucher

Table with 8 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur.

Briefkasten der Redaktion.

Freileben. Französischen Elementarunterricht erteilen die städtischen Fortbildungsschulen in Berlin gegen ein Schulgeld von 4 M. halbjährlich.

3. B. Straßfällig ist ein Verbot gegen die in einem Mietvertrag aufgeteilte Hausordnung nicht. Wohl aber sind in den meisten Mietverträgen

Arbeiter-Turnerbund. Dienstag: Turnn. Kitzler, Berlin, abds. 8-10 Uhr: 2 Männerabtl.: Stafflerstr. 55/56; 4 Männerabtl.: Koadit, Stenemsstr. 20; 5 Männerabtl.: Kaderstr. 67; 6 Männerabtl.: Stafflerstr.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands. Dienstag, den 10. d., abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: Verammlung.

Arbeiter-Turnerbund. Den Vereinen zur Nachricht, daß die Bundesversammlung des Bundes am Sonntag, den 15. September, früh 7 1/2 Uhr, am

Der Verein selbständiger Fensterputzer für Berlin und Umgegend hält heute abends 8 Uhr in der Kasse 32 eine Sitzung ab, in der die Neuwahl

Vermishtes.

Ein böser Spätsommer. Aus Görbersdorf in Schlesien wird uns über die abnormen Witterungsverhältnisse der letzten Tage

Weiter-Prognose für Dienstag, den 10. September 1901. Ein wenig wärmer bei mäßigen südlichen Winden und zunehmender

eine gewaltige Eiche von solcher Länge und Stärke auf, daß der Satz

Dem Zoologischen Garten hat der erste Offizier des Hochdampfers

Vereinskalender.

Öffentliche Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann.

Arbeiter-Turnerbund Berlin und der Umgegend. Vorstand: Adolf Neumann, Brunnenstraße 150.

Arbeiter-Turnerbund Berlin und der Umgegend. Vorstand: Adolf Neumann, Brunnenstraße 150.

Arbeiter-Turnerbund Berlin und der Umgegend. Vorstand: Adolf Neumann, Brunnenstraße 150.

Arbeiter-Turnerbund Berlin und der Umgegend. Vorstand: Adolf Neumann, Brunnenstraße 150.

Arbeiter-Turnerbund Berlin und der Umgegend. Vorstand: Adolf Neumann, Brunnenstraße 150.

Arbeiter-Turnerbund Berlin und der Umgegend. Vorstand: Adolf Neumann, Brunnenstraße 150.

Arbeiter-Turnerbund Berlin und der Umgegend. Vorstand: Adolf Neumann, Brunnenstraße 150.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 10. September. Opernhaus. Carmen. Anfang 7 1/2 Uhr.

Vollständige Theater. Damen- und Kinderspiele. Spezialitäten-Vorstellung.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurterstr. 132. Abends 8 Uhr.

Berliner Hagen. Sonntag, 16. September, nachmittags 3 Uhr.

Sanssouci. Kottbuserstr. 4n. Täglich: Hoffmanns Nordd. Sänger.

Central-Theater. Heute Anfang 8 Uhr. Gastspiel des berühmten Geigenkünstlers Kun Arpad.

Thalia-Theater. Heute und folgende Tage: Ein tolles Geschäft.

Zoologischer Garten. Entree 1 Mark. Ab 4 Uhr nachmittags: Doppel-Konzert.

Urania. Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Aus dem Tagebuch der Erde.

Castans Panopticum. Friedrichstr. 165. Neu! Neu! Neu! Der künstliche Mensch!

W. Noacks Theater. Rennebrücke 16. Täglich Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Metropol-Theater. Schön war's doch! Gr. Berliner Ausstattungsposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.

Emil Thomas a. G. Joseph Joseph a. D. H. Bender. G. Kaiser. Elise de Veré a. D.

Zahn-Klinik. Preis: Delicache Zahnabnahme. Olga Jacobson, strasse 145.

Apollo-Theater. 10 Spezialitäten. Grandel. * Steidl. Frau Luna.

Reichshallen. Heute sowie täglich: Damerik. Soiree der Stettiner Säng.

Paast-Theater. fr. Freu-Palast. Burgstr. 22. Direction: Winkler u. Fröbel.